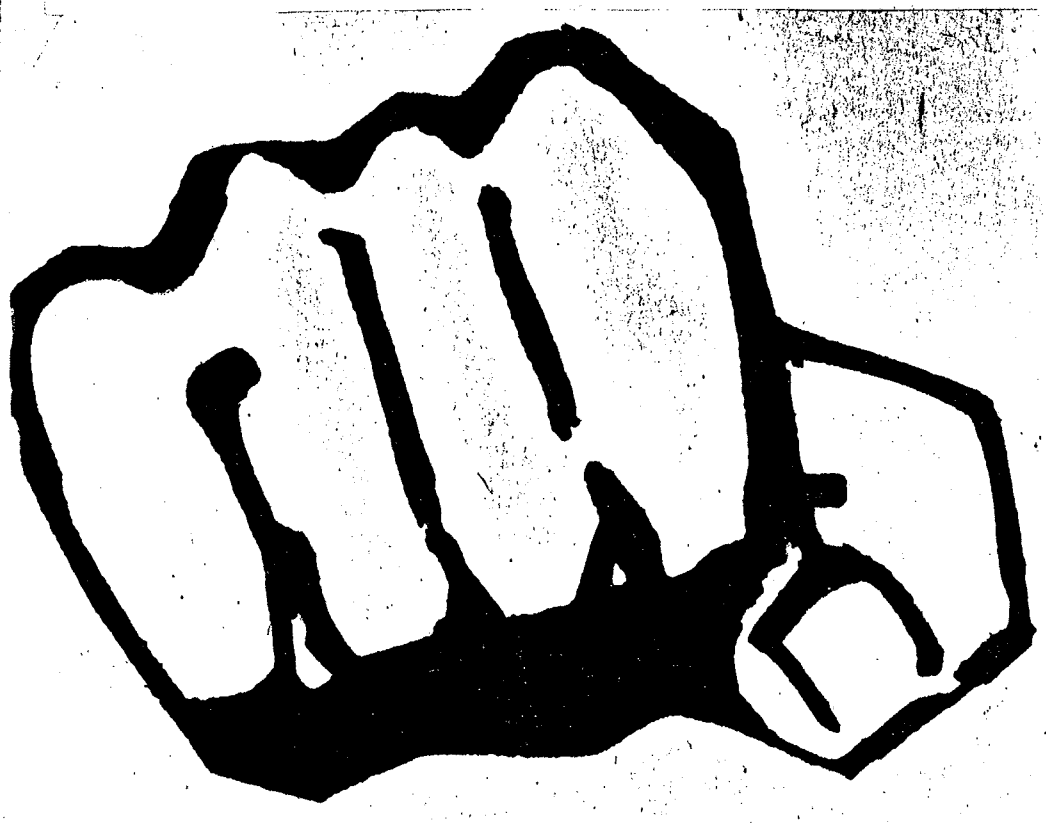
SDS

info 18

zur Hochschulpolitik



-schickt geld-

I N H A L T

Erklärung des SDS Bundesvorstands zur Bundestagswahl 3

Verstaatlichung der Produktivkraft Wissenschaft und Technokratische Hochschulreform (Hamburg) 5

Niedere Toleranzschwelle des Autoritären Staates (Heidelberg) 19

Huberplan (München) 25

Privathochschule (Berlin) 38

Technokratische Hochschulreform und technokratische Gesellschaft (Köln) 40

Technokratische Hochschulreform (Konstanz) 48

Pädagogische Hochschulen:

Berlin: Rote Zelle Dynamo PH Berlin 54

Lüneburg: Zur Geschichte und Situation des SDS Lüneburg 59

Heidelberg: Aktiver Streik an der PH 61

INFO-BEZUG

Im Einzelversand ist der INFO für DM 10.- pro 7 Exemplare zu beziehen; in den Gruppen müssen allerdings weiter die lokalen Verteiler organisiert werden, d.h. der Einzelversand soll auf Kleinstädte und Provinznester beschränkt bleiben, weil wir die technische Arbeit so gering wie möglich halten müssen.

BV-Konten: Dresdner Bank 28 24 27
Postscheck Ffm 316 07

* *

PRODUKTION, MANUSKRIPTE

Bei den Manuskripten, die Ihr uns schickt, unbedingt beachten:

weißes Papier — einzeilig — neues Farbband
kleine Typen — einseitig — 3 cm Rand (oder 4)

Von Infos etc. schickt uns bitte immer mehrere Exemplare, ebenso Flugblätter und alles andere, was zweiseitig bedruckt ist, in mehreren Exemplaren für Klebeumbruch.

ERKLÄRUNG DES SDS-BUNDESVORSTANDES ZUR BUNDESTAGSWAHL 1969

Die Große Koalition und insbesondere die CDU/CSU haben den Wahlkampf aufgenommen. Sie führen ihn diesmal offen unter de Parole: Die Außerparlamentarische Opposition muß zerschlagen werden. Sie wollen eine Volksgemeinschaft für Ruhe und Ordnung herstellen, um damit politische Interessen im Wahlkampf gar nicht erst aufkommen zu lassen. Bei dieser Wahl geht es nicht um verschiedene politische und praktische Entscheidungen, sondern um die totale Zustimmung für ein autoritäres Herrschaftssystem mit parlamentarischer Fassade. Während des Wahlkampfs wird der SDS fortfahren, Aktionen zu organisieren die geeignet sind, die Illusionen über die parlamentarische Demokratie zu zerstören.

Parlamentswahlen in hochindustrialisierten Klassengesellschaften wie der Bundesrepublik erzeugen den Schein, es könnte die ganze Bevölkerung über ihre Geschichte und ihre Interessen politisch entscheiden. Dieser Schein verschleiert im Bewußtsein breiter Massen die Klassenherrschaft des autoritär-sozialstaatlichen Kapitalismus. Der Bundestag ist nichts als die public-relations-Abteilung des autoritären Staates; dennoch werden der Wahlkampf und die Wahl als die wesentliche Entscheidungssituation der Politik vorgetäuscht. Seit der Verabschiedung der Notstandsverfassung hat sich dieser Widerspruch noch verschärft: nachdem in der Großen Koalition faktisch eine Einheitspartei entstanden war, hat sich das Parlament auch noch selbst abgeschafft. Zur gleichen Zeit verbreiten die Manipulateure der etablierten liberalen Öffentlichkeit die absurde Meinung, die APO verscherze mit ihren radikalen Aktionen alle Chancen für Reform und Fortschritt und verhelfe damit der Reaktion von CDU/CSU und NPD zum Sieg. In Wirklichkeit hat sich der autoritäre Staat der CDU/SPD längs mit Hilfe aller offizieller Institutionen gegen die schwachen Hemmungen einiger Gewerkschaften durchgesetzt und sich legalistisch und polizeilich-militärisch abgesichert.

Heute kann es sich die technokratische Fraktion des autoritären Staates bereits leisten, eine scheinheilige Kampagne für die Mitbestimmung in den Betrieben zu führen. Diese Form der Mitbestimmung wird im Hochschulsektor durch die Verabschiedung der Hochschulgesetze gerade verwirklicht. Sie heißt: Mitbestimmung in allen bedeutungslosen Gremien. In den Institutionen des täglichen Lebens soll jetzt ebenso wie auf staatlich-politischer Ebene die Ideologie freier und gleicher parlamentarischer Beteiligung und Entscheidung verbreitet werden, um die tägliche Unterdrückung im Sozialbereich, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen aus dem politischen Bewußtsein der Betroffenen zu drängen.

Das ist der neue Weg, Macht und Herrschaft zu sichern.

II

Angesichts dieser Entwicklung gibt es keine parlamentarische Alternative. Die DKP und die ADF erwecken durch ihre noch nicht einmal wortradikalen Wahlaufrufe die Illusion, der Parlamentarismus könnte reformiert und demokratisiert werden. Anstattmit gezielten Aktionen die Oppositionsbewegung zu ver-

stärken, verfestigt die DKP das parlamentarisch entpolitisierte Bewußtsein der lohnabhängigen Massen. Der SDS wird in seinen Aktionen während der Wahlveranstaltungen die scheinhafte Opposition der DKP ebenso entlarven wie den Schwindel der CDU/SPD.

III

Im Wahlkampf und danach werden der SDS und die revolutionären Gruppen der Schüler und Lehrlinge sich auf folgende drei Punkte konzentrieren:

1. Schaffung neuer Lehrlings- und Schülergruppen außerhalb der Universitätsstädte. Gegen die Volksverdummung des Wahlkampfes setzten wir den praktischen Widerstand gegen die Formierungsmaßnahmen in Berufsschule, Betrieb und Schule. Wir werden die Wahlveranstaltungen angreifen und ihre Lächerlichkeit entlarven, aber keine Vorwände für eine brutale Zerschlagung der revolutionären Bewegung geben. Die staatlich organisierte Hysterie werden wir unterlaufen. Die Aufklärung über die Scheinhaftigkeit des Wahlkampfes ist nicht das eigentliche politische Ziel der revolutionären Gruppen; aber die revolutionären Gruppen werden sich im Wahlkampf für den weiteren Kampf in den Betrieben, Schulen und Hochschulen stärken.

2. Kampfaktionen im Sozial- und Konsumbereich. Im Wahlkampf pflegen die Herrschenden den Massen sozialpolitische Versprechen zu machen. Die Preise werden aus wahltaktischen Gründen bis zurWahl konstant gehalten. Wie bei den Straßenbahnaktionen In Hannover, Heidelberg und Saarbrücken werden wir im Wahlkampf Aktionen vorbereiten, in denen die lohnabhängigen Massen kapitalistische Interessen und bürokratische Herrschaft spontan durchbrechen können. Die Politisierung des Alltagslebens und der politische Kampf in den Betrieben werden zu einer Selbstverständlichkeit werden.

3. Kampf gegen den Imperialismus der Bundesrepublik - gegen Militärproduktion und Kriegsforschung. Die Bundesregierung verkauft ihre Außenpolitik als 'Sorge für die Frieden'. In Wirklichkeit beteiligen sich die Bundesregierung und die deutsche Industrie an der Zerschlagung der Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt. Mit Billigung der Bundesregierung baut die Howald-Werft in Hamburg Kriegsmaterial für das faschistische Griechenland, liefert Bloom & Voss Waffen für Portugal zum kolonialen Einsatz gegen die Befreiungsbewegung in Angola. Im Grafschafter Institut für Aerobiologie wird mit B- und C-Waffen experimentiert; im Frankfurter Batelle-Institut wird eine großangelegte Forschung für das Pentagon durchgeführt; Krauss-Maffei in München plant Militärproduktionen für Griechenland; der Napalm-Produzent Dow-Chemical will mit deutschen Krediten ein großes Zweigwerk bei Hannover bauen. Wir werden Widerstandsaktionen gegen diese und andere imperialistische Objekte organisieren.

Die Bedeutung revolutionärer Arbeit des Wahlkampfes liegt nicht nur in der Entlarvung des Parlamentarismus. Revolutionäre Arbeit heißt: dem Wahlkampf für einen der vielen notwendigen Angriffe gegen den Kapitalismus nutzen!

VERSTAATLICHUNG DER PRODUKTIVKRAFT WISSENSCHAFT UND TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULREFORM

Einleitung

Die Verstaatlichung der Hamburger Universität, eingeleitet durch das schrittweise Inkrafttreten des Hochschulgesetzes, wird unsere soziale Basis in entscheidender Weise verändern. Die Relegationsdrohung von Drexelius - des Mannes, in dem sich die staatliche Gewalt über die Universität bis zur Einsetzung des Präsidenten konzentriert - war der erste Ausdruck der Verstaatlichung. Die Ordinarien haben gegen Ende des letzten Semesters während des aktiven Streiks endgültig bewiesen, daß sie allein nicht in der Lage sind, die Studentenrevolte zu zerschlagen; Ordnung zu schaffen in der Universität wird die erste Aufgabe staatlicher Herrschaft sein. Hierfür stehen künftig 2 Mittel zur Verfügung: Das eine - Anwendung des faschistoiden Ordnungsrechts zur Eliminierung des aktiven Kerns - hat Drexelius bereits angekündigt. Andere Maßnahmen liefern den Schein einer studentischen Mitbestimmung, dadurch soll der verbleibende Teil "gutwilliger Studenten" durch die Institutionalisierung ihrer Interessen in die verstaatlichte Universität integriert werden. Die Konzils-Wahlen werden dafür den Auftakt bilden. Die Durchschlagskraft dieser ordnungspolitischen Maßnahmen ist aber mehr als fraglich, Es scheint, als wäre die Studentenrevolte bereits zu stark, als daß sie durch derartige Maßnahmen zerschlagen werden könne und daß sie in der Lage wäre, die Universität zum Ausgangspunkt sozialrevolutionärer Veränderungen zu machen. Es scheint aber auch, daß die herrschende Klasse gar nicht mehr damit rechnet, die Studentenschaft durch polizeistaatliche Disziplinierungen befrieden zu können, daß sie selber die Universität zerschlagen will, um unter anderem der Studentenrevolte das Wasser abzugraben. Ob wir in der Lage sein werden, auf diese Veränderungen adäquat zu reagieren und den Durchbruch der konterrevolutionären Strategie zu verhindern, das hängt weitgehend davon ab, ob es uns gelingt, die hochschulpolitischen Vorhaben richtig zu erkennen und analytisch fundierte Gegenstrategien zu entwerfen. Ansätze zu einer analytischen Einschätzungsind mit dem SDS-Papier "Wider die Verstaatlichung der Universität Kritk des Hamburger Hochschulgesetzes" gemacht worden. Dies Papier ging davon aus, daß es sich bei dem Hochschulgesetz (im folgenden HSG) um eine maßgeschneiderte, juristische Fassung für ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis handelt. 1) Dessen Funktions- und Wirkungsmechanismen wurden ausführlich analysiert; der ökonomische Inhalt dieser juristischen Fassung wurde jedoch nicht untersucht. Im folgenden wird versucht, zu einer solchen Analyse beizutragen.

Wissenschaft und Produktion

Das Hochschulgesetz ist Ausdruck der totalen Unterwerfung der Universität unter staatsmonopolistische Herrschaft. Die Unterwerfung der Universität ist aber nur das letzte Glied einer Kette von Maßnahmen, mit denen es die deutschen Monopole in Kooperation mit der Staatsbürokratie verstanden haben, die Produktivkraft Wissenschaft in das staatsmonopolistische System zu integrieren. Die Universitäten werden reduziert auf die Funktion, a) den wissenschaftlich gebildeten Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und b) in einem gewissen, vorgeschriebenem Ausmaß Forschungsergebnisse zu produzieren.

Diese Kapitalisierung der Universität macht die Beziehung, die die Wissenschaft mit der Sphäre der materiellen Produktion eingeht, nun auch dem letzten Studenten deutlich. Wechselwirkungen zwischen materieller Produktion un Wissenschaft haben aber schon immer stattgefunden. Wissenschaft wird gewonnen aus den in der materiellen Produktion gemachten Erfahrungen, und die materielle Produktion wird in bestimmter Weise von dem Niveau wissenschaftlicher Forschung beeinflußt. Die Beziehung zwischen beiden hat aber jetzt eine Stufe erreicht, auf der sie auch in der bürgerlichen Ideologie nicht mehr ignoriert werden kann. "Wissenschaftliche Forschung ist heute wesentliche Grundlage für das Fortbestehen menschlicher Zivilisation Überhaupt.", heißt es im 2. Bundesforschungsbericht. "Dem Forschungspersonal kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Das in ihm verkörperte Potential ("Bildungskapital") ist einer der begrenzenden Faktoren des Wirtschaftswachstums. Wenn in den meisten Ländern die Forschungs-

kosten - und parallel dazu auch die Ausbildungskosten - ansteigen, dann vor allem deshalb, weil man darin sowohl einzel- wie gesamtwirtschaftlich die beste Möglichkeit zur Steigerung der Erträge sieht." 2)

Hier wird explizit ausgesprochen, daß der Bereich der Forschung und Ausbildung völlig den kapitalistischen Profit-Mechanismen unterworfen wird, Die in dem gleichen Bericht ausführlich beschriebene Verstaatlichung dieser Bereiche macht zugleich deutlich, daß die Wissenschaftspolitischen Erfordernisse den privatmonopolistischen Rahmen sprengen und diese nur noch durch den iddeellen Gesamtkapitalisten Staat realisiert werden können. Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft erfordert objektiv eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Baisis. Wie sich aber gerade in der BRD in den letzten 15-Jahren gezeigt hat, ist dies ohne weiteres durch reaktionäre Anpassung der anachronistisch gewordenen Produktionsverhältnisse an die sich revolutionierenden Produktivkräfte möglich.

WISSENSCHAFT IM KAPITALISMUS

Der Kapitalismus selbst war es, der das unmittelbare Eindringen der Wissenschaft in die Sphäre der materiellen Produktion bewirkte. Er hat die Produktion von ihren feudalen Fesseln befreit, er hat die unabhängig voneinander produzierenden Handwerksgesellen in kooperativ arbeitende Lohnarbeiter verwandelt. Diese Vergesellschaftung der Arbeit ermöglichte das Eindringen der Maschine in die Produktion. Die Maschine selbst ist zunehmend das Produkt wissenschaftlicher Erfotschung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses. "Die natur baut keine maschinen, keine lokomotiven, eisenbahnen, elctric telegraphs, self-acting mules etc.. sie sind produkte der menschlichen industrie, natürliches material, verwandelt in organe des menschlichen willens über die natur oder seiner betätigung in der natur. sie sind von der menschkichen hand geschaffenen organe des menschlichen hirns, vergegenständlichte wissenskraft. die entwicklung des capital fix zeigt an, bis zu welchen grade das allgemeine menschliche wissen, knowledge, zur unmittelbaren produktivkraft geworden ist.und daher die bedingungen des gesellschaftlichen lebensprozesses selbst unter die kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgestaltet worden sind." 3 die einführung der maschinerieproduzierte gleichzeitig den neuen typ des wissenschaftlich gebildeten lohnarbeiters, der, zunächst unbedeutend, neben den unausgebildeten arbeiter tritt und mit der verwissenschaftlichung der produktion eine immer bedeutendere funktion erhält.

neben diese hauptklassen (gemeint sind die der manuell tätigen fabrikarbeiter, d. verf.) tritt ein numerisch unbedeutendes personal, das mit der kontrolle der gesamten maschinerie und ihrer beständigen reperatur beschäftigt, wie ingenieure, schreiner usw. es ist eine höhere, teils wissesnschaftlich gebildete, teils handwerkliche arbeiterklasse, außerhalb des kreises der fabrikarbeiter und ihnen nur aggregiert." 4

der so beschriebene wissenschaftliche arbeiter ist unmittelbar teil des produktiven gesellschaftlichen gesamtarbeiters und deshalb den gleichen ausbeutungsbedingungen unterworfen.

der kapitalist hat ein interesse an der verwertung wissenschaftlicher ergebnisse und deren technischer anwendung, da sie die produktivkraft der arbeit erhöhen und ihm so extra-profite ermöglichen. er eignet sich so die ergebnisse wissenschaftlicher arbeit an. die produktivkraft wissenschaft erscheint als selbstständige produktionspotenz des kapitals. da die bourgeoisie im gegensatz zu allen früheren klassen nicht existieren kann, ohne die produktionsweise fortwährend zu revolutionieren 5 , ist sie an der bereitstellung von wissenschaftlichen ergebnissen ständig interessiert. wissenschaftliche forschung aber ist mit - immer größer werdenden - kosten verbunden. wenn das kapital auch an den aus wissenschaftlichen ergebnissen entspringenden extra-profiten interessiert ist, so ist es doch nicht bereit bzw. in der lage, die für die forschung notwendigen kosten aufzubringen. denn, da wissenschaftliche ergebnisse ihrem wesen nach immaterieller natur und von daher in der anwendung unbeschränkt sind, sind sie in gleicher weise vom konkurrenten verwertbar. ihre produktion verschafft dem einzelnen kapitalisten auf diese weise keinen vorteil. der kapitalismus der freien konkurrenz ist nicht in der lage, forschung und entwicklung durchzuführen. hier wird bereits das eingreifen das staates erforderlich, der mit dem patent eine form der kapitalisti-

schen verwertung wirtschaftlich nutzbarer technischer ideen fand 6 .
die patentgesetzgebung in deutschland 1877 ermöglichte eine industrielle zweckforschung, die bald darauf sehr umfangreich in den bereits monopolisierten sphären - insbesondere chemie - einsetzte. die umfangreiche zweckforschung in der teerfarbenindustrie und der indigoproduktion führte dazu, daß der i.g.farbenkonzern vor dem 1. weltkrieg eine monopolstellung auf dem weltmarkt erlangen konnte. die konzernforschung erwies sich so als wichtiger hebel zur monopolisierung.
aber auch so waren die monopole nicht in der lage, die erfordernisse zur weiterentwicklung der von ihnen verwerteten wissenschaft zu erfüllen. zu ihrem nutzen mußte der staat 2 weitere aufgaben übernehmen.
1. die finanzierung der nicht unmittelbar verwertbareb grundlagenforschung, die gleichwohl voraussetzung für eine effektive zweckforschung ist. dies geschah durch gründung staatlich finanzierter und von monopolvertretern verwalteter forschungseinrichtungen, kaiser-wilhelm-gesellschaft, gegründet 1911, heute max-planck-gesellschaft.
2. zur ausbildung der wissenschaftlichen kader mußte der staat technische hochschulen bereitstellen, die seit er mitte des vorigen jahrhunderts gegründet wurden.

bereits hier ist die notwendigkeit staatsmonopolistischer ergänzug der konzerneigenen forschung deutlich. seit dem einsetzen der wissenschaftlich-technischen revolution hat sie iedoch eine ganz neue stufe erreicht. diese neue stufe wurde eingeleitet durch das amerikanische manhattan-proiekt zum bau der atombombe, welches aus politischen motiven initiiert wurde und die potenzen privater unternehmen bei weitem überstieg. dieses proiekt verschaffte der amerikanischen industrie eine lange zeit durchgehaltene monopolstellung auf dem nuklearsektor.

die schwerpunktprogramme im staatsmonopolistischen kapitalismus der brd

der durchbruch zur proiektforschung erfolgte in der brd in den jahren 1955-1957. er erfolgte gleichzeitig mit dem übergang zum kapitalintensiven wirtschaftswachstum und der entscheidung zum aufbau einer hochwertigen, eventuell mit nuklearwaffen ausgerüsteten bundeswehr. 7
dieser durchbruch ist gekennzeichnet durch die etablierung des atom-ministeriums 1955 unter strauß und der einrichtung der schwerpunktprogramme atomforschung und verteidigungsforschung 1955 .
den ersten schwerpunktprogrammen folgten bald weitere.
das schwerpunktprogramm weltraumforschung 1962
das schwerpunktprogramm datenverarbeitung 1967
das schwerpunktprogramm ozeanographie 1969
parallel dazu läuft das schwerpunktprogramm allgemeine wissenschaftsförderung, dessen aufwendungen aber immer mehr abnehmen und das unter die funktionen der fünf anderen zu subsumieren ist. es war von anfang deutlich, daß alle diese schwerpunktprogramme wissenschaftsimperialistischen intentionen unterworfen waren. sie treiben entweder militärisch relevante forschung oder dienen dem ausbau des staatlichenexekutivapparats.
- dem schwerpunktprogramm atomforschung kann es die deutsche politik verdanken, wenn sie 1970 über eine menge an plutonium verfügt, mit dem sie 15 a-bonben vom hiroshima typ bauen kann.
- der aufbau der weltraumfahrt mit seinen enormen materiellen und personellen anforderungen war nur durch das militärische interesse und nur über die militärischen haushalte möglich. heißt es im bundesforschungsbericht 1. 8
- das schwerpunktprogramm datenverarbeitung soll folgenden proiekten dienen:
a) speichern und wiederauffinden von informationen (presse und informationsamt der bundesregierung)
b) integriertes datenverarbeitungssystem (bundespatentamt)
c) zusammenarbeit mehrerer datenbanken (kriminal-datenbanknetz)

d) maschinelle litetaturdokumentation (dokumantationszentrale der bundeswehr)
e) linguistische datenbank (sprachamt der bundeswehr) 9
- das neugegründete schwerpunktprogramm ozeanographie betreibt eindeutig reine militärforschung. das geht daraus hervor. daß in der kommission für ozeanographie das bundesverteidigungsministerium vertreten ist. dem schwerpunktprogramm gehören ein bundeswehrinstitut und das institut für maritime metereologie der frauenhofergesellschaft an der uni hamurg, wo reine militärforschung betrieben wird, an. 10
während die ausgaben der länder verhältnismäßig wenig und gleichmäßig für forschung und lehre anstiegen, ist ein steiler anstieg der bundesausgaben für die projektforschung seit 1956 festzustellen. 11
die schwerpunktprogramme der brd sind die deutsche form der modernen projektforschung. beim erreichten wissenschaftlich-technischen niveau ist die projektforschung für einen staat die einzige möglichkeit, das internationale wissenschaftliche-technische niveau zu halten und auf diesem gebiet relevante fortschritte zu machen. die brd ist nicht mehr in der lage, auf allen wissenschaftlichen gebieten dieses niveau zu halten. die konzentration auf gewisse gebiete ermöglicht es ihr aber, auf diesen gebieten selbst dem amerikanischen imperialismus gewachsen zu sein. dies ist etwa auf dem gebiet der kernkraft-reaktoren der fall. es gelang der deutschen industrie, beim verkauf eines reaktors an argentinien die amerikanische konkurrenz zu schlagen.
die deutsche großforschung wird weitgehend staatlich finanziert. sie umfaßt langfristige forschungsprojekte, die erst in der letzten stufe zu wirtschaftliche verwertbaren ergebnissen führen. diese werden dann durch lizenzabkommen den konzernen zugänglich gemacht, die bereits an der entwicklung beteiligt waren und dabei erfahrungen sammeln konnten. so wird eine umverteilung des nationaleinkommens zu gunsten der konzerne unter der bezeichnung staatliche wissenschaftsförderung erreicht.
die schwerpunktprogramme werden geleitet von planungszellen, an denen konzernvertreter und staatsbürokraten beteiligt sind. etwa atomkommission, kommission für weltraumforschung, kommission für ozeanographie die zentrale koordinierung erfolgt über das 1962 gegründete bundesministerium für wissenschaftliche forschung.
für die schwerpunkte werden langfristige finanzierungsprogramme aufgestellt.
die großforschung bringt das staatsmonopol als herrschendes produktionsverhältnis in der forschung hervor. einmal entstanden, durchdringt das staatsmonopol als herrschendes produktinsverhältnis ... alle gesellschaftlichen bereiche. 12

universität und bourgeoisie

die traditionelle struktur der hochschulen, wie sie seit der humboldtschen gründung der universität berlin im jahre 1810 entstand, ist teilweise bereits in der weimarer republik zerfallen. spätestens seit dem 2. weltkrieg geht die humboldtsche universität in der brd ihrer auflösung entgegen. die humboldtsche universität war gekennzeichnet durch die einheit von lehre und forschung und der autonomier der wissenschaft gegenüber dem feudal-bürgerlichen staat. bereits damals aber beschränkte sich die autonomie der universität auf privilegien der ordinarien, und diese mußten ihre theoretische freiheit damit bezahlen, daß sie "ihre vernunft hinderten, die praktische befreiung zu betreiben." 13
die priviligierte stellung der ordinarien und ihre verfügungsgewalt über die universitären forschungseinrichtungenwar die varaussetzung dafür, daß sich die bourgeoisie die universitäre forschung seit der weimarer republik unterordnen konnte. der bürgerliche staat stellt seinen universitäten nur soviel finanzielle mittel zur verfügung, daß die ordinarien an ihren instituten gerade nicht in der lage sind, forschung zu betreiben. die, an forschungen interessierten industriellen stellen den hilfesuchenden wissenschaftlern dafür gern finanzielle mittel zur verfügung, mit denen die ordinarien dann ihre forschung betreiben können. allerdings haben diese sich dann an den wünschen ihrer freunde und förderer zu orientieren. der bourgeoisie ist es so zwischen 19[illegible] und 1933 sowie seit 1948

gelungen, die universitären institute in industrielle reservekapazitäten für forschung zu verwandeln. dem stifterverband, der zentralen koordinationsstelleder industriezur unterwerfung der universitäten gelang es so, die 1918 gegründete notgemeinschaft der deutschen wissenschaft und ihren nachfolger von 1949, der 1951 in die deutsche forschungsgemeinschaft dfg überging, völlig zu unterwerfen. die universitären institute wurden an den bedürfnissen der industrie ausgerichtetund völlig von ihnen abhängig gemacht. die ordinarien wurden zu parasitären oberoffizieren der wissenschaftlichen produktic ständig auf der suche aach forschungsaufträgen, kaum noch selber zu wissenschaftlicher forschung und noch weniger zu lehrtätigkeit in der lage.
die einseitige ausrichtung der universitäten an den unmittelbaren bedürfnissen des kapitals führte bis etwa 1957 zur zerstörung der alma mater. diese stand aber im widerspruch zu den langfristigen wissenschaftspolitischen interessen des kapitals. eine breite grundlagenforschung, langfristig notwendige voraussetzung einer effektiven zweckforschung, wurde vernachlässigt. die in industriellenverbänden umherreisenden oder in der villa hügel in essen tagenden großordinarien konnten die notwendige nicht leisten. die universitäten schienen nicht in der lage, den insbesondere seit 1957 anwachsenden studentenberg auszubilden. das kapital aber benötigte eine große zahl wissenschaftlich qualifizierter kader, um die neuen forschungsintensiven investitionem realisieren zu können. die staatsmonopolistische großforschung drohte langfristig an einem mangel an wissenschaftlich qualifiziertem kadernachwuchs auszutrocknen.

B. Technokratische Reform!

einleitende maßnahmen zur planifikation des hochschulwesens

seit 1957 setzten massiv diskussionen über die staatliche reorganisation des hochschulwesens ein, die parallel zur forcierung der schwerpunktprogramme verlief. die gründung des gesprächskreises wissenschaft und wirtschaft (gkww) und wenig später des wissenschaftsrats (der bald vom vorher genannten kontrolliert werden sollte, bildeten die einleitu zur vorbereitung der staatsmonopolistischen planifikation des ausbildungssektors. dabei mußten staat und industrie sehr vorsichtig zu werke gehen, um zu verhindern, daß abermals eine professorale opposition entsteht, wie es 1948 in form der gründung des deutschen forschungsrats geschehen war. diese vereinigung bürgerlich-liberaler professoren hatte damals nur mühsam in die dfg integriert werden können. zu beginn der 60er jahre als sich bereits die anti-kapitalistische studentenbewegung ankündigte, wäre eine ordinarienopposition eine bedrohliche gefahr gewesen. so ging man denn erst einmal daran, die clique der großordinarien zu sammeln, die sich in der auftrgsforschung oder in den sog. akademischen selbstverwaltungsgremien hervorgetan hatten, und in die villa hügel, dem sitz des stifterverbands, einzuladen, um dort nach sekffrühstückenzu einer "vertiefung der zusammenarbeit zwischen industrie, handel, wissenschaft und technik zu gelangen." 14 hier fanden seit 1957 regelmäßig gespräche zwischen professoren und industriellen im rahmen des gesprächskreises wissesnschaft und wirtschaft statt. der wissenschaftsrat, dessen organisation so zurechtgemauschelt war, daß seine professoralen mitglieder keine dem staatsmonopolistischen machtkartell zuwiderlaufende politik machen konnten, legte seine ersten empfehlungen nach 3 jahren, 1960, vor. allerdings passierte 1959 ein faux pas. dr. karl friedrich scheidemann, ministerialrat im bundesinnenministerium, legte in einem individuellen akt eine studie zur überfüllung der hochschulen vor. sein fehler war es, die strukturveränderungen, die später vom wissenschaftsrat und der rektorenkonferenz vorgeschlagen würden, zu früh und zu offen zu formulieren. seine vorstellungen gingen dahin, die hochschulen durch "ausgliederung von besonderen fachhochschulen" zu entlasten. als sofortmaßnahme zur lösung der hochschulprobleme shlug er vor, "25 prozent der studenten nach einem strengen begabungs- und leistungsmaßstab herauszuprüfen", damit für die "wirklichen" studenten platz geschaffen wird. 15 die scheidemannschen vorstellungen provozierten einen weiten öffentlichen protest, man ließ sich das eine lehre sein, distanzierte sich von scheidemaann und ging künftig vorsichtiger vor.
das erste gutachten des wissenschaftsrats trug denn auch deutlich kompromißlerische züge. in langatmigen, an die tradition der humboldtschen universität anknüpfenden ausführungen wand man sich "gegen eine trennung von lehre und forschung." beide würden dabei

schweren schaden erleiden." 16 diese ausführungen, im kontext der anderen ausführungen der empfehlungen, hätten aber bereits 1960 den verdacht erwecken können, daß diese einheit langfristig nicht für alle studenten aufrechterhalten werden sollte. man beschränkte sich darauf, den anwachsenden studentenberg durch verstärkung des universitären mittelbaus aufzufangen. an neuen planstellen wurden 1214 neue lehrstühle, 2740 stellen des mittelbaus und 5320stellen für oberassisten und wiss. assistenen gefordert. 17

in diesen empfehlungen wird ferner die verankerung der staatlichen schwerpunktprogramme an den hochschulen initiiert. dies soll durch die schwerpunktmäßige förderung einzelner lehrstühle und die etablierung spezieller sondergebiete an den einzelnen universitäten erfolgen. die zukünftige form der verankerung der schwerpunktprogramme wird auch hier bereits antizipiert. sie erfolgt " durch die bildung kleiner forschungsgruppen nach dem vorbild der in england mit erfolg arbeitenden units. diese dienen insbesondere solchen forschungsaufgaben, die über den rahmen eines faches, gelegentlich einer fakultät hinausgehen." 18

als zentrales koordinationsorgan für diese units wird das staatsmonopolistische wissenschaftsorgan dfg vorgeschlagen. hier also wird bereits deutlich, daß es bei den units darum geht, voraussetzungen für eine systematische, zentralisierte lenkung der universitären forschung zu schaffen. 19

auf diese einrichtungen wird aber in den ersten empfehlungen nur mit sehr großer vorsicht hingewiesen. hier ist noch nicht von rigider staatlicher planifikation und der zwangsweisen verkürzung des studiums oder der disziplinierung der studenten die rede. es handelt sich höchstens um die andeutung künftiger entwicklungen und kann als solche auch nur im nachhinein interpretiert werden.

1960 deuten sich also 2 komplexe an, die für die folgenden jahre zentrale gegenstände planifikatorischer bemühungen wurden.

1. die verankerung der schwerpunkte in den hochschulen. hierfür werden forschungsunits angeboten, die eine zentrale steuerung ermöglichen.
2. die bewältigung des studentenproblems. hierfür hat der wissenschaftsrat eigentlich kaum vorstellungen, er schlägt lediglich den ausbau des mittelbaus und die vereinheitlichung von ingenieur- und universitäts-ausbildung vor.

erste versuche zur bewältigung der bildungsexplosion

dies problem wurde im grunde auch wirklich dringend erst seit august 1961: damals wurde nämlich der zustrom qualifizierter arbeiter, studenten und akkademiker aus der ddr, der bis dahin immer wieder von den deutschen geheimdiensten forciert worden war 20, schlagartig abgebrochen. erst seitdem sind die deutschen universitäten allein für die bereitstellung entsprechender kader verantwortlich.

das masseproblem anden universitäten wurde für das bundesrepublikanische machtkartell zunehmend problematischer. seit etwa 1957, nachdem der durchbruch der deutschen projektforschung vollzogen war, und nach dem sputnik-schock das schlagwort vom kalten krieg der hörsäle aufgekommen war 21, hatte eine massive bildungskampagne eingesetzt. eine mobilisierung von bildungsreserven, vor allem auch aus den bis dahin völlig brachliegenden mittelschichten, hatte eingesetzt. die daraufhin einsetzende bildungsexplosion drohte die hochschulen zu überrollen. die entwicklung ddr studentenzahlen wurde keinesfalls von einem nur etwa gleichwertigen ausbau der unis oder einer erhöhung des lehrpersonals begleitet. in den überfüllten hörsälen, in die nun auch langsam kinder aus d mittelschichten eindrangen, lag für die herrschende klasse ein gefährliches potential. war eine erhöhung der hochschulabsolventen auf der einen seite eine notwendige bedingung, um die getätigten forschungsinvestitionen realisieren zu können, so drohten auf der anderen seite die verproletarisierenden studenten träger oppositioneller bewegungen zu werden. die gefahr, daß zu der objektiven proletarisierung der studenten subjektive momente hinzukämen - nämlich die einsicht in die emmanzipativen möglichkeiten der betriebenen wissenschaften und ihre wirkliche destruktive anwendung - und daß das resultat eine antikapitalistische studentenbewegung würde, war nicht unbeträchtlich. sie konnte durch sozialpolitische maßnahmen a la honnefer modell, düsseldorfer wohn-

heimplan, politische erziehung usw. nur mühsam abgewendet werden. alle diese sozialpolitishen maßnahmen gelten denn auch heute als gescheitert.
der versuch, das problem über studienzeitreglementierungen zu lösen, wurde durch diskussionen begonnen, die seit 1963 an den entscheidenden stellen kontinuierlich geführt wurden. dr. hans dichgans, mitglied des gkww, der cdu und mdb, geshäftsführendes mitglied der wirtschaftsvereinigung eisen- und stahlindustrie ist für die bald darauf aufgestellten kompressionsmodelle die entscheidende figur gewesen. er eröffnete die diskussion mit einer denkschrift, die er dem gkww 1963 vorlegte und die dieser zur grund lage seiner 18. empfehlung vom Oktober 1963 machte.22. ausgangspunkt für seine denkschrift war die annahme, daß die sich dauernd verlängernden studienzeiten hauptursache für die überfüllung der hochschule seien. diese überlangen studienzeiten würden ferner nachteile für die auswahl der begabten kader mit sich bringen. sie würden aktive junge leute abschrecken, da sich " dieser menschentypus am wenigsten damit befreunden könne, bis zum 3o geburtstag im stande eines lehrlings zu verbringen."23 dagegen würden schwache leute überlange studienzeiten gern in kauf nehmen. "es sind qualitätsüberlegungen, die eine verkürzung der ausbildung erfordern." 24 eine verkürzung der studienzeiten wird von dichgans als die entscheidende aufgabe angesehen, in den folgenden jahre verfolgt der dieses ziel in allen möglichen gremien mit unermüdlichem eifer. der gkww zieht 1964 aus den überlegungen seines eifrigsten mitglieds die konsequenzen. er fordert, die schulzeit bis zum abitur auf 12, die studiendauer auf 4 jahre zu begrenzen. das studium soll ein echtes leistungsstudium sein. es sollte durch zwischenprüfungen einer entsprechenden selbstkontrolle und qualititätsauslese unterworfen sein."25 "die große bedeutung, die den ingenieurschulen zukommt," wird nochmals besonders herausgestellt. schließlich wird die gründung einer zentralen vermittlungsstelle vorgeschlagen, die die zulassung für die überfüllten fächer regulieren soll. 26 die empfehlungen enthalten also bereits planifikatorische elemente für die regelung der studentenzahlen.

mit dieser unterstützung des gkww gelang es bald, die dichgansschen vorstellungen in den entscheidenden wissesnschaftspolitischen gremien durchzusetzen. am 28. juli beschlossen philosophischer und mathematische fakultätentag die einführung von zwischenprüfungen, denen die rektorenkonferenz zustimmte. wenig später schlug die gleiche konferenz die generelle einführung von befristeter immatrikulation resp. zwangsexmatrikulation bei überschreitung der vorgeschriebenen studiendauer vor. 27
diese staatliche reglementierung des studiums kündigte bereits deutlich die technokratische gleichschaltung der universitäten an.
mit diese empfehlungen war nun die richtung festgelegt, in der man die lösung der bildungskrise erfolgen wollte. man einigte sich darauf, daß es nicht um "eine studienreform, sondern um eine studentenreform"28 ginge. das übel bestand also nicht in der überkommenen hierarchischen struktur des lehrkörpers, in der industriellen auftragsforschung, in den zu geringen staatlichen unterstützungen, sondern vielmehr darin, daß die studenten in den universitäten zuviel zeit vergammelten. die universität gab ihnen" zu wenig anleitungen," das studium war zu wenig an den erfordernissen ihres späteren berufs orientiert. dpeer, der damalige präsident der rektorenkonferenz, meinte, die studenten selbst wären froh, wenn man ihnen ein wenig "orientierungshilfen in die hand gäbe."29

empfehlungen des wissenschaftsrats zur kompression des studiums

so gut vorbereitet, konnte die staatliche realisierung des kompressionsmodells nicht mehr schief gehen. .dichgans verschaffte sich noch rückhalt bei der kulturdebatte des bundestags vom 4. märz 1964 und bei der tagung des hochschulverbandes vom april 1964. der entscheidende durchbruch dieser vorstellungen erfolgte durch die verabschiedung der "empfehlungen des wissenschaftsrats zur neuordnung des studiums an den wissenschaftlichen hochschulen. war der wr 1960etwa noch gezwungen, die zukünftige entwicklung des hochschulwesens nur vage anzudeuten, so brauchten die konzernvertreter jetzt kein blatt mehr vor den mund zu nehmen.
der umstand, daß es sich bei diesen empfehlungen um einen dürren organisationsplan handelt, sollte niemand über ihre normative kraft täuschen. die normierungskompetenz hat der da-

malige vorsitzende des wr, ludwig raiser, folgendermaßen umschrieben 30 :
"der wissenschaftsrat hat sich in der zwischenzeit .... eine von denhochschulen selbst, von den verwaltungen und parlamenten nie mehr umstrittene autorität verschafft. die folge ist, daß seine empfehlungen eher zu genau als zu wenig beachtet wurden." 31

was in den empfehlungen von 1966 in wenigen worten angegeben wurde, wurde in der folgenden zeit durch rigide staatliche zwangsmaßnahmen durchgesetzt. so sprach sich die ständige konferenz der kultusminister am 23. september dafür aus, "die empfehlungen des wr zu befolgen (!) und so rasch wie möglich ihre verwirklichung in angriff zu nehmen!" 32

in anwendung der modelle dichgans schlug der wr in den genannten empfehlungen vor:

a die gliederung des studiums: "das studium für alle studenten, das mit einer die berufsfähigkeit bestätigenden prüfung abschließt, ein aufbaustudium für die studenten, die an der forschung interessiert und für sie befähigt sind (wie aus anderen empfehlungen des wr hervorgeht, werden das 25 prozent sein 33), ein kontaktstudium, das als angebot an die im beruf stehenden absolventen der wiss. hochschulen diesen die möglichkeit geben soll, ihre wiss. ausbildung in gewissen zeitabständen aufzufrischen und entsprechend dem stand der forschung zu ergänzen." 34

für die erste phase des grundstudiums soll ein verzeichnis obligatorischer lehrveranstaltungen existieren. danach soll eine zwischenprüfung staatfinden. die zwischenprüfung hat den zweck, "die für das gewählte fachstudium ungeeigneten studenten rechtzeitig auf andere bahnen zu lenken." 35 der student wird während des studiums unter einem immensem leistungsdruck stehehn. das studium soll "intensiv", "straff geführt," und "zügig" verlaufen 36.

obwohl in diesen empfehlungen noch darauf verwiesen wird, daß die einheit von lehre und forschung auf keinen fall aufgehoben werden dürfe, 37 geht aus den folgenden bemerkungen eindeutig hervor, daß es für die 75 prozent normalstudenten, die nur ein grundstudium absolvieren, so etwas wie forschung wohl nicht mehr geben würde.

"im einzelnen soll erreicht werden, daß der studentsich das von seinem fach erforderte und für seinen beruf notwendige wissen aneignet, sich mit den wissenschaftlichen arbeitsmethoden seines fachs vertraut macht, im umgang mit wissenschaft erfährt, was wissenschaftliche erkenntnis ist," 38 "nur selber praktizi ren soll er wissenschaft und erkenntnis nicht!" 39

ebenfalls zu der einschätzung, daß die einheit von lehre und forschung zumindest für das grundstudium aufgehoben sit, kommen die herausgeber des bereits mehrfach zitierten buchs "wissenschaft im klaasenkampf";

"es soll lediglich die methodik ingenieurwissenschaftlicher arbeitsweise erlernt werden. eine beteiligung an der forschung ist im grundstudium nicht vorgesehen." 40

dies offen auszusprechen hat der wr bis heute nicht gewagt. bei internen verlautbarungen gilt dies aber als beschlossene sache.

für die 25 prozent von studenten, die während des grundstudiums dem immensen anpassungsdruck standgehalten haben und sich als besonders anpassungsfähig erwiesen haben, wird eine teilnahme an der forschung sichergestellt. die vielgerühmte freiheit der wissenschaft beginnt - laut einer zeitungsnotiz der welt - "erst später und nur für die studenten, von denen man erwarten kann, daß sie den rechten gebrauch von ihrer freiheit machen werden!" 41 rechter gebrauch der freiheit der wissenschaft - das heißt in der springerschen sprache die herrschende, destruktive anwendung von wissenschaft, bis zur militärischen auftragforschung und entwicklung von abc-waffen, eine anwendung, die die emmanzipativen kräfte, die in der wissenschaft schlummern, kaum ahnen läßt. nur die studenten, die diese herrschende verwertung der wissenschaft bereits verinnerlicht haben, dürfen künftig an der forschung teilhaben. bei den anderen ist die gefahr zu groß, daß sie die emmanzipativen möglichkeiten ihrer wissenschaft zum hebel sozialrevolutionärer umwälzungen machen.

"man befürchtet, daß die menschen, wenn sie ihre fähigkeiten zu weit entfalten konnten, sich nicht mehr einer begrenzten aufgabe und der industriellen hierarchie unterwerfen. deshalb hatman sie von vorneherein verstümmeln wollen, man wünscht, daß sie kompetent, aber beschränkt sind, aktiv, aber folgsam, intelligent, aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare funktion hinausgeht, unfähig, den blick von ihrer aufgabe abzuwenden. kurz, man wünscht spezialisten. in ihrer ausbildung wird alles ignoriert, und aus ihrer umgebung alles entfernt, was sie dazu befähigen könnte, außerhalb ihrer arbeit jene verwirklichung ihrer selbst zu suchen, die ihnen in ihrer arbeit

versagt wird." 42
genau diese ausbildung soll durch die empfehlungen initiiert werden. auf diese weise versucht man seit 1966, die sprengkraft, die in dem immer höher werdenden studentenberg liegt, zu entschärfen und gleichzeitig die benötigte zahl mittlerer manager bereitzustellem.

sonderforschungsbereiche und einsetzende ausbildungsplanifikation

der 1960 vom wr begonnen versuch, die staatlichen forschungsprogramme in den hochschulen zu verankern, wurde 1967 in den "empfehlungen zum ausbau der wiss. einrichtungen bis 1970 "fortgesetzt. der widerspruch zwischen der notwendigkeit, die hochschulforschung zugunsten der ausbildungsfunktion einzuschränken und den bedürfnissen nach erhaltung, ausbau und schwerounktmäßiger konzentration der hochschulforschung soll seitdem über die sonderforschungsbereiche gelöst werden 43. in den sonderforschungsbereichen soll eine konzentration der kräfte, eine förderung der kooperation zwischen den verschiedenen forschern und den verschiedenen forschungseinrichtungen erfolgen.
"es geht um die schaffung leistungsfähiger forschungseinheiten in den hochschulen und damit hand in hand um eine verstärkte und zugleich mit einer leistungskontrolle verbundene finanzielle förderung der forschung" 44
die konzentration auf einen sonderforschungsbereich "bedeutet zugleich, daß die hochschule, die diesen sonderforschungsbereich gewählt hat, auf einen entsprechend starken ausbau anderer gebiete verzichten muß." 45
die sonderforschungsbereiche haben die aufgabe, die bereits vorhandenen staatlichen schwerpunktprogramme zu ergänzen. die regierung beabsichtigt, wie im 2. forschungsbericht der bundesregierung 1967 heißt, "rasch ein system von soderforschungsbereichen an wiss. hochschule zu errichten, das die bereits bestehendenschwerpunktprogramme der dfg und die großen förderungsprogramme des bundes ergänzen soll." 46
zu dieser zeit war also deutlich geworden, daß die intensive konzentration der deutschen forschung auf schwerpunkteeine systematische forschung auf den verwandten gebieten erforderte. um langfristig ein austrocknen der schwerpunktprogrsmme auf grund fehlender bereitstellung von forschungsergebnissen aus verwandten gebieten zu verhindern, wurde mit den empfehlungen des wissenschaftsrats von 1967 deshalb die errichtung von universitären sonderfotschungsbereichen initiiert. diese bereiche wurden über die dfg einer straffen, staatsmonopolistischen lenkung unterworfen. gleichzeitig wurde angekündigt, daß alle anderen formen von hochschulforscheng künftig vernachlässigt und langfristig finanziell ausgetrocknet werden sollten. für hamburg wurden 1967 an sonderforschungsbereichen vorgeschlagen:
orientalistik mit besonderer berücksichtigung der geschichte,
meeresforschung,
schiffstechnik und schiffbau. 47

die zunehmende produktivkraftfunktion der wissenschaft ließ die bedeutung der wiss. qualifizierten kader immer mehr ansteigen. während bis etwa 1961 über eine zu geringe zahl von akademikern geklagt wurde und seit 1957 - mit hinweis auf die technological gap und den kalten krieg der hörsäle - eine massive bildungsexplosion hervorgerufen wurde, sah sich das herrschende machtkartell seit anfang der 60er jahre einer zahl von studenten konfrontiert, die kaum noch von den unis verkraftet werden konnten. auch von der industrie war eine solch hohe zahl qualifizierter arbeitskräfte kaum noch zu verwerten. die gesellschaftliche bildungspyramide geriet ins wanken., das bildungsmonopol der obersten schichten drohte sichaufzulösen. die empfehlungen des wissenschaftsrats zeigten die wege zur bewältigung des problems. es ging seitdem darum, "im rahmen der struktur unseres bildungssystems die bildungsexplosion umzulenken." 48 "ich bin der meinung," meinte das cdu-mdb dr. martin hirsch, "daß die bildungsexplosion nicht gestoppt werden darf. aber sie darf auch nicht einfach auf die spitze unseres bildungssystems gelenkt werden, weil das den universitätsbereich einfach zum einstürzen bringt." 49
das machtkartell mußte jedenfalls bald einsehen, daß es die ware wiss. qualifizierte arbeitskraftnicht einfach den anarchischen marktmechanismen überlassen konnte. es entwickelten sich bald bestrebungen zur staatsmonopolistischen programmierung des ausbildungswesens. insbesondere auch des hochschulwesens. um staatliche eingriffe in die

bildungsentwicklung zu ermöglichen, waren zunächst prognostische bedarfsermittlungen notwendig. "die bildungsökonomie, teil der nationalökonomie, wurde bald zum wichtigsten teil der jüngsten form ökonomischer theorie, der wachstumstheorie." 50
die wohl wichtigste veröffentlichte studie in diesem zusammenhang ist die von hajo riese 1967 im auftrag des wissenschaftsrats erstellte 51. er weist in dieser studie zwar durchaus auf ein - formales - recht auf bildung hin, geht aber bei seinen prognostischen ermittlungen doch davon aus, es sei" aufgabe der universität, die gesellschaftspolitischenund ökonomischen forderungen unserer zeit zu erfüllen"52. er kommt von daher zu dem ergebnis, daß die gegenwärtigen studentenzahlen und geringfügige steigerungen in den nächsten jahren ausreichen würden. diese studie wurde weitgehend zur grundlage der folgenden staatlichen planifikationsbemühungen.
eine zentrale regulierung des studentenstroms über zulassungsbeschränkungen war bereits seit der etablierung von zentralen zulassungsstellen möglich. in den empfehlungen des wr von 1967 wird angedeutet, daß dies die funktion eines permanenten regulativs übernehmen könne. vorläufig aber wurde noch auf die "bedeutung von fachhochschulen" nur verwiesen.
in der folgenden zeit wurden die vorbereitungen zur institutionellen veränderung der hochschulen und die etablierung von sonderforschungsbereichen vorangetrieben.
im juli 1968 legte der wr ein verzeichnis für die einrichtung und finanzierung der sonderforschungsbereiche vor. die hier konzipierten sonderforschungsbereiche gelten als integrierte elmente einer gesamtwissenschaftskonzeption und stehen unter intensiver kontrolle der dfg.
die in dem gutachten genannten sonderforschungsbereiche durchdringen sämtliche unis und ths. 53 für hamburg sind 9 sonderforschungsbereiche vorgesehen.
an der aufstellung dieser bereiche war das monopolkapital in ausreichender weise beteiligt. "die deutsche forschungsgemeinschaft hat sich bereiterklärt, der bitte des wissenschaftsrats zu entsprechen und die beratung des wr bei der auswahl der sonderforschungsbereiche zu übernehmen."54 die deutsche forschungsgemeinschaft ist über die unmittelbare einflußnahme des stifterverbandes - in dem sich die konzernvertreter ein stelldichein geben - der unmittelbaren kontrolle der monopole ausgesetzt.

die zerschlagung der alten universitätsstrukturen

die bis 1968 entwickelten vorstellungen zur strukturellen veränderung universitärer lehre und forschung sprengten den rahmen der alten, ordinarialen feudalburgen. die alma mater ist nicht der ort, der optimale institutionelle voraussetzungen zu systematischer wissenschaftspolitischer lenkung bietet. die vom wissenschaftsrat bis dahin initiierten veränderungen quantitativer art - insbesondere die verstärkung des mittelbaus - hatten die macht der ordinarien noch nicht gebrochen. sie waren noch in der lage, der staatlichen gleichschaltung der wissenschaft widerstand entgegenzusetzen.
die ordinariale universitätsstrukur mit formaler akademischer selbstverwaltung war einer zeit adäquat, in der sich industrielle und wissenschaftler als warenbesitzer gegenübertraten. sobald aber das staatsmonopol, das herrschende wissenschaftliche produktionsverhältnis, war auch eine institutionelle gleichschaltung der universität erforderlich. an die stelle der ordinarialen feudalstruktur tritt die bonapartistische präsidial-diktatur. diese strukturellen veränderungen der universitäten, denen wir uns momentan in ihrer juristischen form von universitätsgesetzen konfrontiert sehen, folgen alle den empfehlungen des wr zur struktur und verwaltungsorganisation der hochschulen vom dezember 1968 55.
die empfehlungen des wr haben mittlerweile die kraft von verbindlichen anordnungen bekommen. abgesehen vom ordnungsrecht sind in diesen empfehlungen sämtliche strukturellen veränderungen, der universitäten, die momentan in form von hochschulgesetzen in den einzelnen ländern durch gesetzt werden, enthalten. besonders deutlich wird dies gerade am hamburger hochschulgesetz. die mit diesem gesetz verbundene funktionalisierung der universität und deren wirkungsmechanismen sind bereits ausführlich analysiert worden56.
ein wesentliches moment dieser strukturellen veränderungen ist aber die etablierung von fachbereichen, was in dieser analyse kaum beachtung gefunden hat. diese ist verbunden mit einer aufhebung der universitären gliederung in fkultäten und einer weitgehenden entmachtung der institute. die fachbereiche werden träger der sonderforschungsbereiche sein.
die notwendigkeit, bei der immer stärker werdenden konzentration auf bestimmte forschungs-

gebietemehrere institute zusammenzufassen und zu einer kooperation verschieden spezialisierter wissenschaftler zu gelangen, war vom wr bereits 1960 ausgesprochen worden.
die einrichtung von fachbereichen schafft die institutionellen voraussetzungen für die etablierung derartiger, zentral gesteuerter wissenschaftsprojekte.
die etablierung von fachbereichen wird den ländern durch den staatsvertrag vorgeschrieben; "die innere gliederung und struktur der hochschulen sind entsprechend der eigenart und dem umfang der zu bewältigenden aufgaben zu gestalten. dabei sind lehrstühle und institute zu hinreichend großen, funktionsfähigen einheiten zusammenzufassen, denen personal- und sachmittel nach maßgabe der lehr- und forschungsausgaben zur verfügung gestellt werden." (artikel 1. paragraph 1,2)
vergleicht man die in hamburg lt. hsg konstituierten fachbereiche mit den sonderforschungsbereichen, die auf anordnung des wissenschaftsrats entstanden sind, dann läßt sich leicht abschätzen in welchen bereichen in hamburg noch relevante forschung betrieben werden wird - und dh. wo überhaupt ein aufbaustudium möglich sein wird - und wo nur noch ein total verschultes studium btrieben wird:

fachbereiche lt. uni-gesetz	sonderforschungsbereiche laut wr 57
evangelische theologie	missionswissenschaft und ökumenenkunde
rechtswissenschaft	weltwirtschaft und internationale
wirtschaftswissenschaft	wirtschaftsbeziehungen
	psychosomatische medizin, klinische psychologie, psychotherapie
medizin	tropenmedizin
	endokrinologie / angiokardiologie
orientalistik	orientalistik mit besonderer berücksichtigung der
geschichtswissenschaft	geschichte
kulturgeschichte und kulturkunde	iberoamerikanistik und altamerikanistik
mathematik	kernphysik und hochenergiephysik, dezy
physik	
biologie	
chemie	meeresforschung
geowissenschaften	

1969 kam noch der sonderforschungsbereich afrikanistik hinzu. hieran wird deutlich, in welchem maße die hamburger universität imperialistischer gleichschaltung unterworfen wird. besonders die theologen dürften darüber erstaunt sein, daß auch ihre wiss. tätigkeit in die neokolonialistische expansionspolitik des kapitals integriert ist.
geht man davon aus, daß die phil.-fak. neben die staatliche finanzierung über die sonderforschungsbereiche keine finanzielle unterstützung erhält - industrielle zweckforschung, die an der universität nach wie vor betrieben wird, kommt hier kaum in frage - , dann kommt man zu dem schluß, daß neben den oben angegebenen schwerpunkten - die für die meisten studenten verhältnismäßig irrelevant sein werden - dort bald keine forschung mehr betrieben wird. die ehrwürdigen herren ordinarien werden zu ausbildern degradiert und dem korrumpierten mittelbau gleichgestellt. die phil.-fak. wird zu einer ausbildungsstätte für lehrer, die niemals in hamburg die möglichkeit haben werden, wissenschaft selbstständig zu betreiben. deswegen beeilte sich die fakultät auch, zu beginn dieses semeaters, die sofortige schließung des turms anzukündigen für den falleiner institutsbesetzung.
die gleiche situtation wie an der phil.-fak. ist am p.i.
die hamburger universität wird zu einer der trägeruniversitäten für das schwerpunktprogramm meeresforschung, das seit anfang dieses jahres besteht. zu diesem komplex sei auf die "thesen zur aktuellen situation an der hamburger universität" verwiesen (diese ausgabe).

universität und fachhochschulen

wie aus den wr-empfehlungen hervorgeht, waren pläne, die altertümliche alma mater zu zerschlagen, bereits 1966/67 , vielleicht sogar bereits 1960, zumindest in ansätzen vorhanden. die endgültigen entscheidungen dürften jedoch zu beginn dieses jahres, frühestens gegen ende des vergangenen, gefallen sein. wieweit darauf die studentenrevolte einen einfluß hatte, läßt sich nur schwer abschätzen. günther zehm schrieb jedenfalls in einem leit-

artikel un der welt:

angesichts der "versuche radikaler studenten, die universität zu lateinamerikanisieren," und "angesichts der unheimlichen gelassenheit der regierung käme der verdacht ... trotz aller gegenseitiger versicherungen....daß sich unsere gesellschaft darauf einrichtet, künftig ohne die universitäten auszukommen. keineswegs nämlich wäre eine dynamische, in ihrer industriellen struktur so mutationsfähige gesellschaft wie die bundesrepublikanische auf die alten universitäten amgewiesen. managerschulen, partei- und konzerne igene 'kaderschmieden' verschiedenster observanz könnten den bedarf ebenso gut oder gar besser decken. die grundlagenforschung der zukunftsträchtigen wissenschaften ist sowie so schon lange dabei, von der universität zur "big science" abzuwandern." 58

das letzte ist allerdings nicht ganz korrekt. wenn auch die relevante grundlagebforschung seit langem staatlicher kontrolle total unterworfen ist, so bleibt sie zum teil doch formal und organisatorisch in der universität. das beste beispiel dafür ist das institut für maritime metereologie. dies institut gehört zwar zur frauenhofer-gesellschaft, ist aber nominell ein teil der universität hamburg. dieser halblegale zustand dieses instituts wird nachträglich vom hsg legalisiert. paragraph 51 "bestimmt die zuständige bekörde kanneiner wiss. einrichtung außerhalb der universität....die befugnis verleihen, die bezeichnung einer wiss. einrichtung an der universität zu führen." 59 auf diese weise gelingt es der bundeswehr fast unbemerkt, die universität zu unterwandern.

ansonsten liegt günther zehm mit seinem verdacht durchaus nicht falsch. der wr hat längst die trennung von forschung und lehre in der universität beschlossen, wenn er dies auch momentan nur in internen dokumenten zugibt. für den wr ist längst klar, daß das grundstudium an der uni und das fachhochschulstudium einander total angeglichen werden müssen.

so schreibt etwa leusink, der vorsitzende des wr, an die mitglieder des beratenden ausschußes für forschungspolitikim märz 1969:

"es ist eine politische entscheidung, wieviel prozent des jeweiligen jahrgangs ein sog. langstudium(das in etwa dem traditionellem universitätsstudium entspricht) und wieviel prozent ein sog. kurzstudium absolvieren sollen. dabei wird das kurzstudium in der weiteren entwicklung sicher zusammenfallen mit dem, was aus der weiter entwickelten heutigen fachhochschule entstehen soll." 60

auf grundlage dieser angleichung wird die bildung eines gesamthochschulsystems vollzogen. die entscheidung über die drei grundsätzlichen möglichkeiten eines solchen gesamthochschulsystems "voll integriert, formal integriert, völlig abgetrennte fachhochschulen" 61 ist dabei noch nciht gefallen.

"aber wie immer diese entscheidung ausfallen wird, es scheint mir ausschlaggebend zu sein, daß die fachhochschule oder die entsprechenden bereiche in einem gesamthochschulsystem definiert sind als lehrstätten ohne forschung. wenn man an diesem prinzip nicht festhält, hat eine unterscheidung auf dauer keinerlei wert. dann kann man auch genau so gut das sich uns stellende quantitative problem im rahmen der bisherigen hochschulen zu lösen versuchen. dies auszusprechen, deutet gleichzeitig die unmöglichkeit eines solchen zieles an." 62

in hamburg wurde jüngst ein wichtiger schritt zur verwirklichung dieses gesamt-hochschulsystems und zur vereinheitlichung von fachhochschul- und universitärer ausbildung getätigt. es wurde von der schulbehörde eine kommission gebildet, in der vertreter aller hochschulen, fachhochschulen, ingenieurschulen und höherer fachschulen angehören. die mitglieder dieser kommission wurden von drexelius berufen. diese kommission hat u.a. folgende fachkommissionen gebildet:

fragen der ausbildung von führungskräften
beteiligt ing.-schule für produktionstechnik und verfahrenstechnik
fachbereich wirtschaftswissenschaften an der uni hamburg

fragen der ausbildung in technischen fächern
beteiligt fachbereiche mathematik, physik, chemie an der uni hamburg,
ing.-schule der freien und hansestadt hamburg für bauwesen, seefahrtschule, ing.-schule für produktionstechnik und verfahrenstechnik, ing.-schule für fahrzeugtechnik, höhere fachschule für hauswirtschaft, fachschule für bekleidung. 63

die entwicklung, die die ausbildung an den fachbereichen an der uni in der nächsten zeit durchmachen wird, läßt sich an der zusammensetzung dieser fachkommissionen in etwa ab-

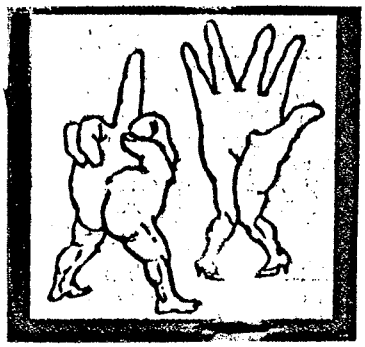
schätzen. die institutionellen und organisatorischen voraussetzungen zur umfassenden staatlichen reglementierung des bildungswesens, welches völlig im sinne von staat und industrie gleichgeschaltet wird, werden so allmählich geschaffen. von einem - auch nur formalen - recht auf bildung ist kaum noch die rede. die ware wiss. qualifizierte arbeitskraft wird totaler staatsmonopolistischer regulierung unterworfen.

anmerkungen: infolge eines partiellen technischen defekts an der schreibmaschine wurde von einer bestimmten stelle an die kleinschreibung benutzt.

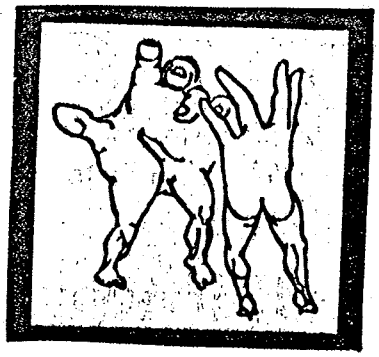
1) wider die verstaatlichung der universität , kritik des hamburger hochschulgesetzes, hrsg. von einem autorenkollektiv des sds hamburg, 1969, s. 3
2) bundesbericht forschung 2, hrsg. vom bundesminister für wissenschaftliche forschung, bonn1
3) karl marx, grundrisse der kritik der politischen ökonomie, berlin 1953
4) karl marx, das kapital bd. 1, berlin 1961, s.441f
5 vgl. marx engels, manifest der kommunistischen partei, berlin 1967, s. 46
6 wissenschaft im klassenkampf, berlin 1968, s. 23
7 vgl. k.h.roth, unwissen als ohnmacht, in unilife-zentralblatt, 22.6.1969, s.6
8 zitiert nach berthold knauer, entwicklungstendenzen und funktionsmechanismen der forschung an den westdeutschen ths und an der tu west.-berlin, diss. dresden, 1966, s. 151
9 bulletin des presse- und informationsamtes der bundesregierung, bonn, 13.9.1968, s.990
10 vgl. wehrdienst, 30.mai 1969,sonderdruck nr. 33
11 vgl. b.knauer, entwicklungstendenzen..., a.a.o.
12 wissenschaft im klassenkampf, a.a.o., s. 56
13 w. lefevre, reichtum und knappheit, in bergmann, dutschke, lefevre, rabehl, rebellion der studenten, reinbek b. hamburg, 1968, s. 114
14 gesprächskreis wissenschaft und wirtschaft gkww, bericht 1957/1967, essen-bredeney., s.1
15 überfüllung der hochschulen. eine studie über studentenzahlen und fassungsvermögen der deutschen hochschulen. vorgelegt von dr.k.fr. scheidemann, ministerialrat des bundesminister des inneren, in deutsche universitäts-zeitung, bonn 1960. jg. 15, h.1, s.16
16 empfehlungen des wissenschaftsrates zum ausbau der wiss. einrichtungen, teil 1, tübingen 1960, s. 39
17 a.a.o., s. 524f, vgl. s. prokop, das wechselverhältnis zwischen den bürgerlichen universitä reformen und den staatsmonopolistischen reoganisationsmaßnahmen im westdeutschen hochschulwesen, diss. berlin 1967, s. 273
18 wissenschaftsrat, empfehlungen teil1, a.a.o. s. 44
19 ebenda
20 diese subversive tätigkeit der deutschen geheimdienste wird durch agentenprozesse in der ddr und entsprechende zeitungsveröffentlichungen in w.-berlin hinreichend belegt. diese tätigkeit riß auch nach dem mauerbau nicht ab. vgl deutsches dokument der zeit, berlin, jg. 1967.
21 vgl. kalter krieg der hörsäle. was tun die udssr, deutschland und die usa für die wissenschaft und forschung? in: offene welt, frankfurt, 1956, nr. 45, s. 419 ff
22 gkww, a.a.o., s. 16
23 dichgans, hans denkschrift in: hochschuldienst, bonn, 8.11.1963, s.1ff
24 ebenda
25 gkww, a.a.o., s. 17
26 ebenda
27 vgl. stephan leibfried, die angepaßte universität. zur situation der hochschulen in der bundesrepublik und den usa, frankfurt 1968, s. 47f
28 vgl. lefevre, a.a.o.
29 zitiert nach leibfried, a.a.o.
30 l. raiser, die aufgaben des wissenschaftsrats, köln 1963, s. 6f
31 leibfried, a.a.o. s. 56
32 leibfried, a.a.o. s. 58
33 vgl. w. hahn, brauchen wir mehr akademiker? in: wirtschaftsdienst, hamburg, 47. jg 1967, nr. 9, s.441
34 wissenschaftsrat, empfehlungen zur neuordnung des studums an den wissenschaftlichen hochschulen, 1966, s. 16

35 wissenschaftsrat 1966, a.a.o., s. 19
36ebenda
87 a.a.o. s. 6 ff
38a.a.o., s. 14
39 leibfried, a.a.o., s. 67
40wissenschaft im klassenkampf, s. 143
41 zitiert nach leibfried, s. 65
42 andre gorz, zur strategie der arbeiterbewegung im neokapitalismus, frankfurt 1968, s. 134
43 wissenschaft im klassenkampf, a.a.o., s. 145
44 empfehlungen des wissenschaftsrats zum ausbau der wissenschaftlichen hochschulen, tübingen 1967, s. 128
45 a.a.o., s. 130
46 zitiert nach wiss. im klassenkampf, s. 170
47, wissenschaftsrat, 1967, s. 227 ff
48w. hahn, ebenda
49 ebenda
50 einhard schrad[illegible] von der bildungskatastrophe zu akademischen proletariat, in :antworten auf [illegible]tenberg, frankfurt 1968, s. 123
51h. riese, die entwicklung des bedarfs an hochschulabsolventen in der bundesrepublik deutschland, Wiesbaden, 1967
52 hajo riese produzieren wir zuviel akademiker, faz, 28.1.1967
53verzeichnis des wissenschaftsrats für die aufstellung und finanzierung von sonderforschungsbereichen, 1968, s. 5
54 ebenda
55empfehlungen des wissenschaftsrats zur struktur und verwaltungsorganisation der universitäten, in ;frankfurter rundschau, 17.12. 1968
56 vgl. anm. 1
57 quellen unigesetz, paragraph 75, wissenschaftsrat verzeichnis 1968.., a.a.o. s. 19ff
58günther zehm, die alma mater zerfällt, in ; die welt, 7.12. 1968
59 ebenda
60 h. leusink, langfristige tendenzen beim hochschulausbau, zur sitzung des beratenden ausschusses für [illegible]schungspolitik am 28. april 1969, s. 4
61 leusink, s. 13
62 ebenda
63 staatliche pressestelle, 20. juni 1969

AUS: APO PRESS 12, 2000 HAMBURG 4, ANNENSTR. 32



VON DER LIBERALEN



FICKEREI ...

HEIDELBERG: NIEDERE TOLERANZSCHWELLE DES AUTORITÄREN STAATES (AUS: STREIK-INFO, 30.6.)

(RESOLUTION DER VOLLVERSAMMLUNG DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT VOM 26.6.69)

Schon die ersten oppositionellen Schritte studentischer Minderheiten veranlaßten die Hochschulbürokratie zu Repressalien gegen jene Studenten, die aus dem festen Rahmen der unbefragbaren Westintegration ausbrechen wollten. Schon der Versuch mit dem bürgerlich ideologischen Anspruch einer "freischwebenden Intelligenz" ernst zu machen, stiess auf die entschiedene Abwehr der Hochschulbürokratie und in der Folge von Staat und Wirtschaft. So war der eigentliche Beginn der Berliner Studentenrevolte im SS 65 der pluralistische Protest gegen ein Hausverbot des Rektors, das den bürgerlich demokratischen Publizisten Erich Kuby aussperrte. Eine von 3 000 Studenten unterschriebene Resolution enthielt nicht etwa sozialistische Forderungen, sondern den schlichten Anspruch an den Rektor, "uns das Recht zu bestätigen, zu jeder Zeit jederman über jedes Thema in der Universität zu hören und mit ihm zu diskutieren." Als der damalige AStA-Vorsitzende zu diesem Anspruch in seiner Rede bei der Immatrikulationsfeier Stellung nahm, wurde er von Senatsmitgliedern am Weiterreden gehindert.
So trafen die Studenten schon bei dem Versuch, auch nur ein Minimum an Meinungsfreiheit gegen die Lehrfreiheit der Ordinarien durchzusetzen, auf den entschiedenen Widerstand der Ordinarien, die vielleicht auf eigene Faust handelten, deren Interesse an einer unkritischen und "unpolitischen", d.h. reaktionären Universität aber von vorn herein mit den Interessen des Staates und des Kapitals Hand in Hand gingen. Das zeigt sich nicht zuletzt am Werdegang von Kultusminister Hahn, der heute im Interesse des Kapitals im baden-württembergischen HSG endgültig die Universität dessen Bedürfnissen anzupassen versucht. Seine Fähigkeit für den Posten eines Kultusministers hatte er gerade in dieser Phase aufkeimender publizistischer und verbaler Opposition in der Studentenschaft bewiesen, als er, damals Rektor der Heidelberger Universität, den Vertrieb von "Konkret" in der Mensa mit folgender Begründung verbot: "Er wende sich dagegen, daß eine Zeitschrift, die nicht einigermaßen objektiv berichte, unseren Staat als korrupt und renazifiziert bezeichnet und das Ansehen unserer Demokratie als fragwürdig darstelle, in der Mensa ausgelegt wird. Die Universität sei auch ein politisch verantwortliches Gremium, und dafür habe er ein Zeichen aufrichten wollen." (RNZ 27.2.60) Schon damals beugte sich der Senat Hahns Votum, einfach deshalb, weil es sein eigenes war. Das StP machte sich stattdessen zum Sprecher des Pluralismus und forderte den ungehinderten Vertrieb aller Studentenzeitschriften in den Räumen der Universität, soweit diese Zeitschriften nicht als "verfassungsfeindlich festgestellt" worden seien oder von Gruppen herausgegeben würden, denen von der Universität ausdrücklich eine Anerkennung versagt werde.

Während die Universitätsbürokratie also und an ihrer Spitze Hahn, schon längst ein sehr bestimmtes politisches Mandat ausübte, das sich von vorn herein um den als Prinzip hochgehaltenen Pluralismus einen Dreck scherte, verstanden sich die Studenten als Verteidiger eben dieses Pluralismus, den es in der gesellschaftlichen Realität gar nicht gab. Entsprechend waren die Erfahrungen der Studenten. Ihr gelegentlicher Protest änderte gar nichts daran, daß sie einem Schemen nachjagten und immer nur noch "Haltet den Dieb" schreien konnten, wenn dieser seine Beute schon in Sicherheit gebracht hatte. Diese Phase oppositioneller Studentenpolitik währte etwa bis zum Kampf gegen die Notstandsgesetze. Noch beim Mord Benno Ohnesorgs reagierten die Studenten mit einem Schweigemarsch. Auch ihr späterer Widerstand gegen das HSG blieb auf das Parlament fixiert.

Eine Resolution wurde an den Landtag gerichtet. Wir taten so, als wäre nicht schon längst beschlossen gegen was wir protestierten. Während wir noch Forderungen an den Landtag stellten, noch zum "Gespräch" aufforderten, hatte der Landtag schon ganz anderes im Sinn: die "Befriedigung unserer Universitäten". (Hahn, RNZ 8.3.68)

Wir selbst hatten noch gar nicht gemerkt, daß wir den Frieden gestört hatten. Wir waren lediglich etwas verblüfft, von dem damaligen Kandidaten für das Amt des Rektors, Prof. Baldinger, zu erfahren, als wir ihn zur Diskussion in den HS 13 einluden: Er habe von Hochschulpolitik keine Ahnung. Was wir damals noch für Naivität hielten,

war wohl schon die berechnete Bauernschläue eines Ordinarius, der alle Maßnahmen der Regierung ausführen wollte ohne selbst in die Schußlinie zu geraten.

Gegenüber einer noch völlig diffusen Politisierung der Studenten ging die Regierung schon damals sehr bewußt zu Werke. Hahn führte damals gegenüber der RNZ aus: Er empfinde nach Abschluss des Gesetzes nicht eigentlich Genugtuung. "Ich habe dieses Gesetz mit großer Energie vertreten, nicht, weil es schon die Reform brächte, die ich mir vorstelle. Denn diese wird sehr viel weiter gehen, wie Ihnen der von mir veranlasste Hochschulgesamtplan zeigt. Aber dieses Gesetz ist die Plattform, von der aus die Reform erst möglich wird. Es aber auch in der Zerissenheit unserer Universitäten ein wichtiges Element der Ordnung. Das Gesetz ist darum einer der tragenden Steine im Gesamtbauwerk unserer Bildungsreform, die alle Gebiete von den Universitäten bis zu den Kindergärten erfasst." (ebd.) Das HSG war ein wesentlicher Schritt zur Formierung der Gesellschaft. Da in dieser Entwicklung mit Widerstand zu rechnen war, legte Hahn besonderen Wert auf das Disziplinarrecht und die gleichzeitige Integration der Studenten in die Universität unter Ausschaltung ihrer gewählten Organe. Schon bei Erlass der Wahlordnung für die GOV wurde die Studentenschaft ausgeschaltet. Die Heidelberger Grundordner haben diesen Wink verstanden. Hahn hatte ihnen empfohlen, "die Initiative aufzugreifen und selbst zu handlen". Das haben sie getan. Sie revidierten den einzigen Schönheitsfehler, den dasHG im Sinne der Herrschenden noch hatte, indem sie Parlament und AStA aus der GO ausschalteten. Filbinger beruft sich bei der Novellierung zu Recht auf die GO. Die Änderung seien durch die GO nahegelegt worden. Daß sich GOV und Kabinett die Bälle gegenseitig zuwarfen, kann auch der jetzige Protest der Assistenten nicht verschleiern. Mit dem Abschluss der ersten Etappe des "großen Reformwerks" (Hahn) ist es endgültig vorbei mit jener Art Kritik liberaler Technokraten, die das HSG als "Stückwerk" kritisierten. Das HSG ist ein Ganzes, das Ordnungsrecht ist Bestandteil der Hochschulreform (Filbinger) ebenso wie die Organe der Studentenschaft dies nicht sind, und dieses Ganze war von vorn herein geplant und wurde zielstrebig propagiert. Spätestens bei der dritten Lesung hatte Hahn schon die Abschaffung der ASten ins Auge gefasst, denn die AStA-Wahl in Heidelberg hatte gezeigt, daß die linken Studenten dieses Instrument erobern können. Die RNZ stellte fest, daß die Abgeordneten an einem vor dem Landtag verteilten Flugblatt erkannt hätten, mit den linken Studenten könne nicht diskutiert werden. "Um so verwunderlicher mußte es ihnen allerdings wohl erscheinen, daß eine zahlenmäßig so kleine Gruppe wie der SDS Heidelberg in der Lage war, durch Manipulationen an die Spitze des AStA in Heidelberg zu manövrieren, wie Kultusminister Hahn in seinem Schlusswort erklärte." Sie wunderten sich nicht lange. Sie gingen an die Liquidation eines Instruments, das der herrschenden Klasse nur noch schaden konnte. Die Motivation blieb dieselbe wie beim Erlass des HSG insgesamt: Mit Sorge fragte nicht nur die CDU, "ob es kennzeichnend für eine kommende Zerklüftung unseres ganzen Volkes ist, wenn jetzt eruptiv aus dem akademischen Bereich, der lange Zeit dem Pflichtgedanken vorbildlich verbunden war, das Ungeordnete herausbricht, wenn Zusammenrottungen an den Schranken des Rechtsstaats rütteln, wenn Aktionen gegen die parlamentarische Demokratie, die wir mühsam aufgebaut haben, ausgerufen werden. Mit Besorgnis sieht unser Volk Gefahren für die Gesellschaft heraufziehen. Daher ist die Haltung des Gesetzgebers auch in diesem Hohen Hause weit über seine hochschulpolitische Verantwortung hinaus auch zum Gradmesser der Stabilität unserer Demokratie, zur Kraftprobe für ihre Verfassung geworden. Unsere Fraktion ist sich ihrer Verantwortung bewußt. Werden jetzt die Regierungsparteien, die im Parlament vertretenen Parteien nicht handeln, so werden es morgen andere tun. Sie sind schon auf dem Weg, um entweder mit fürchterlicher Gründlichkeit die Ordnung gewaltsam herzustellen oder mit älteren Rezepten auf neuen Flugblättern Unordnung, ja Anarchie in die befriedeten Regionen unserer Heimat zu tragen." (Abgeordneter Dr. Weng, CDU, Landtag, 1. Lesung des HSG, 15.2.68)
Die Regierungsparteien versuchten dann, in der Folgezeit immer mehr der NPD die Ordnungsarbeit prophylaktisch abzunehmen, wobei sie ihre "fürchterliche Gründlichkeit" dadurch zu legitimieren versuchten, daß sie die linken Studenten selbst zu Faschisten stilisierten. Das ist die alte Methode: Der ertappte Dieb schreit "Haltet den Dieb"! Nachdem die Regierung zu Ostern 68 in Esslingen den totalen Notstand geprobt hatte, bezeichnete Filbinger die Demonstration gegen die Springerpresse als "erschreckenden Rückfall in faschistische Methoden" und warnte die "Jugend", sich von "radikalen Agitatoren, die sich Studenten nennen, in Wahrheit aber Berufsrevolutionäre sind, zu Aktionen mißbrauchen zu lassen, deren Folgen sie ihr ganzes Leben lang belasten könnten".

Die Osteraktionen waren nicht mehr allein von den Studenten getragen, die "kommende Zerklüftung unseres ganzen Volkes", das heißt das Gespenst des Klassenkampfes belebte sich in den Augen der Herrschenden aufs Neue. In dem Maße, wie die Opposition radikal, d.h. antikapitalistisch wurde, in dem Maße, wie sie auf das Vorgehen der herrschenden Klasse nicht mehr bloß appelatorisch, sondern mit Widerstand reagierte - und dies war seit dem Erlass der NS-Gesetze der Fall -, flüchteten sich Regierung, Kapital und Bürokratie in Bürgerkriegspropaganda. Gleichzeitig verstärkten sie ihre Versuche, in der Universität Ordnung zu schaffen, um sie ungestört dem Kapital dienstbar machen zu können. Schon am 4. März 1968 hatte die CDU-Fraktion im Landtag folgenden Antrag gestellt: "Der Landtag wolle beschliessen, die Landesregierung zu ersuchen,

1.) bei den Universitäten und Hochschulen des Landes dafür einzutreten, von den disziplinarrechtlichen Möglichkeiten der Universitäten und Hochschulen gegenüber solchen Studenten Gebrauch zu machen, die zu gesetzwidrigen Aktionen aufrufen oder führend an solchen Aktionen teilnehmen, durch welche die Ordnung und Sicherheit der Hochschule, der Hochschulstadt oder einer anderen Gemeinde empfindlich gestört werden;

2.) gegen Studierende, die an gesetzwidrigen Aktionen gegen die öffentliche Ordnung, Behörden und Polizei teilnehmen, das bestehende Recht durchzusetzen und Stipendien aus Landesmitteln zu sperren. "

Damals war diese Sprache noch zu deutlich und der Antrag wurde nicht verabschiedet (aber am 14. Dezember von der NPD in harmloserer Form wieder aufgenommen), doch hatten die Universitäten den Wink wohl verstanden und machten sich gemäß § 55 HSG an die Ausarbeitung von Disziplinarordnungen. In Heidelberg zunächst heimlich. Als die Herren im Rektorat aufgestöbert worden waren, luden sie die Studenten zur Mitarbeit ein. Die Studenten lehnten selbstverständlich ab. Heraus kam eine Kriminalisierung aller studentischen Kampfmittel wie go-ins, Blockade und Besetzung. Weil während des Streiks gegen die NS-Gesetze die DO noch nicht verfügbar war, konnte das Rektorat lediglich den AStA suspendieren. Weil weder die DO noch die Suspendierung verfingen, weil es die Studenten ablehnten, an ihrer eigenen Reglementierung mitzuarbeiten und weil auch die neuen ASten links waren, versucht man es jetzt mit dem Ordnungsrecht und der Auflösung des AStA.

Ein weiterer Versuch der Einschüchterung der linken Studenten war am 10. Januar gescheitert. Statt zu kuschen, protestierten die Studenten gegen den rabiaten Polizeieinsatz. Auch dessen Stellenwert läßt sich im Rahmen der offenen Bürgerkriegsstrategie bei gleichzeitiger Einschränkung der legalen Oppositionsmöglichkeiten jetzt präzise bestimmen. Der AStA sollte zum bewaffneten Widerstandsnest hochstilisiert werden, um widerstandslos beseitigt zu werden können. Aber in diesem Punkt ist die Strategie der herrschenden Klasse gründlich gescheitert. Statt der erhofften Desolidarisierung, mußte sie den Widerstand der Studenten nicht nur gegen die an 12 Genossen praktizierte Vorbeugehaft, sondern auch gegen die wegen eines Angriffs auf das Rektorat erfolgte Universitätsschließung erleben. Die Studenten besetzten nicht nur das Rosa-Luxemburg-Institut und machten es zum Streikzentrum, sondern fanden auch Aktionsformen, die einer ganzen Bürgerkriegsarmee das Nachsehen gaben. Wieder reagierte Filbinger wie der ertappte Dieb, der "Haltet den Dieb" schreit. Er lancierte die Meldung, der SDS werde in Cuba für den Bürgerkrieg geschult. Später stellte sich heraus, daß er das bloß vermutete. In Wahrheit wollte er die flexiblen Demonstrationsformen der Studenten zu Bürgerkriegsaktionen hochjubeln, um das Versagen seiner Bürgerkriegsarmee zu rechtfertigen und schärfere Polizeimaßnahmen vorzubereiten. Stattdessen mußte die Universität wieder geöffnet werden.

Nachdem sowohl die Einschüchterungstaktik als auch die Integrations- bzw. die Desolidarisierungstaktik gründlich gescheitert ist, sollen einzelne Studenten mit dem Ordnungsrecht belangt werden, um alle Studenten zu terrorisieren, deren Organisation gleichzeitig auf halbem Weg zerschlagen werden soll. Um das durchzusetzen, zeigt die Regierung wieder ihre Bürgerkriegsarmee vor, - wie am Montag auf dem Schloss. Das hat sie auch arg nötig. Das Ordnungsrecht hatte der Abgeordnete Dr. Weng so gerechtfertigt: " Wenn es den Universitäten unter dem neuen Hochschulgesetz nicht gelingt, die dauernden und organisierten Störenfriede zu entfernen, wenn also an den Universitäten diese dauernden Rädelsführer von den Selbstverwaltungsorganen nicht selbst entfernt werden, wollen wir nicht zögern, das Gesetz dahingehend zu ändern, daß diese Leute auf administrativen Weg entfernt werden und die Ordnung und die Ar-

beitsfähigkeit unserer höchsten Bildungsanstalten wieder hergestellt wird." (Zit. nach Blätter für deutsche und internaltionale Politik, Nr. 6, 1969, S. 620) Dr. Weng hat natürlich immer noch die revolutionären Möglichkeiten der Studenten im Auge, das objektiv überholte bürgerliche Ghetto zu durchbrechen. Diese Perspektive ist für die Studenten während der Straßenbahnaktionen endgültig sichtbar geworden, wenngleich sie sich keine Illusionen über die Schwierigkeit dieser Mobilisierung der arbeitenden Massen machen. Gerade in dieser Auseinandersetzung erwies sich der AStA als wirkungsvolles Koordinationszentrum. Es wird höchste Zeit, ihn abzuschaffen.

Warum hat es die Regierung so eilig ?

Die Regierung, vor allem die CDU, steht unter dem wahltaktischen Zwang, die ziellos aufgeregten,nach rechts tendierenden Teile der Bevölkerung an sich zu binden, um für die Folgen ihrer reaktionären, antiaufklärerischen Politik keine außenpolitischen Einbußen zu erzielen und gleichzeitig eine kontinuierliche Innenpolitik im Sinne des Kapitals auf weitere Jahre hinaus zu sichern, zumal nach den Wahlen mit einem Konjunkturrückgang zu rechnen ist, von dem jetzt schon abgelenkt werden muß. Um für Ordnung sorgen zu können, braucht sie die Anarchisten. Daran sind nicht die "Anarchisten" schuld, sondern der manipulative Charkter der Ordnung, die nur durch den Kampf gegen einen inneren Feind aufrecht zu erhalten ist. Über das Gerede über den Auszug deutscher Wissenschaftler ins Ausland, die vor der Studentenbewegung Reißaus nehmen, sollen die wirtschaftlichen Ängste großer Teile de Bevölkerung als Aggression auf die Studenten abgelenkt werden. Nur so ist das liebevolle Vorzeigen irgendwelcher Professoren, die Berlin verlassen, zu erklären. Daß die CDU ihren Wahlkampf ganz auf dieses verängstigte, deshalb aggressive und nach rechts tendierende Wählerpotential ausrichtet, gesteht sie offen ein: "Wir versuchen, diejenigen Wähler der NPD zu gewinnen, die aus wirtschaftlicher Verärgerung oder politischer Unentschlossenheit den Nationaldemokraten ihre Stimmen gegeben haben." (Strauß, Spiegel Nr 26, S. 30) Es ist nur die andere Seite dieses Manövers, wenn Strauß gelegentlich die Studenten mit der SS vergleicht. Eine faschistische Politik muß sich heute ideologisch tarnen. Weniger Prominente verzichten auf diese Tarnung: "Was die (in der NPD) an nationalen Anliegen und konservativemGedankengut haben, das praktizieren wir ja täglich." (Josef Stecker, Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU in Bonn, zit. ebd.) Folgerichtig versucht die CDU, die "Bürgerkriegssituation" (Kiesinger), die sie propagiert und nährt, zu benützen, um die Faschisten für sich zu mobilisieren. Die CDU weiß, daß sie als Partei des Kapitals auf die Dauer den offenen Klassenkampf nicht vermeiden kann und führt ihn einstweilen von oben, um die Rechte als Gegenpotential fest an sich zu binden.

Aus der latenten Klassenkampfsituation ergibt sich das strategische Interesse an der Zerschlagung der Studentenbewegung. Die CDU weiß, daß die SPD diesen Klassenkampf, wenn er offen ausbricht, nicht mehr unterbinden kann, da sie sich offen auf die Seite des Kapitals gestellt hat. Die von Heck richtig beschriebene historische Funktion der SPD ist überholt und kann wahrscheinlich auch durch die DKP nicht erfüllt werden: "Die SPD hatte die Aufgabe, die oppositionellen Kräfte in unserem Land besonders die linken Extreme, zu binden und sie so an der Zerstörung der jungen Demokratie zu hindern. Daß den Sozialdemokraten dies gelungen ist gehört zu ihren ganz großen Leistungen." (ebd.) Weil Heck weiß, daß die SPD unaufhaltsam auf das quantitative Niveau der französischen und italienischen Sozialdemokraten herabsinken wird, kann er sie betätscheln. Aber, weil die SPD ihre arbeiterverräterische Funktion nicht mehr länger erfüllen kann, weiß Heck auch um die Gefährlichkeit einer revolutionären Studentenbewegung, die deshalb rechtzeitig zerschlagen werden muß.

Neben diesen politisch-strategischen Gründen ist die ökonomische Notwendigkeit des Kapitals, die Universität in Dienst zu stellen, der entscheidende Grund dafür, warum Filbinger die Zerschlagung der Studentenbewegung für eine "schlichte Notwendigkeit und bare Selbstverständlichkeit" hält. Diese endgültige Indienststellung der Universität projektiert der HGP. Um diesen zu realisieren, braucht die Universität ihr Betriebsverfassungsgesetz, das die Politisierung der Studenten ebenso verhindert, wie dies bei den Arbeitern vorübergehend gelungen ist. Zunächst muß die Universität den kapitalistischen Staat unterworfen werden: "Die gängige Argumentation, in einer autonomen Universität sei es die Aufgabe der gemäßigten Studenten, sich mit eigener Kraft gegen die Extremisten durchzusetzen, mutet unseren Studentinnen zu, sich von entschlossenen Raufbolden verprügeln zu lassen. Wollen wir einen Zustand dulden, bei dem der Student sich die Möglichkeit des Lernens mit seinen Fäusten erkämpfen muß ? Wir müssen

also die Hochschulautonomie jedenfalls soweit einschränken, als sie die Freiheit der Forschung,der Lehre und des Lernens behindert. Aber wir müssen darüber hinaus die Frage stellen: Inwieweit hat die Autonomie der Hochschulen heute überhaupt noch einen Sinn? Die Antwort kann nur lauten: Nur insoweit, als sie zweckmäßig ist, die Verwaltung vereinfacht und die Qualität der Entscheidungen verbessert." (Dichgans, Die Welt, 10.4.69)

In wessen Sinne diese Entscheidungen zu fallen haben, bekennt der Industrievertreter ganz offen: Eine Teildemokratie könne es nicht geben: "Erst recht dann nicht, wenn diese Teildemokratie dazu dienen soll, die demokratische Ordnung des Staates zu untergraben." "Die Theorie vom polizeifreien Raum der Universität liefert den verdienten Professor würdelosen Angriffen johlender Meuten aus." Aber es geht nicht um den verdienten Professor, sondern es geht um die Verwandlung der Universität in einen kapitalistischen Zulieferbetrieb für die Konzerne: "Professoren und Studenten sollen ein sinnvoll geordnetes Mitspracherecht haben, wie es z.B. die Gesetze über Betriebsräte und Mitbestimmung für die Wirtschaft vorsehen." Streik oder etwas ähnliches gibt es dann ebensowenig wie in den Betrieben. "Wer Gewalt verübt, wer lernwillige Kommilitonen gewaltsam am Lernen hindert, kurz, wer ein Verhalten praktiziert, das jedem Arbeiter die fristlose Entlassung eintragen würde,sollte mit den gleichen Folgen rechnen müssen." (ebd.)

Die Indienststellung der Universität für das Kapital ergibt sich notwendig aus der imperialistischen Konkurrenz. Wenn die Kapitalvertreter drohen, "an den Universitäten müsse Ruhe und Ordnung einkehren, sonst würde die Wirtschaft selbst Hochschulen einrichten" (Welt, 24.1.69), ist dies ein bloßes Druckmittel, denn selbstverständlich fällt es dem Kapital nicht im Traum ein, Investitionen vorzunehmen, wo es dieselben Ziele auch durch die staatlichen Institutionen, die von den Massen bezahlt werden erreichen kann. Das Ordnungsrecht ist eine Grundvoraussetzung, um die Studenten zu vereinzeln, einzelnen Widerspenstigen zu "kündigen" und so alle der Verfügung des Kapitals gefügig zu machen und an die rigide Betriebshierarchie zu gewöhnen. Weil die ASten sich nicht wie die Gewerkschaften freiwillig disziplinieren ließen, müssen sie aufgelöst werden. Die derzeitigen Maßnahmen sollen die Hindernisse beseitigen, die einer serienmäßigen Fertigung von Halbfabrikaten, wie sie der HGP vorsieht im Wege stehen. Das Haupthindernis ist die organisierte Solidarität der Studenten. Diese muß im Keim getroffen werden. Deshalb wird schon die Diskussion von Aktionen unter Strafe gestellt. (HSG, § 55 (1), Abs. 5)

Wie können sich die Studenten gegen diese Maßnahmen wehren? Wir können uns kaum die Hoffnung machen, diese Maßnahmen zu verhindern. Wir können aber dafür sorgen, daß sie langfristig zum Scheitern verurteilt sind. Damit können Inhalt und Organisation des Streiks aus der Taktik und der Strategie der herrschenden Klasse selbst geleitet werden. Sie lassen sich zunächst allgemein bestimmen:

1. Wir müssen Projektgruppen einrichten, die Möglichkeiten des Eingriffs in den Wahlkampf diskutieren, bestimmen und in die Praxis umsetzen, mit dem Ziel, einen möglichst breiten Wahlboykott zu erzielen.

2. Wenn es richtig ist, daß die herrschende Klasse in der Studentenbewegung die Keimformen einer neuen sozialistischen Massenbewegung zerschlagen will, dann müssen wir genau in dieser Richtung weiterarbeiten und versuchen, den Streik einer langfristigen Mobilisierungsstrategie außerhalb der Univeristät dienstbar zu machen, d.h. auch die politischen Möglichkeiten unserer Berufsperspektive zu diskutieren, vor allem aber macht es die Einrichtung von Projektgruppen nötig, die Mobilisierungsstrategien für folgende Bereiche entwickeln und, soweit möglich, in die Praxis umsetzen:

Betriebe:
Analyse der Betriebsstruktur Heidelbergs;
Analyse der analytischen Arbeitsplatzbewertung;
Fragebogenaktion zur Situation der Lehrlinge im Betrieb etc.;
Sozialpolitik im Betrieb;

Sozialbereich:
Mietstruktur;
Aufstöberung und Entlarvung von privatem und sozialen Mietwucher;
Sexpolkampagne bei jungen Arbeiterinnen und Angestellten (Antibabypille etc.);
antiautoritärer Kindergarten;
Emanzipationsfrage;
Barackenkampagne, ausländische Arbeiter;

Ausbildungsbereich:
Zusammenarbeit mit Schülern, Lehrlingen und Lehrern;
Beginn einer Kampagne gegen das Ausbildungsförderungsgesetz;
Unterstützung der relegierten Schüler;
konkrete Entlarvung der autoritären Schule;
Möglichkeiten der Politisierung von Schwesternschülerinnen und Kindergärtnerinnen

3. Analyse und Störung der Verwertung der Wissenschaft durch das Kapital in der Universität; Rüstungs- und Auftragsforschung.

4. Analyse der Klassenjustiz; Prozessbeobachtung und Kontrolle des AStA-Prozesses, der während des Streiks stattfindet.

5, Bundeswehr- und Bereitschaftspolizeikampagne.

Die Projekte übersteigen die Fachgrenzen und ergeben sich aus den Notwendigkeiten des politischen Kampfes, nicht aus kleinbürgerlicher Beschaulichkeit. In ihrer Verfolgung müssen sich weitere Organisationsformen herausbilden, die zur bestehenden Universität querstehen und die geplante Partikularisierung und Formalisierung des Studiums unterlaufen. Wenn sich diese Projektgruppen auch mit bestimmter Institutsarbeit verbinden sollten, so muß doch deren Rahmen gesprengt werden. Wir dürfen die Fachidiotie der Universität nicht in die sozialistische Politik hineintragen. Wir müssen von den Notwendigkeiten einer sozialistischen Politik unser Studium neu bestimmen.
Die Störung unserer Arbeit durch Polizei und Bürokratie wird die Ausbreitung des Streiks bloß beschleunigen und die inhaltliche Zusammenarbeit der Basisgruppen der verschiedenen Fakultäten bloß verstärken.

Der Streik der Philosophischen Fakultät beginnt am Montag.

Die Vollversammlung fordert den Großen Senat auf, zu beschließen, daß die Hochschule die ihr im Ordnungsrecht zugedachten Aufgaben, insbesondere ihre Denunziationspflicht, nicht wahrnehmen wird.

Die Vollversammlung fordert den Rektor auf, die Abwicklung der Auflösung der Studentenschaft zu verweigern.

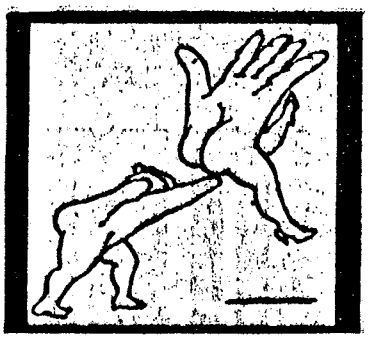
Die Vollversammlung fordert die entsprechenden Gremien der Universität auf, die Einführung der reglementierten Studiengänge, die die bisher schon stark eingeschränkte Lernfreiheit abschafft, zu verweigern.

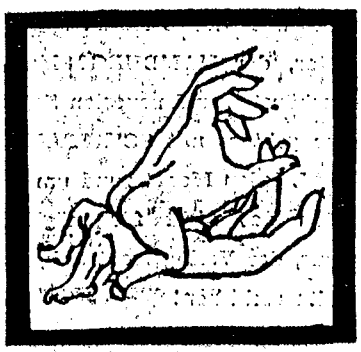
Kampf dem Ordnungsrecht!

Es lebe die revolutionäre Selbstorganisation im Streik!

... ZUR EMANZIPATORISCHEN

UNZUCHT





MÜNCHEN: HUBERPLAN

(Aus 'SDS Info 1', über Trikont, 8 München 8, Josephsburgstr. 1

Soweit es bisher studentische Kritik am Huberplan gegeben hat, bewegte sie sich im Rahmen dessen, was zu bekämpfen sie vorgab. Die Kritik am perfektionierten Staatsdirigismus ist eine Spielart der Ideologie der Gewaltenteilung und eines von der ökonomischen Organisation freien politischen Herrschaftsraumes und trägt zur Verschleierung der Herrschaftsverhältnisse im spätkapitalistischen System der Bundesrepublik bei. Die Universität als Produktionsort privatkapitalistische ausgebeuteten Wissens und als Reproduktionsstätte des systemkonformen Menschen wird ersetzt durch die Ansicht einer sich selbst bestimmenden, im herrschaftsfreien Raum stehenden Institution, der lediglich von außen politischer Zwang angetan wird. Die Rede von der technokratischen Universitätsreform beläßt es beim Benennen "politischer Willkürmaßnahmen", ohne die aus dem ökonomischen Rahmen sich ergebende Zwangsläufigkeit dieser "Universitätsreform" zu erklären. Deshalb kann der SPD-Gegenentwurf, der zwar inneruniversitäre Machtentscheidungen teilweise demokratisiert und den Eingriff des Staates in die Wissenschaftsproduktion der Universität eingrenzt, im Entscheidenden aber, in der Auslieferung der Wissenschaft nicht weniger weit als der Huberplan geht als Gegenmodell gelobt werden.

Die bisher geäußerte Kritik ist im schlechtesten Sinne syndikalistisch und erschöpft sich in der Klage über die Abschaffung der Studentenschaft und der studentischen Unterrepräsentation in allen universitären Entscheidungsgremien, ohne den repressiven Gesamtzusammenhang der militärischen Ausrichtung des Studiums durch Studienzeitbegrenzung, numerus clausus, Abschneidung jeder emanzipativen Funktion von Wissenschaft, in die jeder Student an seinem Arbeitsplatz gestellt wird, als die eigene Tendenz des Planes herauszuarbeiten. Die Militarisierung des Studiums und die Reduktion des Ziels wissenschaftlicher Arbeit auf die Erzeugung fungibler Individuen, die vom Wissenschaftsprozeß während ihres gesamten Studiums ausgeschlossen bleiben, ist weitaus gravierender als die Zerschlagung studentischer Organisationen. Daß die Auflösung der Studentenschaften nur ein zusätzliches Repressionselement ist, wird klar auch daraus, daß der Vorentwurf der Studentenschaft noch zubilligt, eine Körperschaft öffentlichen Rechts zu sein und erst im endgültigen Konzept die Auflösung nach Berliner Vorbild eingeführt wurde.

Der Huberplan ist auch Prüfstein der Analysen, die die verschiedenen Reformmodelle als technokratische Anpassung der Universität an die Anforderungen einer spätkapitalistisch organisierten Gesellschaft verstehen. Gemessen am Dahrendorf- oder Schütte-Plan, die durch einen Abbau zur Anachronie gewordener anarchischer Struktur der Ordinarienuniversität die Universität als Ganzes dem Produktionsprozeß monopolkapitalistischer Wirtschaft anzupassen und die Studenten über formale Mitbeteiligung zu integrieren versuchen, muß der Huberplan, der die in ihrer Struktur unverändert gelassene Universität der Privatwirtschaft zur Ausbeutung anbietet und das studentische Proletariat durch Gewalt in Schach hält, als rückständiges Modell gelten. Dagegen wird behauptet, daß die Absichten des Huberplans den Verwertungszusammenhang, in dem die Universität in der ökonomischen Situation der Bundesrepublik steht, die sich erst, in starkem Rückstand gegenüber den USA, auf einen Monopolkapitalismus zubewegt, realistischer wiedergeben als es die Hochschulgesetze von Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg tun. Diese Annahm die im Gegensatz steht zur bisherigen marxistischen Kritik an den "Reformbestrebungen" der letzten Jahre hat schwerwiegende Folgen für die Erarbeitung einer sozialistischen Strategie in der Bundesrepublik: Der Hauptgegner wäre, zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt, nicht das von Marcuse beschriebene Modell einer scheinbar gewaltlosen Integration in

ein kapitalistisches System, das verstanden hat, mit seinen Widersprüchen zu leben, sondern die Rückkehr zum faschistischen Gewaltmodell, wenn auch auf einer wesentlich weiter entwickelten sozio-ökonomischen Reproduktionsstufe und ohne antiquierte Rechtfertigungsideologien rassistischer und chauvinistischer Art.

Am Huberplan wird gleichfalls sichtbar, daß die Modernisierung der Universität im Sinne technologischer Fortschrittlichkeit und die Funktion der Universität selbst, für die Existenz des spätkapitalistischen Systems der Bundesrepublik nicht den ungeheuren Stellenwert haben, den linke Kritiker diesen "Reformen" zuschreiben. In einem Leitartikel "Gegen Terror und Revolution - für Gesetz und Ordnung" schreibt Marcel Hepp im Bayernkurier: "Diese Zukunft (Deutschlands) entscheidet sich eher mit Deutschlands endgültigem Vortum zum Sperrvertrag als in der Debatte über die Zahl der Sitzplätze in einem bayerischen Hörsaal ... Welche Größenordnung genießt die Frage nach den Laborplätzen, wenn die ganze deutsche Fortschung in Frage steht?" (Bayernkurier Nr.51, 1968). Die Identifizierung der gesamten Forschung mit der vom Sperrvertrag bedrohten atomaren Rüstungsindustrie und der auf militärische Zwecke ausgerichteten Kernforschung, verdeutlicht den Hauptzug kapitalistischer Bildungspolitik: Militarisierung der Wissenschaft. Die Zerstörung und Vergeudung menschlicher Energie an der Universität ist das Ziel, das mit oder ohne Universitätsreformen verwirklicht werden soll.

Die Widersprüche privatwirtschaftlich ausgerichteter Bildungsplanung sind bekannt: auf der einen Seite eine permanente Unterinvestition auf dem Sektor der Bildung, der Wissenschaft und der Infrastruktur, da diese Gebiete zu langfristige und zu niedrige Profitquoten abwerfen, auf der anderen Seite ein steigender Bedarf an qualifizierter Arbeitskraft und die Tatsache, daß in den technologisch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Wissenschaft gegenüber Arbeit und Kapital zur entscheidenden Produktivkraft geworden ist. Ebenso unlösbar im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung ist ein weiterer Widerspruch: im hochentwickelten Produktionsprozeß der Wissenschaft ist Forschung nur noch kollektiv und vergesellschaftet möglich, die Ergebnisse der Forschung fallen auch weiterhin privater Verfügung anheim. Denkbar wäre eine Strategie, die unter Zuhilfenahme staatlicher Investitionen die Unterentwicklung des Bildungssektors langfristig durch Vermehrung von Arbeitsplätzen an der Universität und durch stärkere Finanzierung abzubauen versucht, gleichzeitig dem Zwang zu vergesellschafteter Forschung durch partielle Mitbestimmung entgegenkommt, ohne jedoch die privatwirtschaftliche Verwertung von Wissenschaft aufzugeben. Das war das Konzept des Wissenschaftsrates und anderer Gremien, die sich seit dem Ende der fünfziger Jahre, nachdem die Nachholphase der deutschen Wirtschaft zu Ende gegangen war und erste Überproduktions- und Stagnationskrisen auftraten, eine Vereinheitlichung und Rationalisierung der Bildungspolitik zum Ziel setzten. Kritische Analysen der Bildungsplanung in der Bundesrepublik haben bisher vor allem die Arbeit dieser Gremien, die zwar formal paritätisch von Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaftsoligarichie besetzt waren, tatsächlich aber das Interesse der Großindustrie vertraten, zum Inhalt ihrer Kritik gemacht und daraus die Intention kapitalistischer Bildungsplanung abgelesen. Übersehen wurde dabei, daß gerade auf den unterentwickelten Sektoren wie z.B. dem Bereich der Bildung die Ungleichzeitigkeit einzelner Teile der kapitalistischen Wirtschaft sehr deutlich zum Ausdruck kamen, und die Vorschläge des Wissenschaftsrates nur ein Aspekt der noch nicht vereinheitlichten Bildungsplanung ist. Die Mitglieder des Wissenschaftsrates gehören fast ausschließlich den Vorständen der wenigen westdeutschen Mammutkonzerne wie der BASF an. Für die, gemessen an der gesamten

Wirtschaft der Bundesrepublik bereits weit auf den Monopolkapitalismus fortentwickelte Struktur dieser Großbetriebe besteht tatsächlich ein Zwang zu erweiterter Bildungsreproduktion. Für andere wirtschaftliche Bereiche stellt sich dieses Problem bis jetzt nicht in diesem starken Maß: Dort genügt noch die unvollkommene Effizienzsteigerung allein durch erhöhten Leistungsdruck ohne Veränderung der Produktivkräfte.

Eine Analyse dieser Position, von der aus der Huber-Plan zu verstehen ist, sei hier gegeben. "Der Arbeitgeber", das Organ der Arbeitgeberverbände, hat in einem 1969 erschienenen Sonderheft unter dem Titel: "Wir erwarten von Ihnen, daß... Was die Wirtschaft vom Hochschulabsolventen erwartet, erläutern Fachleute aus Praxis und Wissenschaft" die Forderungen, die auf eine Militarisierung des Studiums hinauslaufen, klar ausgepsprochen.

Die Universität gilt als die Instanz, in der Einübung in die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Berufspraxis gelernt wird. Im Verlauf des Studiums hat die Verinnerlichung der rigiden Herrschaftsstruktur unserer Gesellschaft soweit eingeübt zu sein, daß beim Einsatz der neuen Arbeitskräfte minimaler Reibungsverlust entsteht.

"Was sollen uns neue Mitarbeiter bringen, die in unzähligen Diskussionen gelernt haben, Probleme zu zerreden sowie Ordnungen und traditionelle Autoritäten zu zerstören - die Wissen und Leistung zu entwerten versuchen, weil sie den Ernst der Arbeit und der Verantwortung für eine gemeinsame Sache nicht begriffen haben? Es ist zu fürchten, daß an den Hochschulen das harte Maß vielfach nicht mehr gezeigt und begriffen wird, dem der später Erfolgreiche genügen muß. Im Banne anarchistischer Perspektiven, die jede Verunglimpfung, entstellende Verallgemeinerung und das Negieren tatsächlicher Verantwortung ermöglichen, wird spezielle die fehlende Darstellung der Härte der Praxis zu dem zentralen Mangel bei der Ausgestaltung des Studiums dieser Disziplinen." (Dr. Hans Erich Freudenberg, "Der Arbeitgeber" 1969/6, S.2o2).

Die Vorbereitung auf die"Härte der Praxis" kapitalistischer Wirtschaft ist das einzige Ausbildungsziel, dem die Universität zu genügen hat. Dieser Anforderung wird die derzeitige Universitätsausbildung nach Meinung der Arbeitgeberverbände nicht gerecht. "Die Unternehmensleitungen können vom Hochschulabsolventen die skizzierte Grundeinstellung zum Beruf umso eher erwarten und die Bereitschaft und Fähigkeit zur Anpassung an die Sozialstruktur des Betriebes umso mehr voraussetzen, je besser es den Hochschulen gelingt, die Studierenden über die Arbeitsbedingungen in der privaten Wirtschaft und die Art der sie dort erwartenden Aufgaben so konkret wie möglich zu informieren." (Dieter Spetmann, ebenda, S.193). Eine Konsequenz daraus ist die Durchsetzung des Lehrpersonals mit Wirtschaftsmanagern, einmal um die Inbesitznahme aller in dieser Gesellschaft produzierten Wissenschaft durch die Kapitaloligarchie handefest zu demonstrieren, zum anderen, um jede emanzipative Funktion der Wissenschaft zu unterdrücken und die Universität zum bloßen Zuliefererbetrieb im wirtschaftlichen Verwertungsprozeß zu degradieren.

"Die vielfältigen Möglichkeiten der Konkretisierung des Lehrstoffes durch Betriebsbesuche und die Gebote der Hilfe der Experten von der Front bleiben dem Zufall überlassen oder ungenutzt. Eine Durchdringung des Lehrbetriebs mit dem Geist und der Denkungsweise des harten und prosaischen Alltags erscheint nicht wünschenswert. Dadurch bleibt die

ganze Atmosphäre unwirklich, farblos und erhält manchmal makabre Züge. Als eine nützliche Desillusionierung wirkt eine solche Konfrontierung sicherlich für die Studenten und für die Professoren als Prüfstein ihres Wissens. Müssen sie sich doch zu jeder Stunde fragen, ob das von ihnen glehrte denn auch als praktikables Wissen gefragt ist. Heute scheint es klar zu sein, daß man gut daran getan hätte, das gepflegte Eigenleben in der Abgeschiedenheit zahlloser Institute durch die Vermittlung zusätzlicher Eindrücke aus der lebendigen Arbeitswelt zu ergänzen." (Freudenberg, ebenda, S.2o1)

Einer Sicht, der es nur um die extreme Ausbeutung, nicht aber um die Fortentwicklung der Produktivkraft Wissenschaft geht, ist jeder Überschuß an Theorie - es muß nicht einmal eine auf die Zielvorstellung des Wissenschaftsbetriebes gerichtete, also gesellschaftskritische, sein - bereits ein Zuviel an Wissen, das nicht gefragt ist.

"Der junge Akademiker wird in vielen Fällen Routinearbeiten oder -tätigkeiten übernehmen müssen, die unter seinem Ausbildungsniveau liegen. Härte gegen sich selbst ist erforderlich bei dieser Bewährungsprobe, auch unangenehme und uninteressante Aufgaben unbedingt zuverlässig und gewissenhaft auszuführen." (Dieter Spetmann, ebenda, S.193). Die Vorbereitung auf den richtigen Einsatz, die Einübung ins bloße Funktionieren und der freiwilligen Zustimmung zu einer solchen Unterdrückung menschlicher Bedürfnisse, also die Kunst der Menschenführung und nicht etwa die Entfaltung individueller Intelligenz und gesellschaftskritisch relevanter Wissenschaft wird von der Universität erwartet. "Man vermißt zur Bewätligung der Probleme der akademischen Freiheit auf die persönlichen Fragen die offene und auf konkreter Einsicht basierende Führung des Lehrers. L'art pour l'art, Konstruiertes und spitzfindige Spielereien regen sicherlich an, aber jeder Kritische weiß schon als Student, daß das tatsächliche Leben mit seinen zahllosen Einflußfaktoren diese Wissenschaften im Dienste der Ordnung des menschlichen Zusammenlebens und -wirkens als besonders schwache Glieder der Kette beläßt. Ein Betrieb, eine Verwaltung müssen als Ganzzes erst einmal funktionieren! Wie man das erreicht, was man dazu wissen und leisten muß, das zu lehren, damit fängt die Verantwortung und der Beitrag aller Theorie und Ausbildung an." "Das Studium in fast dem ganzen Bereiche der Geisteswissenschaften vollzieht sich in einer Atmosphäre des Ungewissen, des Unbestimmten, - in Zielsetzung und Auftrag. Diese Unsicherheit führt leicht dazu, daß man sich als Erdatz Scheinwelten aufbaut, mit Utopien destruktiver Aktivität motiviert und im Abnormalen, Abwegigen und Extremen seine Selbstbestätigung sucht, statt sich schlicht im Dienste am Bestehenden und dessen Fortentwicklung bewähren zu wollen." (Freudenberg, ebenda, S.2oo).

Das Menschenbild, dessen Formung von der Universität verlangt wird, wird von den Arbeitgebern so beschrieben: "Gesunder Ehrgeiz/Initiative und eigene Ideen/Freude am Gestalten und Erfolg/physische und psychische Belastbarkeit/Identifizierung mit den als richtig erkannten Zielen der Unternehmensleitung/Selbstsicherheit, Selbstkritik, Selbstdisziplin, Ausgeglichenheit/Spürsinn für Wirtschaftlichkeit/ Menschenkenntnis/Blick für das Wesentliche/Fähigkeit zur Abstraktion/Zielstrebigkeit, Ausdauer, Fleiß, Gründlichkeit/Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem/Verantwortungsbereitschaft/Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit/Zivilcourage/Durchsetzungsvermögen/ Bereitschaft zur Teamarbeit/Vertrauenswürdigkeit und Verschwiegenheit/ Ordnungssinn/

gepflegtes Äußeres/Wendigkeit und Schwung/ Verhandlungsgeschick/ optimistische Lebensauffassung, Humor, persönliche Ausstrahlung, Familiensinn". (Spetmann, ebenda, S.193).

Die Verkrüppelung menschlicher Existenz, zum alleinigen Programm einer universitären Ausbildung erhoben, verrät seine Initiatoren noch in der aus Gartenlaube und militantem Jargon gemischten Sprache: es ist der Kapitalismus, der die primitive und direkte Ausbeutung, die einer frühen Epoche entsprach, erst teilweise ersetzt hat durch wirksamere Mittel, die freiwillige Zustimmung der Unterdrückten zum Programm ihrer Unterdrückung zu erreichen. Dazu gehört der Anschein des Elitären, der durch strikte Begrenzung des Ausbildungsbereichs nach unten und durch das pratielle Zugeständnis einer Beteiligung am der Macht des Unterdrückungsapparats als zukünftige Führungskraft in der Wirtschaft den Studenten als Helfershelfer einsetzt und ihm das Bewußtsein eigener Unterdrückung erträglich machen soll.

Wird durch ein solches Studienziel die Anerkennung der unveränderlich vorgegebenen Herrschaftsstruktur in kapitalistischer Gesellschaft zur selbstverständlichen Einsicht, die man im Verlauf des Studiums erwirbt, so müssen auch die dieser Herrschaft entsprechenden Ideologien (privatwirtschaftliche Ausbeutung als gesamtgesellschaftlicher Nutzen, Naturwüchsigkeit hierarchisch gegliederter Gesellschaften) durch das Studium, das nicht mehr als Stimulans und Übermittler des Wissenschaftsprozesses, sondern nur noch als Einübung vorgegebener Herrschaftsverhältnisse verstanden wird, geleistet werden.

"Über das Fachliche hinaus müssen die Führungskräfte sich aus ihrer Aufgabe und Stellung heraus unter anderem sehr intensiv mit gesellschftspolitischen Fragen auseinanderzusetzen und zu ihnen Stellung zu beziehen haben." (Hans Martin Schleyer, ebenda, S.189).

"Das durch diese Bildung gewonnene Welt- und Selbstverständnis, das den Menschen befähigt, sich selbst und seine Beziehungen zur Welt in Ordnung zu bringen. Gerade von denjenigen, die wir für geeignet halten, einmal Führungspositionen in einem Unternehmen zu bekleiden, fordert Mikat mit Recht, daß sie eine geistige Formung erfahren haben und einer Werkwelt verpflichtet sind, die sie fähig macht, im spezialisierten Sachbereich in innerer Freiheit zu bestehen." (Spetmann, ebenda, S.192).

Eine Demokratisierung und sei es nur durch das Alibi einer partiellen studentischen Mitbestimmung in relativ entscheidungslosen Universitätsgremien widerspricht diesem Programm, dem die Universitätsausbildung sich darstellt als Einstimmung auf das Berufsklima und auf die Anforderungen des Marktes. Universitäts- und Schulreform gerät nur unter diesem Aspekt in den Blickwinkel der Arbeitgeber. "Je verwaschener und scheinbar humaner die Prüfungsordnungen werden, desto größer muß die Zahl der unzulänglich auf das Berufsleben vorbereiteten Absolventen werden, deren potentielle Kräfte als Hilfe im Einsatz für Staat und Wirtschaft nicht opitmal entwickelt wurden". (Freudenberg, ebenda, S.2o2). "Es scheint, daß die aggressive Einstellung der Studenten nicht zuletzt auch in der offenbar unzureichenden staatsbürgerlichen Unterrichtung an den Schulen und Hochschulen ihre Ursadhen hat. Soweit vorhanden, lehrt sie anscheinend vielfach nicht den Zwangzu demokratischen Kompromissen, sondern eher

Utopien, die mit den Realitäten wenig gemein haben" ("Der Arbeitgeber", 1968/1o, S.24o).

Diese Betrachtung der Universität als reines Repressionsinstrument, dessen Funktion in der Erzeugung jederzeit auswechselbarer Manager der unteren Ebene besteht, unterscheidet sich oberflächlich von den Aussagen des Wissenschaftsrates, aus denen kritische Analyse bisher die Grundzüge kapitalistischer Bildungsökonomie ableitete. Die Notwendigkeit einer Demokratisierung, wenn auch nur als unbeabsichtigtes Nebenprodukt, noch von Nitsche, Offe, Preuß, Gerhardt geradezu als zwangsläufige Folge der Anpassung der Produktivkraft Wissenschaft an die erweiterte Reproduktionsstufe spätkapitalistischer Wirtschaft erwartet, ist bis heute nicht erfolgt. Das weist auf einen entscheidenden Fehler der Analyse hin: Die Einsicht, daß die Aufrechterhaltung einer kapitalistischen Gesellschaft entscheidend vom Ausbau der Wissenschaft abhänge, wurde zu schematisch auf die Universität als der einzigen Instanz, in der der Wissenschaftsprozeß stattfindet, übertragen. Im Selbstverständnis der Wirtschaftsoligarchie taucht die Universität aber eher als gesamtgesellschaftlicher Parasit denn als einzige Produktionsstätte des kapitalistische Herrschaft perpetuierenden Wissens auf.

"Vom Betrieb her ergibt sich ein anderer Blickwinkel, hier stellt sich die Universität als eine der möglichen Voraussetzungen zum Eingang in die anderen Gesetzen gehordhende Welt der Wirtschaftspraxis dar". (Wilhelm Rudolf Evermann, "Der Arbeitgeber" 1969/6, S.2o6). Wissensproduktion der Universität tritt ins Blickfeld der Unternehmer nicht als gesellschaftliche Produktivkraft, sondern nur unter dem Aspekt partieller Ausbeutung im Rahmen sehr zweckbestimmter Forschungsaufträge an einzelne Institute und Ordinarien. Für punktuelle Ausnützung wissenschaftlicher Einrichtungen, die von den Mitteln des öffentlichen Haushalts finanziert werden,für privatwirtschaftliche Interessen, ist eine innere Strukturreform der Universität nicht erforderlich und wird von den Wirtschaftsverbänden nicht angestrebt. Unter dem Aspekt einer privaten Ausbeutung öffentlicher Forschungsstätten wird nicht einmal ein Interesse an der Universität als Ganzes erzeugt. Die Auftragsforschung und die Degradierung universitärer Institute zu Zulieferfirmen der Großindustrie betrifft nur die direkt in den Wirtschaftsprozeß umzusetzenden Gebiete der Naturwissenschaft, Betriebswirtschaft, Jura und - der Integration der Arbeiter dienend - die Soziologie und die Psychologie. Innerhalb dieser Bereiche ist die Einbeziehung der derzeitigen Universität in die Privatwirtschaft bereits weit fortgeschritten. Das Beispiel der Verflechtung der Universität Erlangen mit dem Siemens-Konzern, deren Forschungs- und Lehrgebiete an der technischen Fakultät aufs genaueste auf das Forschungszentrum des Siemens-Konzerns abgestimmt sind (vgl. Manfred Miller: Formierung der Wissenschaft, "Blätter für deutsche und internationale Politik", 1968/5, S.528) ließe sich durch zahllose Beispiele auf anderen Gebieten, besonderes in der Chemie, Physik und Agrarforschung vermehren, Gebieten, auf denen Forschung fast kaum mehr denkbar ist außer im Vorfeld oder in direktem Auftrag monopolistischer Konzerne.

Die innere Schwierigkeit des derzeitigen Vergeudungskapitalismus, der einer ständigen Überproduktion allein durch die Zerstörung und Lähmung neu entwickelter Produktionskräfte Herr werden kann, bringt es mit sich, daß alle Auftragsforschung destruktiven Charakter annimmt. Das wird am deutlichsten daran, daß etwa zwei Drittel der Wissenschaftsinvestitionen (38.9 % für Verteidigungsforschung, 23 % für Kernforschung, 3.6 % für Weltraumforschung im Jahre 1962 -

der Anteil hat sich seitdem laufend erhöht, vgl. Hannes Heer: Die Monopole und die Festung Wissenschaft, in: Wider die Untertanenfabrik, hsg. von W.Leibfried) der Bundesregierung und ein gewiß nicht kleinerer Sektor der privaten Investitionen direkt oder indirekt Untersuchungen auf dem Gebiet der Rüstung und der Verteidigung betreffen, sichtbar aber ebenso an der Tatsache, daß nur ein kleiner Teil der Forschungsergebnisse der Allgemeinheit zugutekommt, der größere Teil als Sperrpatente in den Tresoren der Großkonzerne liegenbleibt, um eine gesamtgesellschaftliche Nutzung zu verhindern. Diese Praxis wird im Bundesforschungsbericht II offen ausgesprochen und sanktioniert: "Das Bundesministerium der Verteidigung arbeitet zur Durchführung seines Forschungsprogramms mit etwa 12o Hochschulinstituten, 65 hochschulfreien Instituten, 7 auf seine Initiative gegründeten und ausschließlich oder überweigend finanzierten modernen Forschungsinstituten der Frauenhofer-Gesellschaft und der Astrophysikalischen Gesellschaft, der Ozeanographischen Forschungsanstalt der Bundeswehr, dem Deutsch-Französischen Forschungsinstitut in St.Louis und cirka 6o Industriefirmen zusammen" (Forschungsbericht II ,1967 , S.22).

Die Auftragsforschung an den Universitäten birgt für die Großindustrie eine große Gefahr in sich. Privatwirtschaftlich ausgebeutete Wissenschaft ist pervertierte Wissenschaft: die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit drängen nach Öffentlichkeit und Allgemeinheit und finden ihren Sinn erst in der Tatsache, daß sie jedermann als allgemeine Erfahrung und als allgemeiner Nutzen zur Verfügung stehen. Obwohl dieser Allgemeinheitsanspruch von Wissenschaft in der bestehenden Universität nur rudimentär verwirklicht ist, ergibt sich die Gefahr, daß Auftragsforschung "veröfentlicht" wird. Diese Gefahr hat sich durch den studentischen Anspruch, nicht mehr willenloses Ausbildungsobjekt zu sein, sondern sich selbst als Subjekt im Wissenschaftsprozeß zu verstehen und die emanzipatorische Funktion von Wissenschaft ernstzunehmen, ungeheuer erhöht. Ihr weichen die Unternehmer durch die Gründung eigener, aus dem Universitätsrahmen herausgenommener Forschungsinstitute aus:

"Nicht nur die zur Mitarbeit bereiten Kräfte scheinen angekränkelt, sondern vor allem die laxe Mehrheit der Mitläufer in der Studentenschaft macht sich suspekt. Der Gang der Dinge weckt das lebhafte Interesse an der systematischen Förderung des eigenen Nachwuchses, der sich im betrieblichen Alltag bewährt hat. Es gibt genug gezielt arbeitende Bildungs- und Fortbildungsstätten, und deren Absolventen vermögen klar davon zu überzeugen, daß solide, konkrete und aktuelle Fertigkeiten nützlicher erscheinen als die langjährige Entwicklung fragwürdiger Fähigkeiten. Wer gar einseitig in Kategorien der Macht und Herrschaft denken lernte und Konflikte und Mißstände zum Inbegriff seines Sinnens und Tuns machte, wird für die zeitlosen Mechanismen der Konfliktaustragung und ein vertrauensvolles Zusammenspiel verdorben. Es ist zu vermuten, da zahllose echte Chancenfür gut ausgebildete junge Akademiker aus den Disziplinen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu Opfern einer Unternehmens- und Personalpolitik werden, die kein Zutrauen zu ihrem akademischen Nachwuchs haben." (Hans Erich Freudenberg, "Der Arbeitgeber", 1969/6, S.2oo).

Auch hier zeigt sich eine von der Kritik bisher übersehene Ungleichzeitigkeit des europäischen und des amerikanischen Spätkapitalismus. Während in den USA ungefähr zwei Drittel aller Forschung an Instituten entwickelt wird,die außerhalb der Universitäten stehen und der größte Teil der Universitäten nicht staatlich, sondern privatwirtschaftlich finanziert werden, beginnt in Deutschland erst jetzt in

den Kreisen der der CDU nahestehenden Wirtschäft die Propagierung einer Stiftungsuniversität. Privater Initiative einzelner Konzern-Chefs entstammen allerdings schon länger bestehende private, vom jeweiligen Geldgeber abhängige Institute, denen der Staat jetzt auch mehr und mehr öffentlichen Charakter zuspricht. Ein Beispiel dafür ist die Gründung des Tabak-Technikums Hamburg durch den Besitzer der Hauni-Werke Körber & Co. KG, Hamburg-Bergedorf, dem größten Industrieausrüsterbetrieb für Filterzigarettenmaschinen (vg. "Das Parlament", 1968/41, S.8).

Wie weit der Aufbau solcher aus der Öffentlichkeitssphäre der Universität herausgenommenenen und von der Wirtschaft in direkter Regie betriebenen Ausbildungsstätten bereits fortgeschritten ist, k läßt sich im Augenblick nicht angeben, da Untersuchungen nicht vorliegen. Folgerichtig werden in diesem Zusammenhang die Unternehmen selbst zu wissenschaftlichen Bildungsstätten erklärt: "Mehr als bisher sollten alle Bildungseinrichtungen wirtschafts- und sozialkundliche Bildung vermitteln. Die Unternehmen der Wirtschaft sind ein bedeutendes Bildungsfeld." (Erklärung der Bundesvereinigung der Arbeitgeber: "Zur Integration der Arbeitnehmer", abgedruckt in "Der Arbeitgeber," 1968, S.558).

Auch die in der Universität nach Meinung der Unternehmer zu lasch betriebene "Menschenführung" hat die Wirtschaft in eigener Regie übernommen: im Geschäftsführernachwuchsausbildungslehrgang der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände werden Juristen, Volkswirte, Soziologen und Politologen außerhalb der Universität auf die ihnen zugedachte Rolle hin erzogen (vgl. "Der Arbeitgeber", 1968, S.5oo). Unter den außeruniversitären Bildungsfaktoren, die die gewaltsame Einordnung in die rigide Arbeitswelt kapitalistischer Wirtschaft erzwingen sollen, gehört nach Meinung der Wirtschaft auch die Bundeswehr (vgl. "Erfahrungen der Betriebe", in "Der Arbeitgeber", 1968/3, S.48). Zwei Züge kapitalistischer Bildungsplanung in der Bundesrepublik heben sich deutlich heraus.

1. Die Bedeutung der Universität als Produktionsstätte gesellschaftlich relevaten und ökonomisch verwertbaren Wissens ist für das Monopolkapital, das sich nur ausbeutend zum Sektor Wissenschaft verhalten kann, im Abnehmen begriffen.

Das Interesse an Hochschulreform und vereinheitlichter Bildungsplanung auf diesem Gebiet nimmt deswegen auch - abgesehen von der strukturbedingten Unterinvestition auf diesem Gebiet - nicht den Stellenwert ein, der ihr nach der Bedeutung der Produktivkraft Wissenschaft für die Reproduktion der sozioökonomischen Verhältnisse eigentlich heute zukommt, weil die direkt verwertbare Forschung immer mehr aus dem Universitätsbereich ausgegliedert wird. Es wäre sonst nicht zu erklären, weshalb es zu teilweise sehr xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx xxxxxx divergierenden "Reform"versuchen kommt und die föderalistische Struktur der staatlichen Bildungspolitik immer noch fortbesteht. Die Ungleichzeitigkeit zwischen einzelnen Bereichen der spätkapitalistischen Wirtschaft, wie sie im Gegensatz von Dahrendorf-Schütte-Plan auf der einen Seite und dem Huber-Plan auf der anderen Seite zum Ausdruck kommt, wird in der einzigen Funktion, die der universitären Ausbildung noch belassen bleibt, nämlich der Erziehung zum fungiblen, seine Ansprüche gegen eine inhumane Gesellschaftsordnung verleugnenden x, vereinzelten Individuum, aufgehoben in der Rückkehr
2. zum faschistischen Gewaltmodell. Spätestens in der schnellen Einigung aller Bundesländer auf ein gemeinsames Ordnungsrecht wurde deut-

lich, daß das Programm einer mit dem Schein freiwilliger Zustimmung betriebenen Integration über partielle Mitbestimmung durch die repressive Einübung in die Zwänge einer Gesellschaft, die ihren Klassencharakter nicht mehr verheimlicht, vielmehr dem Gegner mit offener Gewalt droht, ersetzt wurde.

3. Übereinstimmend wurden in allen Reformplänen, so verschieden ihre Modalitäten auch sein mögen, die absolute Trennung von Forschung und Lehre postuliert, gegen den Inhalt jeder Wissenschaftstheorie. In dieser streng durchgehaltenen Teilung kommt die Entfremdung aller Arbeit als notwendige Folge der Struktur unserer Gesellschaft am deutlichsten zum Ausdruck. Durch die Trennung von Forschung und Lehre wird jede der beiden nur gleichzeitig denkbaren Seiten des Wissenschaftsprozesses in sich pervertiert. Einer Forschung, deren Ergebnisse auf Öffentlichkeit und gesamtgesellschaftliche Nutzung drängen, in Wirklichkeit aber auf private Ausbeutung und auf Vernichtung nicht sofort in Profit umsetzbarer wissenschaftlicher Erkenntnis beschränkt wird, steht der universitäre Ausbildungsbetrieb gegenüber, in dem emanzipative Entwicklung des Individuums ersetzt wird durch repressive Verinnerlichung der Herrschaftsstruktur kapitalistischer Gesellschaft. Jede Aufeinanderbeziehung beider notwendig verbundener Aspekte würde die emanzipatorische Funktion wissenschaftlichen Arbeitens zur Geltung kommen lassen, was zu verhindern die Aufgabe jeder "Hochschulreform" in unserer Gesellschaft ist.

Der hier gegebenen Analyse kapitalistischer Bildungspolitik entspricht der Huberplan auf das Genaueste. Er liefert die Universität als Ganzes, ohne sich um die nebensächliche Frage der inneruniversitären Struktur zu bekümmern, dem Interesse der Großindustrie aus. Das einzige "Universitäts"gremium, das über die gesellschaftliche Nutzung universitärer Forschung nach dem Huber-Modell zu entscheiden hat, ist das Kuratorium. Es setzt sich nach § 18 HP aus universitätsfremden, "der Wissenschaft oder Wissenschaftsförderung besonders verbundenen" Persönlichkeiten des öffentlichen Lebenszusammen. Der Kreis der für das Kuratorium in Frage kommenden Personen ist durch diese Einschränkung eindeutig festgelegt: wissenschaftsnah und wissenschaftsfördernd sind die direkten Nutznießer wissenschaftlicher Arbeit, die Großunternehmer. Der Hinweis auf die Ehrensenatoren, die als einzige aus Universitätsbereich ins Kuratorium gewählt werden können, bestätigt den Verdacht. So stammen über die Hälfte der Ehrensenatoren und Ehrenbürger der Universität München aus der Finanzoligarchie und der Großindustrie (K.Baur, Besitzerin des Versandhauses Friedrich Baur; O. Böhme, Direktor von Bayer Leverkusen; H.Boess, Generalbevollmächtigter der Münchner Rückversicherung; F.J.Kaess, Direktor der Süddeutschen Kalkstickstoffwerke; L. Mellinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Allianz-Versicherung; W.Meuschel, Direktor der Münchner Rückversicherung; E.V.Siemens, Vorsitzender der Aufsichtsräte des Siemens-Werkes; W.Wacker und K.H. Wacker, Wacker-Chemie; G.Wilcke, Generaldirektor von BMW). "Das Kuratorium berät den Präsidenten in grundsätzlichen Fragen der Weiterentwicklung der Universität, der Forschungspolitik und der Schwerpunktbildung. Das Kuratorium sorgt im Benehmen mit dem Präsidenten für eine kontinuierliche Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Entwicklung der Universität." (Vorentwurf, § 16 I). Der endgültige Entwurf verschleiert die direkte Aussage etwas, meint aber den gleichen Tatbestand einer völligen Auslieferung der Universität als Gesamtinstitution an das Interesse des Kapitals. Es gibt neben dem Kuratorium und dem Präsidenten als Organ der Ministerialbürokratie kein Gremium mehr, das über die gesellschaftlicheZielsetzung univer-

sitärer Forschung und Lehre und die Funktion der Universität in der Demokratie zu entscheiden hätte. "Mitglieder der Universität dürfen dem Kuratorium nicht angehören". (§ 18 II). Die völlige Abschneidung der Wissenschaftler von der Verwertung ihrer Forschungsergebnisse, über die allein das Monopolkapital entscheidet, ist hier mit einer bisher noch nicht erreichten Deutlichkeit ausgesprochen.

Nur am Rand sei bemerkt, daß hier wie in allen entscheidenden Punkten des Huber-Plans keine Diskrepanz zwischen Ordinarienuniversität und den Interessen des Monopolkapitals besteht. Die Aussage des Frankfurter Rektors Rüegg: "...daß wir alles tun werden, um an den Universitäten die Bedingungen wiederherzustellen, welche es den Wissenschaftlern erlauben, ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehöre freilich auch, daß die Gesetzgeber nicht durchfalsch verstandene Demokratisierungsabsichten Institutionen schaffen, in denen die Wissenschaftler ein Großteil ihrer Zeit damit verbringen, zu diskutieren, wie Forschung organisiert werden könnte." ("Der Arbeitgeber", 1969/15, S.162), in der kritische Selbstreflexion der Wissenschaft kennzeichnenderweise nur als Problem der Forschungsorganisation auftaucht, entspricht völlig dieser Abtrennung des Verwertungsprozesses vom eigentlichen Wissenschaftsbetrieb.

Über die direkte Angliederung einzelner Institute an einzelne Großunternehmen wird im Huber-Plan nichts ausgesagt. Die bereits geltende Praxis auf diesem Gebiet braucht nicht ausdrücklich angegeben zu werden. Immerhin setzt der Huber-Plan fest, daß Organe der Universität und wissenschaftliche Institute die ihnen von privater Hand gegebenen Geldmittel nicht frei, gemäß ihren wissenschaftlichen Zielsetzungen verwenden dürfen, sondern völlig an die Anweisung des Geldgebers gebunden sind. (§ 61,3). Ebenso ist, allerdings im Rahmen des Körperschaftsvermögens, "die Errichtung und der Betrieb von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen" (§ 62,1) vorgesehen und unterliegt lediglich der Genehmigungspflicht des Kultusministeriums. Das Bekenntnis zur Freiheit von Forschung und Lehre ist das Bekenntnis zur Integrierung der Universität in die Bedingungen des "freien Marktes". "Die Freiheit der Wissenschaft und Kunst, der Forschung und Lehre ist den Hochschulen im Rahmen der Verfassung gewährleistet. Die Hochschulen oder Mitglieder der Hochschulen dürfen Zuwendungen Dritter nicht anwenden, wenn zu besorgen ist, daß dadurch die Freiheit von Lehre, Forschung oder Kunst beeinträchtigt würde." (§2,3) Über die Privatinvestitionen und Einflußnahme des Kapitals entscheidet aber die Instanz, die am innigsten mit deren Interesse verbunden ist: das Kuratorium und die Staatsbürokratie.

Der Forderung der Unternehmer nach bloßer Einübung in die Zwänge der Berufspraxis kommt der Huber-Plan soweit wie möglich entgegen. Während andere Hochschul"Reform"Pläne wenigstens in der Präambel noch den Schein einer kritischen Funktion von Wissenschaft und die Notwendigkeit einer Reflexion über die Wissenschafts- und Berufspraxis und deren gesellschaftliche Anwendung aufrechterhalten, reduziert der CSU-Plan die Funktion der Universität auf die nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzende Einpassung in einen nicht mehr befragbaren Wirtschaftsablauf. Die Eigentümlichkeit jeder Wissenschaft, in einem kritischen Verhältnis zu sich selbst und zur gesellschaftlichen Lage, in die sie sich eingeordnet sieht, zu stehen, wird im gesamten Entwurf an keiner Stelle angedeutet.

"Die Hochschulen dienen der Lehre, der Forschung und der Kunst. Ihnen obliegt die Vorbereitung der Studenten auf die Berufstätigkeit" (§ 2,1). Das gesamte Studienziel ist völlig auf die von außen heran-

getragenen Forderungen der privatwirtschaftlichen Vewertung abgestimmt. Das einzige Kriterium der Hochschulplanung ist das Ausgehen vom Marktbedarf, das Grundrecht auf freien Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten -inhaltlich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht realisierbar - ist aus der Hochschulreformdebatte endgültig herausgenommen worden.

Die Reduzierung des Studiums auf die Einübung in vorgegebene Berufsmuster bedingt die vollständige Entfernung aller Studierenden aus allen Bereichen, die eine Wissenschaftspraxis beinhalten. Im Präsidial ausschuß für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs sind überhaupt keine studentischen Vertreter vorgesehen, lediglich im Präsidialausschuß für Lehrer und Studenten (in der Verteilung der Präsidialausschüsse verdeutlicht sich noch einmal die beabsichtigte Trennung von Forschung und Lehre) sind sie als demokratisches Alibi für Entscheidungen, die über sie verfügt werden, vertreten. In zynischer Form verdeutlicht diese Teilung die Aussage eines Münchner Ordinarius, der allein für das Gremium, das die Modalitäten des Numerus Clausus [illegible]arbeiten habe, sich für eine rege Mitbeteiligung der Studenten aussprach.

Das reglementierte Grundstudium, für das als alleinige inhaltliche Bestimmung lediglich "straffe Gleiderung" angegeben wird, ist hermetisch abgetrennt von einem sogenannten Aufbaustudium, dem angepaßte Einordnung Kriterium wissenschaftlichen Aufstiegs ist. Die rigorosoe Verhinderung jeder emanzipatorischen Funktion des universitären Wissenschaftsprozesses durch Kriminalisierung eben dieser Emanzipation und durch völlige Entfernung studentischer Ausbildung von wissenschaftlicher Arbeit, die den Ordinarien als Stellvertretern der herrschenden Interessen allein überlassen bleibt, ist in allen kritischen Stellungnahmen als der kennzeichnende Grundzug des Huber-Plans verstanden worden. Die Mittel dieser Unterdrückung d es befreiten Ihhalts aller Wissenschaft sind: 1. die Kriminalisierung aller Versuche der Studenten, sich selbst im Wissenschaftsprozeß zu bestimmen und emanzipatorische Inhalte gesellschaftlich frei zu setzen, durch Ordnungsrecht und Ausschluß vom Studium bereits bei einem Verdacht politischen Handelns, da s sich konsequent aus einem gesellschaftskritischen Wisdenschaftsverständnis ableitet. 2. der erhöhte Leistungsdruck, der der Verinnerlichung durch Studium und Prüfungssystem eingeübter Herrschaft dient. 3. Selektion aller nicht voll angepaßter Studenten durch Numerus Clausus und Studienzeitbegrenzung. Ablenkung aller in dieser Gesellschaft notwendig entstehenden Aggressionen der Unterdrückten von den Unterdrückern auf gegenseitige Konkurrenz an Stelle kollektiver Wissenschaftspraxis.

Was die spätkapitalistische Gesellschaft auszeichnet, die Rückkehr zu gewaltsamer Unterdrückung sämtlicher auch nur partiell emanzipatorischer Bewegungen, ist der Inhalt des Huber-Plans. Anders als zurückgebliebene Versuche, die mit Hilfe formaler Demokratisierungselemente die Verschleierung unüberbrückbarer Widersprüche in kapitalistischer Gesellschaft beabsichtigen, steht der Huber-Plan auf der Höhe der Zeit.

Obwohl die Forderung der Unternehmer und die Intention des Huber-Plans hinter der eigenen Bedürfnislage einer erweiterten Reproduktion der sozio-ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zurückbleiben und neue, für die Erhaltung des kapitalistischen Systems notwendige Produktivkräfte eher zerstört als entwickelt werden, führt

eine Analyse, die Bildungsplanung in der Bundesrepublik an den Ansprüchen mißt, die erfüllt werden müßten, damit eine Herrschaftsstabilität durch Zustimmung der an der Herrschaft nicht Beteiligten dauerhaft gewährleistet bleiben könnte, zu falschen Strategien. Immer noch läuft xx politische Arbeit an der Universität und in den Betrieben auf die Aufhebung des Bewußtseinsschleiers hinaus, den Spätkapitalismus durch Integrationstaktik erzeugt. Die politische Aufklärung über unsere Gesellschaft als einer Klassengesellschaft leistet die wirtschaftliche und politische "Führungselite" vermutlich besser, als es unsere Versuche vermögen. Politische Aufklärung und sozialistische Strategie übersieht dabei zu leicht, daß die Analyse der Unterdrückung als Grundlage kapitalistischer Herrschaft die in ihr liegende Gewalt eher verstärkt als politisch aufhebt, da sie ohne Modelle - und seien sie symbolischer Art - von Gegengewalt nur Resignation erzeugen muß. Die Frage, die sozialistische Strategie in kapitalistischer Gesellschaft sich zu stellen hat, ist die Frage der Gewalt und des langsamen Aufbaus von Gegenmacht. Das aber erfordert als erste Voraussetzung den Abbau jener linken Faszination durch die anscheinend unbegrenzten Fähigkeiten des Spätkapitalismus, sich selbst trotz verschärfter Antagonismen zu perpetuieren.

Trotz des dialektischen Bezugs von Universität und Gesellschaft, der die Grundlage der Analyse des Buches "Hochschule in der Demokratie" bildet, ist auch diese Analyse geeignet, Fehlmuster sozialistischer Universitätspolitik zu erzeugen, da die Universität als Gesamtinstitution korrespondierend gedacht wird mit einer zwar klassenstrukturiert verstandenen, aber als Ganzes dargestellten Gesellschaft. Aber selbst die Fronststellung einer nach außen geschlossen wirkenden studentischen Bewegung, die mit dem Namen Universitätsrevolte belegt wurde, ist nicht aus einer vorgegebenen Homogeneität der Universität heraus zu verstehen, sondern ergab sich, da der sozialistischen Praxis der Studenten die Machtfrage gestellt wurde, bevor es gelungen war, wenigstens Teile der außeruniversitären Gesellschaft zu politisieren. Da sich an der Situation vorläufig nichts grundlegend geändert hat, behält der Bezug auf die Universität als Gesamtheit noch seine Bedeutung für die politische Praxis.

Für eine sozialistische Strategie und für die Organisierung massierten Widerstandes, der im Augenblick auf die Universität bezogen, den gesamtgesellschaftlichen Bezug im Auge behält, ist der Rahmen der Universität als einer in sich geschlossenen Institution sowohl zu eng als zu weit.

Zu weit in dem Sinne, daß es den Verwertungszusammenhang, den wir für die Universität als Ganzes zur Aufrechterhaltung von Herrschaft in unserer Gesellschaft postulieren, so nicht gibt. Die Funktion der Germanistik etwa, die im Rahmen des Vergeudungskapitalismus kritische Inteelligenz vom Gesellschaftlichen ablenkt, auf den schönen Schein privaten Genusses und ohnmächtiger Innerlichkeit - die Perpetuierung bereits nicht mehr ganz adäquater bürgerlicher Werte in der Schule dürfte, anders als im Faschismus, heute nicht mehr als ein angenehmes Abfallprddukt sein - steht in einem völlig anderen Verwertungszusammenhang als die wenigen Fachgebiete, an denen kapitalistische Wirtschaft direkt interessiert ist (elektronische Datenverarbeitung, Kernforschung, Weltraumforschung - Betriebswirtschaft, Naturwissenschaft, Jura, Soziologie, Psychologie). Jede abstrakte Bestimmung der Verwertung universitärer Forschung bleibt folgenlos, wenn sie nicht sachspezifisch vermittelt wird.

Noch immer endet kollektives politisches Handeln der Studenten an den Toren der Universität. Nach Staatsexamen und Diplomarbeit mündet politische Praxis in Isolierung oder Resignation. Erst die Einbezie-

hung der jeweiligen Berufspraxis, in der fachspezifisch gesellschaftliche Verwertung universitärer Forschung in pervertierter Form stattfindet, löst die Organisierung studentischen Widerstandes aus der - gemessen an den direkten Zwängen der außeruniversitären Arbeitswelt - idyllischen Arbeitswelt der Universität. Der Bezug allein auf die Universität unterschlägt weite Bereiche der Bildungsreproduktion in kapitalistischer Gesellschaft, in denen gerade nur das bloße Funktionieren eingeübt wird (Technische Hochschulen, Wirtschaftsakademien, Ingenieurschulen etc.).

Der Bezug studentischer Strategie auf eine insgesamt mit der Gesellschaft korresp9ndierende Universität ist jedoch auch zu eng. Veränderung dieser Gesellschaft durch das Herausbrechen der Produktivkraft Wissenschaft aus dem kapitalistischen Produktionszusammenhang als eines Teilaspektes revolutionärer Praxis ist, bezieht man sich lediglich auf die Universität, zur Phrase geworden. Die Antwort eines Münchner Ordinarisu auf die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel am Institut: "Was wird hier schon produziert?" ist bei aller Übertreibung richtiger als eine Fiktion von der absoluten Notwendigkeit der derzeitigen Univessität für die Erhaltung des Kapitalismus in der Bundesrepublik. Je mehr die fast verschüttete, systemsprengende und emanzipatorische Funktion der Wissenschaft durch die studentische Praxis partiell wieder sichtbar wurde, desto mehr bestand die Notwendigkeit für das Kapital, das die allgemeine Verbindlichkeit wissenschaftlicher Arbeit zu privatwirtschaftlich und gesellschaftsfeindlich benutzter Auftragsforschung pervertiert, diese aus dem Rahmen der Universität herauszunehmen. Sozialistische Praxis hätte diese Bewegung nachzuvollziehen, durch die Veröffentlichung dieser geheimgehaltenen Forschung, in der der militante Charakter kapitalistischer Gesellschaft am deutlichsten zum Ausdruck kommt und durch Boykott und Sabotage,um die private Nutzung, die sich gegen das gesamtgesellschaftliche Interesse richtet, zu unterbinden. Bisher sind nicat einmaldieInformationen über diesen Bereich zusammengetragen.

Immerhin hat auch die derzeitige Universität noch systemstabilisierende Funktion, einmal durch ie Reproduktion ideologieversetzter, auf reine Funktionalität beschränkter Wissenschaftlichkeit (Ausbildung von Lehrern, Anpassungspsychologen, Kulturbetrieb etc.) und zum anderen durch die zwanghafte Einübung erforderter Verhaltensweisen im Studium selbst. Die Beschränkung auf den Kampf gegen den repressiven institutionellen Rahmen der Universität (hHerrschaftsstruktur der Ordinarienuniversität) reproduziert jedoch die Trennung von Forschung und Lehre, die zur Systemerhaltung notwendig ist, abgesehen vom voluntaristischen Charakter einer inhaltslosen Selbstbefreiung in repressiver Gesellschaft. Der Fetisch vom "linken Leistungszwang" übernimmt die Perversion von Wissenschaft, die in unserer Gesellschaft nur als zerstörerisch gedacht werden kann, deren emanzipatorische Funktion aber nur erst wieder frei gesetzt werden muß. Das Modell der politischen Universität ist nicht daran gescheitert, daß kritische Theorie in ihrer Abstraktheit notwendig folgenlos bleibt oder integriert werden kann, sondern an der Schwäche, die Praxis an dieser Theorie auszurichten und Wissenschaft nicht als Selbstbefriedigung, sondern als befreiendes Handeln zu verstehen.

Kritische Beschäftigung mit Wissenschaft kann und muß für die politische Praxis Möglichkeiten des Handelns schaffen. Bisher wurde dies punktuell und zusammenhanglos mehr gefordert als betrieben (hier wurde gefordert ein Mittel gegen die Auswirkung chemischer Kampfmittel für den Vietcong, dort sich mit den Auswirkungen des Arbeitsrechts zu beschäftigen). Nur rst aus der systematischen kritsich-wissen-

schaftlichen Arbeit wird sich ein bloß dilettierendes Zusammensuchen von "Nützlichem für die Revolution" überwinden lassen. bBasisarbeit und revolutionäre Berufspraxis werden erfolglos bleiben ohne eine zusammenhängende wissenschaftliche Aufarbeitung der Perversion, in der menschliche Arbeit in allen gesellschaftlichen Teilbereichen heute gehalten wird und ohne Schaffung von Gegenwissenschaft, die ihren Inhalt allerdings erst dann findet, wenn sie sich zur Machtfrage stellt.

Folgerung aus den hier angedeuteten Aussagen müssen noch gezogen werden. Ernsthaft in Angriff genommen, würden sie gesellschaftlich relevante sozialistische Praxis an den Universitäten auch nach der Verabschiedung des Hubergesetzes ermöglichen.

BERLIN:

PRIVATHOCHSCHULE *

Wie der Kapitalismus die Kontrolle über die Ausbildung wirksamer machen will.

Der Kampg gegen die Bildungspolitik der Bundesregierung, wie er bisher vor allem von den Universitäten geführt wurde, ist in ein neues Stadium getreten. Seit mehreren Wochen streiken die Ingenieurstudenten der meisten deutschen Ingenieurakademien. Sie werden wenigstens so lange die Normalisierung verhindern, wie ihnen nicht ein annehmbarer Vorschlag zur Verminderung der unterdrückerisch hohen (36 Std!!) Pflichtwochenstunden, des Übermaßes an Prüfungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen angeboten wird. Die Post zeigt beispielhaft, wie bedroht sich Unternehmer und Staat fühlen: mit Stipendienentzug und der Devise "ein loyaler Unternehmer hat keinen Streikenden einzustellen" versucht sie, Protestierende zu erpressen.
Dadurch wird auch dem letzten klar, daß es sich nicht um einen Konflikt zwischen Ingenieurschülern und ihren Lehrern handelt. Dahinter steht in Wahrheit der Widerspruch zwischen dem ausbeuterischen Konzept der Unternehmer, die eine gefügige Akademikerfabrik wünschen, und den Ingenieurstudenten, die für Befreiung von Stundendruck und Leistungskontrollen kämpfen.

Siegen die Studenten, haben die Unternehmer noch eine schärfere Waffe auf Lager: die private (Gesamt-)Hochschule.

Als hätten sie es vorausgeahnt, beabsichtigen die Unternehmer seit Beginn ihrer Kampagne für die Privathochschule auch die Produktion der technischen Intelligenz in ihrer eigenen "Fabrik" abzuwickeln. Wir müssen differenzieren: zunächst wäre es noch zu kostspielig, alle benötigten Ingenieure unter einer Aufsicht auszubilden. Vielleicht ist in ein paar Jahren der Unternehmereinfluß auf die Ingenieurakademien so groß, daß "Pannen" wie der gegenwärtige Streik nicht mehr geschehen können.

Sicher ist, daß die Führungskräfte in totaler Entfremdung von dem Produkt ihres Studiums und ihrer Forschungsarbeiten in privaten Hochschulen aufgezogen werden sollen.

Die Schwerfälligkeit der deutschen Universitäten, sich auf die Bedürfnisse der Industrie einzustellen, veranlaßte CDU-Kultusminister Mikat (Nordrhein-Westfalen) 1965 erstmals zum Vorschlag einer Privathochschule. Was damals noch den Unmut der Großindustrie hervorrief - sie scheute Sonderausgaben - fand 1968 ihre begeisterte Zustimmung. Der Stifterverband der deutschen Wissenschaften: "Um so nötiger ist es, daß private Initiative auf solche Herausforderungen (gemeint ist die Schwerfälligkeit des Staates) antwortet. Nicht nur vermag sie viel elastischer zu reagieren als die öffentliche Hand; sie vermag auch weit mehr zu vollbringen, als Zahlen ahnen lassen. Dort nämlich, wo das gezielte private Engagement auf die vom Staat bereitgestellte Infrastruktur trifft, wird ein hoher multiplikativer Effekt erreicht."

* AUS: ROTE PRESSE KORRESPONDENZ
1 BERLIN 30
EISLEBENER STR. 14

Was war geschehen? Der internationale Konkurrenzkampf erzwang "Verwissenschaftlichung" und Innovation (technische Neuerungen) der Produktion. Inzwischen waren aber die Universitäten zu Brutstätten der antikapitalistischen Bewegung geworden, die sich in den Osterunruhen 1968 symptomatisch erwies. In dem Moment erhoben sich die Stimmen für die Privathochschule. IBM-Direktor Wahl diagnostiziert die deutsche Misere und empfiehlt, zunächst die "Management-Lücke" zu kurieren. Dazu sei nur eine "Stiftungsuniversität der deutschen Wirtschaft, frei von staatlichen Zuschüssen und damit Reglementierungen" in der Lage (DIE ZEIT, 19. April 1968).

Karl Moersch (FDP) empfiehlt während der Debatte im Bundestag (7. Mai), das staatliche Bildungsmonopol endlich zu brechen und - nach Änderung des Stiftungsrechts, das immer noch staatlichen Einfluß auf die Stiftungen zuläßt - private "Modell"-Hochschulen zu errichten. Die Front tritt aus dem Nebel: CDU-MdB Abel ein und Kultusminister Vogel (CDU) blasen ins gleiche Horn, Schützenhilfe leistet Staatssekretär von Heppe, Professor Sohn von der Krupp-Stiftung und vor allem die Unternehmerverbände BDI und Stifterverband. Kassel, Worms, Trier und Bremen werden empfohlen. Die Villa Hügel angeboten (bestgehaßter Platz der Essener Arbeiterschaft, traditioneller Ort für die Absprachen des Kapitals).

Zunächst wird eine totale Neuorientierung des Stiftungsrechts verlangt. Professor Mestmäcker malt (vor dem Stifterverband) den Teufel an die Wand: die Kontrolle des Staates über Stiftungen sei Relikt des aufgeklärten Polizeistaates. Er fordert Privatautonomie für die Stiftungen.

Die FDP hat in ihrem Hochschulgesetzentwurf schon einen Passus, der die Einrichtung von Privathochschulen legitimiert. Und sie (besser gesagt: ein kleines Grüppchen innerhalb der FDP, welches jedoch durchaus der Parteilinie entspricht und ein wahres Trommelfeuer durch die katholische und Unternehmerpresse gehen läßt) hat einen Vorschlag, der alles in den Schatten stellt, was die Industrie bisher auf verschlungenen Wegen erreichte: der Plan sieht die totale Unterwerfung unter die Bedürfnisse der Industrie vor.

Danach wacht ein Stiftungsvorstand über das Geld; wen wundert's, daß die Industrie ihn fast vollständig usurpiert (49 % Gründungsstifter, 20 % "Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber", außerdem 15 % Landesregierung, 15 % Bundesregierung und der Bundespräsident) - es ist eine Verschleierung, wenn die Freunde der Privathochschule ständig von dem Pluralismus der Stifter sprechen: es kommt nur die Industrie in Frage, da sich die Gewerkschaften und der progressivere Flügel der SPD bisher nur dagegen ausgesprochen haben. Die Kirchen (Vogel lud sie zur Beteiligung, die FDP schließt sie, ebenso wie den VDS, ausdrücklich aus) werden kein neues Element liefern.

Oberstes Beschlußorgan ist das Kuratorium. Es hat die fast ausschließliche Macht über die Hochschule - vom Budget bis zu Berufung und Wahl des Präsidenten und ist in der Hand der direkten und indirekten (gewählten) Vertreter des Stiftungsvorstandes. Die Hochschule selbst stellt ein Drittel des Kuratoriums (davon ein Viertel Studenten).

Der Senat, der viertelparitätisch von der Hochschule besetzt wird, ist machtlos und kann lediglich mit konstruktivem Veto und Zweidrittelmehrheit Beschlüsse des Kuratoriums ersetzen. Dabei wird er von den (anwesenheitsberechtigten) Kuratoriumsspitzen überwacht.

Die Hochschulvertretung kann den Senat kontrollieren. Sie ist viertelparitätisch besetzt. Die Mitglieder (wie teilweise auch der Senat) werden in einer Listenwahl gewählt. Das heißt: Professoren wählen Assistenten, Aspiranten und Studenten wie auch umgekehrt auf gemeinsamen Listen zu ihren Vertretern. Wenn das wirklich, die die FDP-Autoren behaupten, eine Absage an die "ständestaatlichen Korporationen" der heutigen Universität wäre (wo jede Gruppe getrennt ihre Vertreter wählt, aufgrund des objektiven Gegensatzes zwischen beamteten Lehrstuhlbesitzern und in der Ausbildung befindlichen Arbeitskräften) und sie nur deshalb AStA und VDS aus der Privathochschule verbannen, warum bilden dann Professoren, Assistenten, Aspiranten und Studenten überhaupt noch getrennte Gruppen auf der Liste??

Dieser Wahlmodus ist nur ein Teil der Unterwerfungsstrategie. Wenn alles nicht hilft, die Hochschule zu einer Wissensfabrik zu machen, dann soll die Einheit vortäuschende Wahl das leisten. Welche Mittel werden vorher eingesetzt? Studenten werden nach Leistung ausgesucht, es werden Angestellte aus Betrieben (die es mit ihrem Chef nicht verderben dürfen) zu postgraduate-Studies kommen, ständige Leistungskontrollen verschärfen den Druck. Assistenten und Aspiranten werden schon leicht privilegiert (Prüfungsrecht etc.) und den Interessen der Industrie durch ihre großen, projektgebundenen Gelder zugeführt. Professoren sitzen teilweise auf Lehrstühlen mit Firmennamen (etwa: "Springer-Lehrstuhl für Soziologie der Massen und Presserecht", wie das in den USA schon existiert). Auch die Professoren sollen Leistungskontrollen unterworfen sein und nur mit befristeten Verträgen angestellt werden.

Es liegt auf der Hand, daß hier eine den Interessen der Industrie gefügige Universität geplant ist. Daß diese Tendenz anschwillt, belegt auch der Plan von Olivette und anderen europäischen Großindustrien, (unter dem Mantel der OECD) ein Internationales Institut für Technologie - vermutlich unter sozusagen direkter Aufsicht der Großindustrie in Mailand - zu errichten. Welchen Stellenwert die Privathochschule in der Strategie der Industrie hat, beweist der Plan, in ihr die ersehnte Top-Management-Ausbildungsstätte zu errichten und die zitierte Äußerung der Firma IBM, der die Möglichkeiten der Beeinflussung der gegenwärtigen Ausbildung oder eine eigene Ausbildung offenbar nicht genügen.

Was das für die Universitäten bedeutet, ist klar: sie werden finanziell kaltgestellt (Dahrendorf empfahl der Industrie 1968, ihre Stiftungen auf ein Projekt zu konzentrieren, er nannte das: to think big). Das Geld ist für die Stätten der Kaderausbildung reserviert.
Wir müssen kämpfen gegen diese sich verstärkenden Tendenzen des Kapitals, seine Widersprüche durch noch blindere Ausbildung verschleiern zu wollen. Das amerikanische Beispiel - der Aufruhr an der privaten Universität Columbia wurde durch die Aufdeckung der vielfältigen Abhängigkeiten von der Industrie entscheidend verschärft, sogar in Harvard entzündete sich die Unruhe daran - und das italienische Beispiel sollten eine Warnung sein. Dort muß die industrieeigene Universität Buconi sich wegen der erbitterten Widerstände der Studenten allmählich auflösen.

OSI-Kollektiv HCA, CM, WN

KÖLN: TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULREFORM UND TECHNOKRATISCHE GESELLSCHAFT

D i e wesentlichen Punkte des Hochschulgesetzes sind inzwischen bekannt:

I. Ermächtigung des Kultusministers; d.h. nicht mehr die formale Rechtsaufsicht über die Hochschulen, sondern inhaltliche Kompetenzen, und zwar bis in die Fachbereiche, die der Kultusminister und der hinter ihm stehende Interessenapparat konstituieren kann, und bis in den Studien-(=Berufs)weg des Studenten durch Zulassungsbeschränkungen, Zwangsexmatrikulation und Relegation.

II. Akademische Selbstverwaltung; d.h. die Verwaltung der Universität durch alle Mitglieder der Hochschule, die ihren Interessen gemäß gleich repräsentiert sind und sich in ihren jeweiligen Gruppen emanzipatorisch zu Eigeninitiativen formieren, also jene von den Studenten geforderte Selbstverwaltung wird vom Gesetzgeber ignoriert; stattdessen entscheidet ein Senat, an dessen Spitze der Hochschulpräsident als "Wissenschaftsmanager" steht. In den wichtigsten Grmien (Senat, Fachbereichsversammlung und -rat) sind die Studenten unterrepräsentiert und können daher ihre Interessen in keiner Weise durchsetzen - außer im Konvent, jenem Gremium, das als verfassungsgebendes Organ (dessen Produkte vom Kultusminister "genehmigt" werden müssen) für die Öffentlichkeit das formaldemokratische Gesicht wahren soll.

III. Studenten; ihre Unterrepräsentierung ist Symptom für die Maßnahmen des Staates, sie zu disziplinieren:
   a) Zwangsexmatrikulation,
   b) Studienzeitbeschränkung auf vier Jahre,
   c) numerus clausus,
   d) genau abgesteckte Studienpläne und begleitende "Studienberatung",
   e) Relegation von "störenden Elementen".

Die Zerschlagung der Studentenschaft bezweckt die Isolierung der Studenten; der einzelne Student kann mit dem staatsbürokratischen Instrumentarium im Sinne derer, die die Hochschulgesetzgebung veranlaßt haben, "geformt" werden zu einem funktionsfähigen Rädchen im Getriebe der von "anonymen" Interessen gesteuerten Gesellschaft.

Z I E H T E U C H N I C H T I N D I E I R R A T I O N A L I T Ä T E I N E S R I L K E S C H E N W E L T I N N E N R A U M S Z U R Ü C K , S O N D E R N E N T D E C K T E N D L I C H E U R E W I R K L I C H E N I N T E R E S S E N , B E F R E I T E U C H V O N D E N F E S S E L N D E R H E R R S C H E N D E N :
O R G A N I S I E R T E U C H S E L B S T !

Es ist interessant, gewisse Gleichzeitigkeiten von Entwicklungen in der BRD zu verfolgen. Im Oktober 1963 wurde im Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft über die "unerträgliche"Länge der Ausbildungszeit wissenschaftlich qualifizierter Fachkräfte diskutiert.1965 erschien von Hans Dichgans,selbst Mitglied in diesem von Großkapital und Staatsbürokratie getragenen Gremium (vgl. auch Streikzeitung 2, S.I),das Buch "Erst mit dreißig im Beruf?Vorschläge zur Bildungsreform",in dem die Ergebnisse dieser Diskussion zusammengetragen sind und in konkreten Forderungen zur Hochschulreform an die Ministerialbürokratien gipfeln. In Bonn und in den Landeshauptstädten kam man dem Druck sehr schnell nach:
a)"Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen"im Mai 1966.
b)"Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970"1967.

c) Dahrendorf-Plan (Baden-Würtenberg)1967.
d) Schelsky-Plan (Nordrhein-Westfalen)1968.
e) Biedenkopf-Plan (Landesrektorenkonferenz von NRW)1968.
Bei Schelsky heißt es dementsprechend:

Die hier vorgelegten ersten Empfehlungen des Hochschulplanungsbeirates sind an dem Ziel orientiert, die Ausbildungskapazität der Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen der wachsenden Nachfrage nach Studienplätzen unter Berücksichtigung des zu erwartenden gesellschaftlichen Bedarfs an Hochschulabsolventen anzupassen.

Wer die Entwicklung der Hochschulgesetzgebung verfolgt, merkt, wer hier was an Bedarf braucht. Warum gerade Wirtschaftskreise die treibenden Kräfte der Hochschulreform waren, zeigt folgendes:
1957 Absatzkrise im Kohlenbergbau, 1959 Aufwertung der DM, 1963 Abflauen der Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes, 1965 Notstandsdebatten, 1966 setzt die Konjunkturflaute voll ein und führt zur Ablösung der Regierung Erhard. Die Große Koalition betreibt wietgehende Wirtschaftsplanungen (mittelfristige Finanzplanung, gezielte Investitionspolitik mit Steuergeldern, Reorganisation des Ruhrgebiets), die die Krisensituation verlängern und somit verflachen sollen. Zur Sicherung der Maßnahmen werden "Disziplinarmaßnahmen" eingeleitet: Notstands- und Hochschulgestze.
Die Ursache der Absatzkrise war die Stagnation der technologischen Entwicklung gegenüber Ländern wie USA, UdSSR und Japan. Dadurch konnten sich vor allen Dingen die USA in bundesrepublikanische Märkte einkaufen, die im Verhältnis zu ihrem eigenen Stand unterentwickelt waren.
Während in der Ära Adenauer/Erhard lediglich die "Vollbeschäftigung" erreicht wurde, versäumte man die in den USA bereits praktizierte Steuerung wirtschaftlicher Abläufe durch den Staat, die allein Stabilität und wirtschaftliches Wachstum ermöglicht, ohne daß unkontrolierbare Krisen die erreichten Positionen zerschlagen.
Nicht nur die Warenproduktion bedarf einer Steuerung durch die Kooperation von Wirtschaft und Staat, sondern auch die Wissenschaftsproduktion. Da die Privatwirtschaft auf Grund der Rentabilität nur bestimmte Wissenschaftszweige finanziell unterstützen konnte - mit Forschungsaufträgen - und deshalb häufig zur Gründung hauseigener Institute neigte, kam die Grundlagenforschung zu kurz, die längerfristig arbeitet. Die Kooperation, die das behabt, bedingt eine Interessenangleichung von Privatwirtschaft und Staatsbürokratie Das Ergebnis: mit Steuergeldern werden wissenschaftliche Erkenntnisse produziert und privatwirtschaftlich verwertet, und zwar hauptsächlich auf dem militärischen, Raumfahrt-, Kernenergie- und Elektroniksektor, die sich gegenseitig ergänzen.
Um diese Tendenzen zu realisieren, müssen Forschung uhd Lehre streng voneinander getrennt werden - wie es das HSchG vorsieht. Auf dem Forschungsektor dürfen keine Störungen eintreten, etwa durch Eigeninitiativen von Studenten. Die Kontrolle der wissenschaftlichen Prozesse und Ergebnisse unterliegen den entsprechenden Planungsstäben. Gleichzeitig muß eine ausreichende Zahl von Spezialisten, die sowohl am Wissenschafts- als auch am Verwertungsprozeß teilhaben, in möglichst kurzer Zeit ausgebildet werden. Ihre funktionale Aufgabe ist: möglichst viel Wissen auf ihrem Gebiet, nur funktional "wertvolle" Fähigkeiten, Relationen zu anderen Gebieten herzustellen, solange sie der Effizienz dienen. Auch dafür bietet das Hochschulgesetz die nötigen Voraussetzungen, so daß der Fachverschulungen nichts mehr im Wege steht.

Mit zunehmender Entwicklung der Welt erhält die Technologie eine immer zentralere Stellung,die vom Grad ihrer Wichtigkeit,d.h. von ihrer Verwertbarkeit bestimmt wird. Für Marx ist die Naturwissenschaft die Produktivkraft schlechthin. Um Inhalt und Folgen dieser Erkenntnis abschätzen zu können,müssen wir kurz die Entwicklung der Produktionsverhältnisse unter folgendem Aspekt betrachten:
Werkzeug - Maschine - Maschinerie
Mit der Entdeckung der Möglichkeit,sich die Arbeit durch den Gebrauch von Werkzeugen zu erleichtern,beginnt bereits ein Prozess,der tendentiell zu unseren Produktionsbedingungen und zu einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung führt.
Solange die Werkzeuge primitiv genug sind,daß sie jeder für sich selbst herstellen kann,stellt er normalerweise auch das Produkt seiner Arbeit für den eigenen Gebrauch her.Also: Das Produkt wird von Anfang bis Ende von einem hergestellt,und zwar von ihm selbst für sich selbst. Die eingebrachte Arbeit kommt nur dem Arbeitenden selbst zugute.Es wird noch keine entfremdete Arbeit geleistet.
Mit Komplizierung der Werkzeuge beginnt bereits eine arbeitsteilige Struktur,die exakt zu der Situation führt,die mit dem Beginn der industriellen Revolution eintritt: die Produktion steigt mit Hilfe der Maschinen sprunghaft,wobei die Bedingung die der arbeitsteiligen Produktionsweisenist.
Der Einzelne verliert die Beziehung zu dem Produkt,das er herstellt, da er es nur noch teilweise bearbeitet und vor allem,weil er es nicht mehr für sich herstellt. Er hat seine Arbeitskraft verkauft und zwar an den,dem die Maschine gehört. Er leistet entfremdete Arbeit. Die Maschine,an deren Herstellung der Arbeiter nicht beteiligt war,tritt ihm feindlich entgegen,er erkennt nicht die in sie eingegangene Arbeit wieder,sie wird zu einer objektiven Kategorie der Macht dessen, der sie besitzt. Aber sie tritt dem Arbeiter auch aus einem zweiten Grunde Feindlich gegenüber, denn sie ist in der Lage, ihn teilweise zu ersetzen.
Genau hier wird die Rolle der Technologie besonders deutlich.
Solange wir es noch mit einfachen Maschinen zu tun hatten,konnte der Arbeiter seine Rolle so definieren,daß die Maschine sein Hilfsmittel bei der Produktion ist,also eine Art größeres Werkzeug,selbst wenn durch die historische Entwicklung inzwischen bereits der Grundwiderspruch der Entfremdung hereingekommen ist.Mit dem durch die Naturwissenschaft gegebenen technischen Fortschritt wird die Maschine zur Maschinerie,zur Summe der sich selbst organisierenden Maschinen. Hier dreht sich für den Arbeiter die Situation um,er wird zum Handlanger der Maschinerie,die ihm Arbeitstempo,Arbeitsrhythmus, usw. bestimmt. Nicht nur daß , er nicht mehr für sich selbst produziert, also seine Arbeitskraft verkauft hat, nicht nur, daß sein Anteil an der Herstellung des Produktes von 100% auf einen immer kleineren Prozentsatz sinkt, er also die Beziehungen zum Produkt völlig verliert, ab jetzt erkennt der Arbeiter zusätzlich noch, daß er eigentlich überflüssig wird. Und den Beweis liefert ihm dann auch die mit Hilfe der Naturwissenschaft fortschreitende Technik: es entsteht die Automatenstraße, die die Rolle des Arbeiters auf ein Minimum beschränkt.
Die Wissenschaft und die Verwertung ihrer Ergebnisse in der Produktion, also die Technologie wird zum entscheidenden Faktor in unserer Gesellschaft, die, wenn sie sich nur an diesem Faktor orientiert, zu einer technokratischen Gesellschaft wird, in der die Entfremdung immer größer wird, in der in diesem Fall aber auch die Rolle der Geisteswissenschaften immer größer wird, da sie sich mit dem be-

schäftigen, das die Entfremdung weiter treibt, indem sie sie.. verschleiert, also mit Kultur. Deswegen werden durch die Hochschulgesetzgebung nicht nur die Naturwissenschaften sondern auch die Geisteswissenschaften in die Verwaltung des Staates genommen.

Mit der industriellen Revolution und dem Beginn kapitalistischer Produktionsweisen gelangen die Kräfte, Fähigkeiten und Mittel des Menschen zur Aneignung der Natur, zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, zur einer ungeheuren Entfesselung. Neue Maschinen und Arbeitstechniken werden erfunden, wissenschaftliche Erkenntnisse technologisch angewandt. Doch die neue Phase gesellschaftlicher Produktion ist widersprüchlich: auf der einen Seite trägt die Produktionsweise gesellschaftlichen Charakter, alle Produzenten sind in einem tendenziell weltweiten Arbeitsteiligen Zusammenhang einbezogen auf der anderen Seite dominiert private Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums.
Dieser Widerspruch findet seine Fortsetzung in der Funktionsunfähigkeit des Marktmodells. Der Markt war gedacht als die Instanz, in der die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse als Nachfrage das Angebot an Waren als gesellschaftliche Produktion bestimmt. Doch die private Aneignung, weitergehend die Herrschaft und Verfügungsgewalt über Produktion, läßt eine Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse nicht zu.
In der Praxis wird dieses Marktmodell dann auch in den für das wirtschaftliche Wachstum wichtigen Produktionszweigen sehr schnell aufgehoben, besonders in der Schwer- und Investitionsgüterindustrie, wo es zu Oligopolbildung kommt. Zudem unterliegt das Wachstum jeder Volkswirtschaft bestimmten Widerständen: die Arbeiter, die produzieren und dafür Löhne ausbezahlt bekommen, treten auch wiederum als Konsumenten auf. Da aber die Löhne Teil der Produktionskosten und damit Profitschmäler sind, andererseits aber wieder zum Kauf von Waren ausgegeben werden und damit die Geschwindigkeit des Wachstums bestimmen, befindet sich die Wirtschaft in einer ständigen Krisensituation. In dem Maße, wie es gelingt, neue Märkte zu erobern, können die Widersprüche noch verschleiert bleiben und eine Weiterentwicklung der Wirtschaft bleibt möglich, was sich sehr genau in der imperialistischen Entwicklung Westeuropas und der USA zeigte. Doch treten gerade durch den Imperialismus alte Schwierigkeiten in neuer Form auf. Kapital steht unter dem ständigen Zwang, sich zu vermehren. Es wird erst dann prfitabel, wenn es wieder investiert werden kann. Doch die Entfaltung er Konsumgüter- und Investitionsgüterindustrie findet dort ihre Schranke, wo die Massenkonsumtion nicht mehr zur Absicherung der Profite ausreicht. Das Kapital wächst viel schneller als die Möglichkeiten seiner Verwertung. Es muß daher nach neuen Betätigungsfeldern suchen, die von der Konsumkraft des Volkes wesentlich unabhängig sind: die Rüstungsindustrie. Damit ist die Erzielung von Gewinnen nicht mehr an die Bedürfnisse der Konsumenten gebunden - Bedürfnissen, die ohnehin schon lange in stärkerem Maße aufgezwungen als befriedigt worden waren - wie das im Marktmodell vorgesehen war. Rüstungsindustrie

wirkt sich weder in unerwünschter Weise auf die Sozialstruktur aus, noch besteht die Gefahr, daß durch öffentliche Aufträge einen bisher der Privatwirtschaft vorbehaltenen Markt Konkurrenz entstehe. Neben der Kapitalverwertung durch Rüstungsindustrie finden sich noch eine Reihe andere Möglichkeiten zur optimalen Verwertung: künstlich geschaffene Bedürfnisse, Export von Kapital, Erschließung neuer Länder, technischer Fortschritt, der wieder sehr entscheidend mit dem Rüstungssektor zusammenhängt. Der permanente Hunger nach Verwertungsmöglichkeiten ist der Motor der kapitalistischen Entwicklung. Insofern die Ausdehung des äußeren Feldes der kapitalistischen Produktion immer schwieriger wird - die Aufteilung der Welt ist zu Ende - wird der technische Fortschritt, das heißt wissenschaftliche Erkenntnis und technologische Anwendung, zum entscheidenden Motor. Aber technischer Fortschritt kapitalistisch verwertet bedeutet, daß die Differenz zwischen der technologisch möglichen Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, der ungeheuren Steigerung der Produktivität der Arbeit und der faktischen Steigerung immer größer wird.
In dieser Entwicklung hat die Wissenschaft eine ungeheuer wichtige Position eingenommen. Die Quelle neuer Profite hat sich immer mehr und mehr auf die Leistungsfähigkeit der technologischen Wissensproduktion verschoben, die die beiden anderen Wachstumsfaktoren Kapital und Arbeit in den Hintergrund drängt. Für die Wissenschaft bedeutet das, daß Wissenschaftler von Anfang an willenlose Werkzeuge sind, da ihre wissenschaftliche Produktion nur unter dem Gesichtspunkt der Umsetzung in technische Entwicklung im Kapitalismus ermöglicht wird, daß Wissenschaft als Produktivkraft ihrer nicht mächtig ist und damit auch nicht ihrer Produktivität und deren Entfaltung. Das wirkt sich dann auch auf die Studenten aus.
"Die Fesselung der Produktivkräfte, in deren Zeichen die Welt, trotz aller Entfesselung der Technik, heute steht, wiederholt sich nochmals in den Subjekten, die gleichsam sich selbst fesseln müssen, und damit ist auch die oft beklagte "Geistesfeindschaft" vieler Studierenden nicht absolut zu nehmen, sondern als Ausdruck einer, sei es auch ihnen selbst unbewußten, Verzweiflung. Wo der Entwiclungsstand der Produktivkräfte ihrer Träger wahrhaft bedarf, steigern sich diese an ihm und der gesellschaftlichen Forderung, sowie umgekehrt diese weitergetrieben wird von der Spontaneität der Subjekte. Daß die Möglichkeit dieser Wechselwirkung heute kaum mehr auch nur ins Blickfeld tritt, bezeugt, wieweit Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte auseinandergetreten sind: die jungen Menschen erfahren sich selbst in fast hoffnungslosem Widerspruch zu den Verhältnissen und glauben, nur dann unterschlupfen zu können, wenn sie sich auf das ihnen Fremde hin selbst zurechtstutzen." (Habermas, in "Jugend in der modernen Gesellschaft" Köln und Berlin, 1966. S.425).

Ist Technologie die Verwendung der Produktivkraft Wissenschaft, so ist Technokratie die Ideologie, die behauptet, die Verwendung von Wissenschaft sei bezugsunabhängig, der wissenschaftlich-technische Fortschritt sei ein gesellschaftsunabhängiger Prozeß, der eine Eigendynamik entfalte, und die Produktion sei auszurichten gemäß dem, was als Bedürfnis dieses wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgegeben wird und nicht gemäß den Bedürfnissen der Menschen. Die kon-

textunabhängige Technologie stellt einen Bereich dar, dessen Rationalisierung außerhalb der gesellschaftlichen Organisation liegt, einen Bereich von Sachgesetzlichkeiten bzw. Sachzwängen, einen Bereich, der bloß noch zu verwalten ist, und zwar gemäß dem Kriterium der maximalen Effizienz. Es werden alle Probleme zu Problemen organisatorischer und technischer Art, die Dimension des politischen Handelns ist auf die Dimension von Verwaltungsakten reduziert, in denen das, was als Sachzwang deklariert wird, verwaltet wird nach Kriterien, die als rational deklariert sind.
Gemeint ist die Rationalität des organisierten Kapitalismus, durch Maximierung von Effizienz die Maximierung der Profite zu garantieren. An dieser Stelle wird die Funktion der Technokratie als Rechtfertigungsideologie bestehender Verhältnisse deutlich. Es wird gesagt, die Verwendung von Wissenschaft sei bezugsunabhängig, um die Verwendung von Wissenschaft im organisierten Plankapitalismus, der als "moderne Industriegesellschaft" hingestellt wird, zu rechtfertigen. Die Technologie im Kapitalismus ist rational im Sinne des Kapitalismus - mit Hilfe der Wissenschaft die Profite zu erhöhen. Das besagt, mit Hilfe wissenschaftlicher Kenntnisse und Methoden, Automotoren zu konstruieren, die nach zwei Jahren kaputtgehen, Neonröhren zu produzieren, die nicht eine Million Stunden, wie es technisch möglich wäre, brennen, sondern nur 3000 Stunden, Forschungsteams mit der Aufgabe zu betrauen, ein Verfahren zu entwikkeln, Luftbläschen in Nylonfäden kommen zu lassen, damit die Nylonstrümpfe schneller reißen, damit wieder neue Strümpfe, Autos, etc. gekauft und bezahlt werden müssen. Eine Technologie, die den repressiven Zwecken des Kapitalismus dient, wird zur Repressionstechnologie. Eine Sozialwissenschaft, die gemäß der kapitalistischen Rationalität die Instrumentarien zur Verwaltung der Potentiale Individuum und Gesellschaft entwickelt, wird zur repressiven Sozialtechnologie. Diese Instrumentarien sind bereits entwickelt: In Form von "social engeneering" und "crisis management" werden sie in den USA praktiziert. Wie eine Krise zu managen ist: In elektronischen Datenverarbeitungsanlagen werden mit Hilfe von Gleichungssystemen ökonomisch-politisch-soziologische Gegenwartsstrukturen simuliert. Zeichnen sich Trends ab, so werden diese extrapoliert. In dieser Zukunftsprojektion tauchen die Widersprüche des Bestehenden auf in Form von Krisen, die interpretiert werden als Störfaktoren, die es zu eliminieren gilt und deren Eliminierung als technisches Problem verbleibt. Es werden nun die Ausgangsgleichungen geändert, die neuen Trends durchgerechnet, neue Eingangswerte eingegeben, etc., bis nach mehreren Rückkopplungsvorgängen der Störfaktor beseitigt ist.
Die Krise ist "gemanagt", in mehrere kontrollierbare Mikrokrisen aufgesplittert; vorausgesetzt, man führt die errechneten strategischen Maßnahmen durch. Man hat die Zukunft als operationales Mittel benutzt, die Gegenwart in der Weise zu ändern, daß die Zukunft die Zukunft des Kapitalismus bleibt. Die Futurologie erweist sich als Manipulationstechnik. Jedoch begnügt sich die technokratische Sozialtechnologie hiermit nicht: Eine kybernetische Gesellschaft, deren Krisen durch geeignete Rückkopplungsmechanismen gewissermaßen "automatisch" beseitigt werden, würde die Manipulations- und Herrschaftszusammenhänge noch undurchschaubarer, noch schwieriger beseitigbar machen. In den USA sind bereits Gruppen von Politkybernetikern mit der Lösung dieses Problems beschäftigt. Ist es nicht eine sonderbare Koinzidenz, daß in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit, als der Übergang zum

organisierten Plankapitalismus erfolgte (1966, 67) und die technokratische Hochschulreform einsetzte, plötzlich zahlreiche kybernetische Publikationen auf den Büchermarkt geworfen wurden. Die Kybernetik als allgemeine Theorie selbstregulierender Systeme wurde um 1950 in den USA entwickelt, zur gleichen Zeit, als dort der Übergang zum Plankapitalismus erfolgte.
Planungs- und Manipulationszentren bestehen in den USA seit Anfang der Fünfziger Jahre (RAND-Corporation, Hudson-Institut). In der Bundesrepublik werden solche Institute zur Zeit in Heidelberg und Hannover aufgebaut. In spätestens drei Jahren werden auch wir mit dem Krisenmanagement zu rechnen haben.

Zu bestimmten Produktionsverhältnissen und zu bestimmten Gesellschaftsformen gehört auch jeweils ein bestimmter Menschentyp.
Ein Menschentyp, der einerseits die Anforderungen, die durch seine Stellung in der Arbeit gegeben sind, erfüllen kann und der andererseits unter diesen Bedingungen in eine bestimmte strukturierte Gesellschaft paßt.
Einerseits:
Hier nimmt die Rolle des handwerklich geschickten Arbeiters immer mehr ab zugunsten eines technisch ausgebildeten Spezialisten. Eines Spezialisten, der nicht mehr wie bisher verstanden werden darf als einer, der bestimmte Arbeitsvorgänge in möglichst kurzer Zeit leistet, sondern als einer der über bestimmte Kenntnisse verfügt, die nicht praktischer, sondern methodischer Art sind. Er muß in der Lage sein, bei schneller technischer Entwicklung immer neue Stellungen im Produktionsprozeß einzunehmen, aber keine Stellungen, die manuelle Fähigkeiten voraussetzen. Er muß über die Produktivkraft Wissenschaft verfügen können. Über Wissenschaft nicht in Form von Ergebnissen, sondern von Methoden. Er muß in der Lage sein, jede ihm in einem bestimmten Bereich gestellte Aufgabe wissenschaftlich zu lösen. Dazu bedarf er für den Bereich, für den er zuständig ist, bestimmter begrenzter Methoden. Er ist aber nicht Spezialist kraft der durch den Stand der Wissenschaft notwendigen Beschränkung auf ein Wissenschaftsgebiet, sondern er erfährt noch eine weitere Einschränkung, die so bestimmt ist, daß er auch auf seinem Gebiet nur einen Ausschnitt beherrscht, nämlich die Methoden, die ihn in die Lage versetzen, die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Da die Aufgaben aber immer komplizierter werden, kann er sie nicht mehr allein lösen, sondern bedarf der Eingliederung in ein Team, in dem Spezialisten verschiedenster Gebiete arbeiten. Er ist also in die gleiche Lage geraten wie der Arbeiter der klassischen industriellen Epoche: Er hat seine Arbeitskraft - seine wissenschaftlichen Fähigkeiten - verkauft und er hat nur noch einen begrenzten Anteil am Produkt. Auch der Wissenschaftler leistet nun entfremdete Arbeit. Dies gilt natürlich nicht nur für den Naturwissenschaftler, sondern auch für den Geisteswissenschaftler.
Andererseits:
Wir müssen davon ausgehen, daß wir in einer Gesellschaft leben, die vom Wirtschaftsprinzip des Kapitalismus her organisiert ist, und zwar am Prinzip des Besitzes von Produktionsmitteln, der der Herrschaft über Produktion und Produkt entspricht und gleichzeitig sein Interesse auf die Aufrechterhaltung dieser Herrschaft richtet.
Entfremdete Arbeit jedoch führt zur Frustration und diese zur Ag-

gression gegen die Herrschenden. Aggression wiederum bedeutet Bedrohung der Herrschaft, besonders dann, wenn sie gekoppelt ist mit der Einsicht, daß gerade die Organisation der Gesellschaft die Frustration und damit auch die Aggression bedingt. Deswegen, und hier kommt die wissenschaftliche Entwicklung des Kapitalismus entgegen, muß Wissen, das die Einsicht in die Gesamtorganisation der Gesellschaft ermöglicht, ausgeschaltet werden durch dessen Partikularisierung. Dies gilt nicht nur für die Naturwissenschaften sondern auch für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Denn die Einsicht etwa in die gesellschaftliche Funktion der Kunst setzt die Einsicht in die Organisation der Gesellschaft voraus. Wenn die Germanistik werkimmanente Interpretation von Kunstwerken liefert und somit deren gesellschaftliche Funktion aus ihrer Betrachtung herausläßt, so folgt sie genau diesem Trend.
Wenn aber durch die Partikularisierung des Wissens vermieden wird, daß sich die Aggressionen gegen den wirklichen Gegner richten, so sind damit die Aggressionen selbst noch immer vorhanden. Sie bedürfen aber eines Zieles. Sie werden entweder gegen den Mitmenschen gerichtet oder richten sich gegen den, der sie selbst entwickelt.

Im einen Fall findet eine Identifikation mit dem Angreifer statt; damit wird der Angegriffene selbst zum Angreifer - auf diesem Vorgang beruht das Prinzip der Konkurrenz innerhalb der Gesellschaft, Konkurrenz zwischen Einzelnen und zwischen Gruppen.
Im anderen Fall erfolgt eine Verinnerlichung der Aggressionen; der einzelne wendet sie auf sich selbst zurück - auf diesem Vorgang beruht das Prinzip der freiwilligen Unterwerfung unter den von aussen herangetretenen Leistungsdruck.
Diese beiden Prinzipien bedingen sich gegenseitig. Sie sind auch dafür verantwortlich, daß in einem Team von Spezialisten der einzelnen Wissensgebiete keine gesamtgesellschaftliche Analyse geleistet werden kann, da jeder einzelne den anderen als Konkurrenten und damit als Gegner betrachtet und sich außerdem nur nach dem orientiert, was von ihm verlangt wird.
Um aber einen Spezialisten zu kreieren, der nach den oben ausgeführten Prinzipien 'funktioniert', bedarf es einer bestimmten Erziehung. Diese fängt im Elternhaus an, wo das Kind gezwungen wird, sich an dem ihm vorgeschriebenen Normen zu orientieren, die es nicht versteht und als seinen Bedürfnissen feindlich betrachtet - deshalb die vielen Regelverstöße der Kinder. Dann folgt die Schule, in der das Kind das lernen muß, was ihm vorgeschrieben ist und trachten muß, eine gute Note zu bekommen, damit es das Klassenziel erreicht. Eine gute Note bekommt es aber nur, wenn es in der Lage ist, das zu wiederholen, was der Lehrer gesagt hat. Es wird also frühzeitig an Leistungsdruck und Anpassung gewöhnt.
Nur wer diesen Mechanismus durchlaufen hat kommt auf die Universität. Hier nun besteht die Möglichkeit der Überwindung von Leistungs- und Anpassungsdruck durch wissenschaftliche und freie Forschung, die die Einsicht in die Bedingungen der Persönlichkeitsstruktur als Folge der Gesellschaftsstruktur ermöglicht. Diese Einsicht jedoch würde das 'Funktionieren' des Individuums nach seiner Entlassung aus der Universität verhindern.
Deswegen muß die Universität im Interesse der Herrschenden zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft so organisiert werden, daß diese Einsicht nicht mehr möglich ist, damit sich die Aggressionen nicht gegen den tatsächlichen Angreifer richten.
Dazu dient die technokratische Hochschulreform, die auf uns zukommt. Sie orientiert die Universität nur an der Zahl und der Funktionsfähigkeit derer, die sie verlassen.

Konstanz: technokratische Reformhochschule

1) Einleitung:

Die politischen Aktionen an der Universität Konstanz (z.B. Go-ins bei Dahrendorf, Besson, Besetzung des Fachbereichs Psychologie) entzündeten sich vorwiegend an Erscheinungen der traditionellen Universität wie Autoritätskonflikte, rigide Ordinarienhaltung bei Prüfungen und in Gremien, autoritäre Monopolisierung von Meinungen etc., und konnten dann von der neuen technokratischen Herrschaftsstruktur absorbiert werden: z.B. entstanden Scheinsolidarisierungen zwischen "fortschrittlichen" Professoren und Studenten, die zur Folge hatten, daß auf der Basis eines solchen "Konsensus zwischen Lehrenden und Lernenden" um so besser technologische Strukturen durchgesetzt werden konnten.

Dieses Verkennen der objektiven Entwicklung an der Univ. Konstanz ließ uns tendenziell sogar zu Handlangern der technokratischen Hochschulreform werden, deshalb muß die theoretische und praktische Entlarvung dieser spezifischen Reform in den Mittelpunkt unserer politischen Handlungen an der Universität gestellt werden.

Der technologische Nutzen der Produktivkraft Wissenschaft bemißt sich nach dem Verhältnis zwischen gewünschtem out-put an kapitalistisch verwertbaren Ergebnissen und den Kosten, die dafür aufgewendet werden müssen. Waldemar Besson, Politologe, formuliert diesen Sachverhalt etwas grobschlächtiger: "Die Gründung der Universität Konstanz ist ein Beitrag des Landes Baden-Württemberg dazu, daß sich Deutschland im internationalen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wettbewerb behaupten kann. (....) Aufwand und Ertrag (....) sollen hier in ein besseres Verhältnis gebracht werden als an anderen Universitäten." (Rede vor dem Konstanzer Kreistag, März 67)

Die technokratische Hochschlreform in Konstanz, obwohl erst im Ansatz realisiert, läßt sich bereits durch verschiedene strukturelle sowie inhaltliche Merkmale im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Funktionalisierung charakterisieren: dabei geht es an dieser Universität bislang nicht darum, einen relevanten out-put an qualifizierten Arbeitskräften für den neokapitalistischen Bedarf, sondern vielmehr <u>einen relevanten out-put an Experimentiererfahrung für die zukünftigen technokratischen Massenuniversitäten</u> zu schaffen.

2) Die Struktur der Universität Konstanz

Die Trennung von Verwaltung und Wissenschaft - im Jargon: "funktionelle Entlastung der Forschungsproduktion von der Verwaltung" - und die gleichzeitige Zentralisierung des Führungsstabs der Universität durch permanenten Rektor (gemäß der Präsidialverfassung), leitenden Verwaltungsbeamten, technischen Direktor und leitenden Verwaltungsbeamten garantieren, daß die Rentabilitätsrechnung im Sinne der gewünschten Kostenminimierung anonym und zweckrational nach dem Muster eines produktiven Großbetriebs gehandhabt werden kann:
Der auf Dauer gewählte Rektor* (der keinen Lehrtätigkeiten nachgehen muß) gewährleistet in Zusammenarbeit mit dem übrigen

*z.Zt. G.Hess, ehem. Vorsitzender der DFG, ehem. Mitglied des Wissenschaftsrates, ehem. Vorsitzender der WRK

Führungsstab die kontinuierliche Kommunikation und Vermittlung zwischen der staatl. Ministerialbürokratie (Kultusministerium), der Wirtschaft* und den Gremien der Universität (Kleiner Senat, Großer Senat, Ausschüsse, Fakultäten, Fachbereiche).
Der technische Direktor prüft und koordiniert sämtliche Anschaffungen. Die Bibliothek ist zentral organisiert und verwaltet, um erhöhte Kosten beispielsweise durch Doppelbestellungen zu vermeiden.
Die manifeste Unterdrückung politischer Artikulation geht nicht mehr über den erhobenen Zeigefinger des feudalistisch waltenden Ordinarius, sondern über den Verwaltungsakt der Bürokratie, die anonym, nicht-emotional und undurchsichtig die notwendigen Produktionsmittel (Räume, Maschinen, Papier etc.) zuteilt oder entzieht. Gegen einen Genossen beispielsweise, der sein Zimmer an der Universität für Basisarbeit des SDS zur Verfügung gestellt hatte, ging diese Bürokratie folgendermaßen vor: die Repressalien begannen mit Klingelabstellen und Abschließen der Flure und Räume. Nach einigen Wochen kam es dann zur Endgültigen Räumung des Zimmers. Alle offensichtlichen Repressalien wurden mit "funktionalen" Argumenten durch subalterne Verwaltungsbeamte begründet, die man für diese Anweisungen nicht verantwortlich machen konnte. Vom Technischen Direktor wurden Raumbesetzungspläne vorgelegt, an denen nicht zu rütteln war. (Das Zimmer stand Monale später noch leer). Der eigentliche Auftraggeber war im "zweckrationalen" Apparat nicht dingfest zu machen, der Konflikt konnte "sachgerecht" über zwischengeschaltete Funktionsträger abgefangen werden.

Die einzelnen Produktionsstätten (Fachbereiche), deren Aufgabe die Produktion von Wissenschaft generell und insbesondere das Erarbeiten von Experimentiererfahrungen mit technologischen Modellen ist, sind funktional organisiert: sie fassen jeweils eine größere Anzahl Lehrstühle verwandter Fächer zusammen und werden - zumindest formal - von einem Fachbereichssprecher und einem geschäftsführenden Ausschuß geleitet. Diese werden von der Fachbereichsversammlung gewählt, der aus dem betreffenden Fachbereich alle Mitglieder des Lehrkörpers (einschl. Assistenten etc.) und eine bis zu drittelparitätische Anzahl von Studenten angehören. Eine besondere Stellung nimmt der Fachbereichssekretär ein: obwohl fachwissenschaftlich ausgebildet, hat er ausschließlich die Aufgabe, die fachbereichsspezifische Verwaltungsarbeit zu leisten. Hier wird also im dezentralisierten Bereich der verschiedenen Produktionsstätten noch einmal eine Trennung von Verwaltung und Wissenschaft vollzogen. Diese Trennung garantiert wiederum eine kontinuierliche Übersicht über den Ablauf der "Produktion" und gleichzeitig einen permanenten und verbindlichen Kontakt zum Führungsstab. Regelmäßige "Aussprachen" zwischen Fachbereichssekretären, Rektor und leitendem Verwaltungsbeamten sichern den Kontrollmechanismus zwischen Bürokratie und "Produktion".

* der Förderverein der Univ. Konstanz wird u.a. finanziert vom Großverleger Burda, Präsident ist C. Paulssen, ehem. Vorsitzende des BDA, ehem. Wehwirtschaftsführer, ehem. Freicorpsmitglied, z.Zt. Präsident der Industrie- und Handelskammer Konstanz

Die unproduktive vertikale Herrschaft von Institutsdirektoren wird also abgelöst durch die effizientere horizontale Herrschaft der kooperierenden Professoren und ihrem Personal im Fachbereich. Rektor G.Hess ist sich - allerdings - "einer zentralen Schwierigkeit jeder möglichen Universitätsstruktur" bewußt: der "Schwierigkeit nämlich, die Universität ähnlich einem Betrieb zur Spitze hinauf so zu konstruieren, daß sie gut funktioniert - und zugleich als Korporation so zu organisieren, daß sich jedes Mitglied Gehör verschaffen kann, seine Meinung zur Geltung bringen kann." Hier ist seiner Auffassung nach "das Hauptproblem, wie sich partikuläre und allgemeine Interessen definieren lassen und wie sie manifest werden können." (Bericht des Rektors vor dem Großen Senat der UK vom 27.11.68 - Unterstreichungen von den Genossen).

Ein entscheidender Hebel für die Funktionalisierung des Betriebs Universität ist der Ausschuß für Forschungsfragen, der eine erhöhte Effi zienz der Anwendung der Forschungsmittel gantieren soll (Mitglieder:Rektor, Prorektor, 5 weitere Mitglieder, darunter je ein Vertreter des akademischen Mittelbaus und der Studentenschaft). Sämtliche Forschungsvorhaben werden von einem zentralen Ausschuß kontrolliert, bewilligt, abgelehnt oder abgeändert und die entsprechenden Mittel zugeteilt. Lediglich der Kleine Senat (in dem wiederum der Führungsstab vorrangig vertreten ist) hat ein Kontrollrecht. Studenten sind von der Antragsstellung für Forschungsvorhaben ausgeschlossen. Der Ausspruch des Rektors vor der 18. VDS-MV 1966 in Heidelberg "Forschung solle von oben in die Lehre hineinwirken" bekommt in diesem Zusammenhang seinen konkreten Gehalt.

3) Die Ideologie der Autonomie an der technokratischen Reformhochschule

Das wachsende Bedürfnis der herrschenden Klasse nach Einflußnahme auf den Wissenschaftsbetrieb an den Hochschulen verlangt - da einerseits direktes Hineinregieren an die Universität die Effi zienz der wissenschaftlichen Intelligenz mindern würde, ihr also nicht zugemutet wird, andererseits wirklich autonom arbeitende Wissenschaftler ihre eigenen, also nicht unbedingt die Interessen der herrschenden Klasse verfolgen würden - eine Art der Herrschaftsvermittlung, die für die Beherrschten die Illusion der Autonomie aufrechtzuerhalten oder gar zu verstärken ermöglicht, für die Herrschenden gleichzeitig die Durchsetzung ihrer Interessen zuverlässig gewährleistet. Dies wird erreicht durch die Institutionalisierung manipulierbarer Kompromisse in Form von Gremien, deren Zusammensetzung und formale Kompetenzen die Betroffenen befriedigen, deren Arbeitsweise aber ihre reale Einflußnahme verhindert. An der Universität Konstanz bildet der Kleine Senat den Transmissionsriemen zwischen den Wünschen von Wirtschaft und Staatsbürokratie und den "Interessen der autonomen Hochschule". Seinem Selbstverständnis nach ist der Kleine Senat das Gremium, in dem die für die Universität wichtigsten Entscheidungen getroffen oder zur Behandlung an anderen Gremien vorberaten werden. Objektiv besorgen die Beschlüsse des KS die Legalisierung von Entscheidungen, die außerhalb der Universität (Wirtschaft, Staatsbürokratie) gefallen sind (Erlaß-Funktion); darüberhinaus ermöglicht die Arbeit des KS die Korrektur solcher Entscheidungen, bei denen Interessengleichheit von Ordinarien und Staatsbürokratie latent vorhanden war (control-feed-back-Funktion) und die Aufrechterhaltung der Illusion von der Autonomie der Hochschule (ideologische Funktion).

Die Studenten (und Assistenten) sind im KS unterrepräsentiert.* Dies dürfte seinen Grund weniger darin haben, daß man seitens der Bürokratie reale Möglichkeiten studentischer Einflußnahme auf die politik der Hochschule befürchtet (diese Art der Ausschaltung von "Interessengruppen" ist für die technologische Herrschaftsvermittlung eher atypisch), als darin, daß eine etwa drittelparitätische Besetzung des KS seine Ideologiefunktion empfindlich stören könnte (aus dem gleichen Grund dürfte die Forderung nach Öffentlichkeit solange nicht erfüllt werden, wie der KS seine jetzigen Funktionen beibehält). Die Ordinarien im KS sind (mit derzeit 2/3 der Stimmen) die bei weitem größte Gruppe. Es ist bezeichnend für die technologische Herrschaftsvermittlung, daß auch sie "im Ernstfall" nahezu einflußlos sind: die Universitätsverwaltung (Rektor) stellt die Tagesordnung auf, liefert die Informationen, schiebt gegebenenfalls in der Diskussion Argumente nach, deren Relevanz und Stichhaltigkeit kaum zu beurteilen sind und die im Konfliktfall Universität versus Staatsbürokratie erzielten Kompromisse spiegeln exakt die Interessenlage der Universitätsverwaltung wieder: nach der Seite der Ordinarien hin Gemeinsamkeitsideologie, atmosphärischer Konsens (was können wir an der Universität gegen den bevorstehenden Erlaß des Kultusministeriums tun?), nach der Seite der Staatsbürokratie hin Erfüllungshilfe (eigentlich können wir den Erlaß nur umgehen, indem wir ihn abgeschwächt vorwegnehmen).

Die Einrichtung "Kleiner Senat" ist funktional verzahnt mit der Einrichtung des auf Dauer gewählten Rektors als "neutrale Instanz", der zentralen Verwaltung und der Möglichkeit, im Bedarfsfall ad-hoc-Ausschüsse, die sogenannten "Beratergruppen des Rektors", einzuberufen. Die Beratergruppen haben keinerlei Kompetenzen; die von ihnen erarbeiteten Protokolle erhalten nur dann Gewicht, wenn sie (über den Rektor) auf die Tagesordnung beschußfassender Gremien, also etwa des Kleinen Senates, gelangen. So bieten die Beratergruppen eine ideale Möglichkeit, studentische Aktivitäten zu kanalisieren, leerlaufen zu lassen oder gegebenenfalls auszunützen für konstruktive Detailarbeit.

4) Integration der Studenten

"Daß Assistenten und Studenten in allen Gremien sitzen, war Gewähr dafür, daß sich Aktivitäten ihrer Kreise unmittelbar in den Gremien auswirken konnten." (Bericht des Rektors vor dem Großen Senat am 27.11.68

Wichtig für die Funktionalisierung der Universität nach Maßstäben technologischer Rationalität ist - auch angesichts einer wachsenden antiautoritären und in Ansätzen sozialistischen Studentenbewegung - die Kanalisierung und Nutzbarmachung studentischer Aktivitäten. Die Integrationsstategie des Konstanzer Reformmodells ist unter anderem darauf gerichtet, die Verbreiterung der studentischen Protest- und Widerstandsbewegung zu verhindern. Auf dieser Ebene bedient sich die technokratische Integrationsstrategie der Mitbestimmungs- und Studienplanforderung einer früheren Phase der studentischen Bewegung, woraus sie als Nebeneffekt das befriedende Alibi des scheinbaren Eingehens auf studentische Forderungen gewinnt. Rektor Hess: Im ersten (Abschnitt der Studienzeit) "werden die Studenten (u.a. durch intensive Studienberatung) in die Methoden und Mittel wissenschaftlichen Arbeitens eingeführt." Ziel ist die reibungslose Integration der Studienanfänger in die zum Teil schon vorgeschriebenen Studiengänge und die Nutzbarmachung ihrer Kritik als Konfroll-feed-back für die Ausschaltung von Störungen, die aus der Diskrepanz zwischen Studiengängen und Erwartungen der Studienanfänger entstehen.

* Der KS setzt sich zusammen aus: Rektor(Vorsitz), Prorektor, den drei Dekanen, zwei Wahlsenatoren (derzeit Ordinarien), ein Assistent, ein Student. Der leitende Verwaltungsbeamte nimmt mit beratender Stimme teil.

52 Die Schwierigkeit, bei den Studenten ein subjektives Bewußtsein tatsächlicher Veränderungsmöglichkeiten ständig aufrechterhalten zu müssen, gleichzeitig aber von vorgegebenen inhaltlichen Bestimmungen universitärer Aufgaben nicht abgehen zu können (Deckung des Bedarfs an wissenschaftlichen Halbfabrikaten etc.), wird vorwiegend durch die Verlagerung inhaltlicher Entscheidungen in Gremien, in denen keine oder kaum Studenten vertreten sind (s.o.) aufzuheben versucht. (Hieraus wird der Reformismus von Fachschaftsvertretungen in den kaum noch entscheidungsbefugten Fachbereichen einsichtig). Spezifisch technologisch ist daran die Nutzbarmachung studentischer Aktivitäten für vorgegebene, in den Gremien selbst nicht beeinflußbare Ziele.
Die den Studenten in solchen Gremien zugewiesenen Funktionen zielen auf die Entlastung der Verwaltung von Aufgaben, die von Studenten effektiver (auch im Sinne der Konfliktvermeidung) erfüllt werden können: also etwa die Aufteilung von Lehrstoff auf die vorgegebene begrenzte Studienzeit (8 sem.), Entwicklung effektiverer Formen der Lehre (seminarähnliche Vorlesungskollegs statt Vorlesungen, studentische Arbeitsgruppen, Tutorien usw.), Stundenplangestaltung und anderes mehr. Festgelegt sind in allen Fällen die Lehrinhalte und Lehrziele. Versuche, qua Beschluß, Änderungen der Lehrinhalte zu erreichen, bleiben entweder folgenlos oder werden zu Vorschlägen effizienterer Lehrgestaltung uminterpretiert. So wurde z.B. der Versuch eines inhaltlichen Angriffs auf die angebliche Wertfreiheit der Soziologie zur Bildung eines Modells für Lehrveranstaltungen benutzt, in denen die Reflexion soziologischer Theorie auf die Praxis der Soziologen institutionalisiert werden sollte. Dieses Modell wurde mit Mehrheit akzeptiert aber in der Durchführung der Veranstaltungen wiederum als Verbesserung der Lehrformen umfunktioniert: der Praxisbegriff wurde dabei affirmativ gleichgesetzt mit dem Praxisbegriff der kapitalistischen Gesellschaft; der studentische Vorschlag ermöglichte also die Reduktion der Theorie/Praxis-Problematik auf die Ausbildung/Beruf-Problematik dieser Gesellschaft und damit die offene Anpassung an die Vorstellungen des HGP und der Wirtschaft.

Im Rahmen der Konfliktbeseitigungsstrategie spielen Aufspaltung der Studentenschaft und Formalisierung der Entscheidungsfindung eine wesentliche Rolle. Die Parallele zur Organisation moderner Großbetriebe wird hier evident. Zur Aufspaltung der Studentenschaft dient vornehmlich die Trennung in "normale" und Aufbaustudenten, ferner die bei einer Studentenschaft von z.Zt. 500 sich stark auswirkende Vergabe von Hilfskraftstellen. Beide Maßnahmen tragen zur Verschleierung der prinzipiellen Interessenidentität der Studenten zugunsten pluralistischer Interessenverschiedenheit bei. Am letztgenannten Beispiel läßt sich ein weiterer Mechanismus der Konfliktbeseitigkung studieren: die Verlagerung der Entscheidung über Vergabe und Beendigung von Hilfskraftanstellungen von den Ordinarien in die Verwaltung und die grundsätzliche Befristung dieser Stellen (d.h. die scheinbar gleichmäßigere Subventionierung der Studenten durch Hilfskraftgehälter) vermindert das Konfliktpotential, bewahrt aber die alten, jetzt schwerer nachzuweisenden, da anonymen Repressionsmöglichkeiten : politische Relegation ist weiterhin möglich, wird aber durch den Verweis auf die Befristung dieser Stellen getarnt.

Auf die Ausschaltung eines weiteren Konfliktmoments, desjenigen der Kollision von durch die "Privat"-Interessen der Ordinarien anarchisch aufgezwungenen Wissenschaftsinhalte und Methoden einerseits und den Potentiell konträren Interessen der Studenten andererseits weist die Entwicklung genau definierter Spezialstudiengänge (Verwaltungsstudium ab Herbst 69, geplantes Sozialarbeiter-Studium , integriertes sozialwissenschaftliches Grundstudium, Studium des Literaturlehrers usw.). Ziel ist die Zentralisierung festgelegter Ausbildungsgänge an jeweils anderen Studienorten, sodaß etwa die Wahl zwischen Verwaltungsstudium und Sozialarbeiterstudium eine Ortswahl (etwa Konstanz und Freiburg) beinhaltet. Dazu Rektor Hess: Die Universität sollte schon nach dem Gründungsbericht "der unvermeidlichen Entwicklung Rechnung tragen, die sich jetzt in der Einrichtung von Sonderforschungsbe-

reichen und der Tendenz zu einem Verbundsystem unter den Universitäten kundtut. So arbeiten theoretisch und praktisch die Universitäten Konstanz und Ulm als komplementäre Systeme." (Vorlesungsverzeichnis 69/70). Neben der im Sinne der Aufwand-Ertrags-Relation sich ergebenden Vorteile für die Maximierung des Out-puts entsteht hier für die betroffenen Studenten eine Entscheidungssituation, die, technokratisch verkürzt, für den Freiheitsspielraum technokratischer Hochschulen grundlegend scheint: Einige "Vertreter der Studentenschaft" dürfen irgendwann einmal mitratifizieren, was alle Studenten studieren müssen.

5) Einige Schlußfolgerungen

Die dargestellten Merkmale dieser spezifischen Reformuniversität erlauben - im Hinblick auf deren Funktion im Spätkapitalismus - folgende Thesen:

I. Es ist kein Zufall, daß die Konzipierung der technokratischen Reformhochschule Konstanz mit dem Beginn der Rezession zusammenfällt. Innerhalb der Verteilung der Bildungsinvestitionen im Spätkapitalismus nimmt die Reformhochschule Konstanz eine strategische Stellung ein: sie schafft tendenziell erst die Grundlage der technokratischen Hochschulreform durch ihren out-put an Experimentiererfahrungen.

II. Die direkte Indienstnahme der zukünftigen technokratischen Hochschulen, die in Konstanz vorbereitet wird (s.These I), verlangt eine wertfreie Wissenschaft, die von der Ministerialbürokratie durchgesetzt wird (Hochschulgesetz, Staatsvertrag). Erst die "Ideologieunabhängigkeit" und die "intersubjektive Verbindlichkeit" der Wissenschaftsproduktion sichern die Verwertbarkeit der Ergebnisse für "Jeden" (d.h. für die Herrschenden), außerdem die notwendige Berechenbarkeit der Effizienz. (s. Papers zur Literatur- und Erziehungswissenschaft, Problem der "Realwissenschaften") Dementsprechend wird die Organisation einer solchen Wissenschaft als technisches Problem verstanden, das im Sinne "funktioneller Entlastung der Forschungsproduktion von der Verwaltung" technologisch gelöst wird und damit der Bestimmung durch Ministerialbürokratie und Wirtschaft überlassen bleibt.

III. Zur Verschleierung dieser unmittelbaren Funktionalisierung für den spätkapitalistischen Bedarf dient ein formal-demokratischer Apparat, der - indem er lediglich auf Ausführung vorgegebener (von Kultusministerium und Kleinem Senat getroffener) Grundsatzentscheidungen Einfluß nehmen kann -, diese implizit legalisiert.

Dieser Apparat erfüllt zweitens die Funktion, den eventuell systemsprengenden Charakter oppositioneller Forderungen aufzufangen, indem diese in Gremien und Ausschüsse gelenkt und damit beherrscht werden können (Konfliktvermeidungsstrategie).
Die dritte Funktion dieses Apparats ist, verwertbare Initiativen von Seiten der Studenten positiv heranzuziehen, um damit Ideen und Erfahrungen der Studenten für die Effektivitätssteigerung und Organisationsverbesserung auszunutzen.

IV. Der Abbau dysfunktionaler Herrschaftsstrukturen steigert den out-put an verwertbaren Wissensergebnissen, indem er eine wirksame Kontrolle und eine bessere Integration der Wissenschaftsproduzenten (und damit rentables Arbeiten) ermöglicht. Kontrolle und Integration werden vollzogen, indem eine zweckrationale Kette von Funktionsträgern den eigentlichen Herrschaftsprozeß anonymisieren (unmittelbare Autoritätskonflikte lassen sich an diesen auswechselbaren Funktionsträgern nicht mehr aktualisieren).

Projektgruppe "technokratische Hochschulreform" des SDS Konstanz

aus: "Konstanzer Technologie-Paper - Projekt-Paper 1"
2. erweiterte Fassung, Juli 69

zu beziehen - per Nachnahme - über: Christa Galdas, 775 Konstanz
DM 1.-- (50 Seiten) St.Johann-Gasse 5

54

BERLIN: ROTE ZELLE DYNAMO PH BERLIN

ORGANISIERT DIE PHs
BEREITET DEN SOZIALISTISCHEN SCHUL-
KAMPF VOR!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

1. Voraussetzungen des politischen Kampfes an den Pädagogischen Hochschulen

1.1. Struktur und Inhalte der PH-Ausbildung

Obwohl es in den letzten Monaten gelungen ist, auch im Bereich der Pädagogischen Hochschulen und Abteilungen für Erziehung erste Ansätze hochschulpolitischer Aktivität zu entfalten (Seminarkritik, go-ins, Streiks gegen das Ordnungsrecht, Prüfungsboykotts, usf.), hat es eine nennenswerte Studentenrevolte als Protest gegen Struktur und Inhalte der PH-Ausbildung, gegen die unwissenschaftliche Abrichtung auf den späteren Lehrerberuf und gegen die politische Disziplinierung an den Pädagogischen Hochschulen noch nicht gegeben.
Dies ist umso erstaunlicher, als die Widersprüche im gesamten Ausbildungssektor sich im Bereich der PHs nicht weniger zeigen als in den Universitäten. Der Bildungsnotstand, d.h. die Investitionsfehler des spätkapitalistischen Systems der BRD das über Jahre meinte, Bildungsinvestitionen vernachlässigen zu können, wirkt sich dergestalt aus, daß Ausstattung und Personal der PHs den Anforderungen, eine selbst für die kapitalistische Schule ausreichende Zahl qualifizierter Lehrer zu produzieren, keineswegs genügen. Überfüllung, völlig unzureichende Sachmittel und ein enormer Mangel an wissenschaftlich qualifizierten Dozenten bewirken, daß die Studenten, was die große Zahl betrifft, durch Massenseminare und von Prüfung zu Prüfung durch ein reglementiertes Kurzstudium geschleust werden, sodaß sie kaum zum selbständigen wissenschaftlichen kritischen Arbeiten kommen.

Bei nicht seltener pädagogisch motivierter Scheinliberalität der Dozenten, rigidem Prüfungssystem (das den Studenten weniger wahnsinnig viel abfordert, als daß es sie in ein Beschäftigungstrauma und einen Leistungswahn stürzt) und bei hierarchischen Entscheidungsstrukturen in der Verwaltung der Hochschule (die zumeist selbst den letzten Rest universitärer Autonomie nicht besitzen) ist der Zwang zur Anpassung offenbar so stark, daß für die meisten PH-Studenten der Gedanke an die Revolte gegen die mißliche Situation sich gar nicht erst einstellt.
Eine Vielzahl obligatorischer Fächer (Musik, Sport, Werken usf.), eine nur oberflächliche Einführung in die pädagogischen Grundwissenschaften (Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Philosophie) und schließlich ein didaktisches Training, das kaum befähigt, die zu vermittelnden Inhalte kritische zu befragen und zu problematisieren, stellen von vorneherein eine heute unterm Zwang technologischen Fortschritts geforderte Verwissenschaftlichung der PH-Ausbildung in Frage. Spekulative bürgerliche Erziehungsmetaphysik im Verein mit einer didaktischen Pragmatik, bei völlig unzureichender fachwissenschaftlicher Ausbildung, produzieren die Lehrer, die als unkritische Agenten im Sozialisationsprozeß das System nicht gefährden können: fachliche und politisch borniertе, unkritische Unterrichtstechniker, die ihre eigene Inkompetenz mit pädagogischen Wunschfantasien oder mit offenem Autoritarismus zu kompensieren neigen.

Indessen beginnen inzwischen selbst die Schulbürokratien zu begreifen, daß sie auf lange Sicht mit einer solchen Lehrerausbildung keinen (kapitalistischen) Staat machen können. Die auf Kleinstädte verstreuten pädagogischen Anstalten werden administrativ effektiver zusammengefaßt. Die Neigung wächst, die Pädagogischen Hochschulen als Erziehungswissenschaftliche Hochschulen (EWH) in den Gesamthochschulbereich einzugliedern. Diese Strukturreformen folgen jedoch vor allem den Gesichtspunkten rationalisierter Verwaltung und kostensparender Verfahren zur Produktion von Funktionären der mittleren Ebene. Eine Demokratisierung, d.h. die Abschaffung eines klassenspezifischen Bildungssystems und die Veränderung der Schule zu einer Emanzipation anstatt Anpassung fördernden Instanz haben diese technokratischen Reformen nicht im Sinn.
Wissenschaftliche Selbsttätigkeit, Kritikfähigkeit und politisches Bewußtsein, d.h. theoretische und praktische Vernunft, werden sich (wie heute in den Pädagogischen Hochschulen) auch in der künftigen stromlinienförmig an die technokratische Universität angepaßten Erziehungswissenschaftlichen Hochschule gleichfalls nicht ausbilden können. Einstweilen bedeutet das Studium an den PHs nichts anderes als die Vermittlung einer weitgehend unkritischen und nicht selten autoritären Unterrichtspragmatik und die Institutionalisierung einer pädagogisch verbrämten Halbbildung.

1.2. Soziale Herkunft und politisches Bewußtsein der PH-Studenten

Trotz alledem: die überwiegende Masse der PH-Studentenschaft lebt mit ihrer PH mehr oder weniger in Frieden. Das Studium ist für den einzelnen Studenten eine Anzahl von unbefragten Forderungen, die ihm gestellt sind, eine Anzahl von unsicheren Chancen, die ihm bei Wohlverhalten gewährt werden.
Die PH-friedlichen Studenten bejahen die PH so wie sie ist. Es erscheint ihnen völlig undenkbar, daß die PH und die sie umgebende Gesellschaft irgendwie anders sein könnten, als sie sind. Sie lehnen vielleicht diesen oder jenen Dozenten ab, finden dieses oder jenes Seminar langweilig oder blöde; sie mögen sich sogar hin und wieder unglücklich und unbefriedigt fühlen - die Hochschule als solche ist ihnen jedoch kein Objekt des Nachdenkens sondern selbstverständlich wie Sonne, Mond und Sterne. Die Hochschule ist mit ihrer Gestalt und mit ihren Anforderungen ein Teil ihrer Ich-Struktur geworden.
Diese Studenten verhalten sich so, wie es das bürgerliche Erziehungsprogramm fordert, dem sie als Kind und Jugendlicher selbst unterworfen waren und auf das sie nun als zukünftiger Lehrer verpflichtet werden. Sie wissen, daß derjenige soziale Anerkennung erfährt, der innerlich alles respektiert und fürchtet, was zu respektieren und zu fürchten verlangt wird.
Diese Studenten werden von den psychischen Strebungen beherrscht, die auch den ängstlichen Kleinbürger prägen: eifrige Aufmerksamkeit für Anordnungen von oben, Identifikation mit dem was ist; das Ich fügt sich den Normen und Wertungen, die von außen an das Ich herangetragen werden, damit es überhaupt sein kann.

Diese psychischen Dispositionen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozialen Herkunft der PH-Studenten.
Häufig aus kleinbürgerlichem Elternhaus, sind die Studenten als erste Abiturientengeneration der Familie nicht selten wegen

des kurzen Studiums, mangels konkreter Studien- und Berufspläne mit einem geringen intellektuellen Anspruchsniveau und negativer Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, häufig auch mit Frustrationen aufgrund eines abgebrochenen Universitätsstudiums an die PHs gekommen. Kritische pädagogische und politische Interessen spielen als Motivation fürs Studium kaum eine Rolle. Unreflektiert auf die spätere Berufspraxis orientiert, unterwerfen sich die Studenten darum auch ohne nennenswerten Widerstand dem Konsum des Studienangebots, das durch Prüfungen und obligatorische Veranstaltungen zwar übersichtlicher, nicht aber sinnvoller wird. Die dergestalt produzierte Passivität und Ich-Schwäche dürften jedoch noch eine andere Ursache haben. Autonomiebestrebungen werden nicht zuletzt deswegen in Frage gestellt, weil ein Großteil der Studenten noch im Elternhaus oder im kleinstädtisch familiären Milieu wohnt und dort Abhängigkeit und Unterdrückung fortexistieren, die Emanzipation in wissenschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher, nicht zuletzt in sexueller Hinsicht zunichte machen. Aggressionen aufgrund von Triebverzicht und ohnmächtiger Angst, die die bürgerliche Familie hervorbringt, richten sich allerdings weniger gegen die Befriedigung versagenden Instanzen als gegen diejenigen, die die Repressionen aufheben wollen (Die unbewußte Abwehr gegen die Linken in der kleinbürgerlichen PH-Studentenschaft signalisiert das Maß an Energie, die sich auch gegen das System selbst wenden könnte). Leistungsdruck und bei den Studentinnen insbesondere die Orientierung auf eine unkritische Freizeit- und Konsumkultur, Abhängigkeit vom Elternhaus und negative Identifikation mit dem PH-Studium und der späteren Berufsrolle sind die Ursachen für verbreitete Apathie, die bewirkt, daß Druck und Manipulation hingenommen und überhaupt nicht problematisiert werden..

Gegenüber der Übermacht der schlechten Wirklichkeit haben Autonomiebesterbungen kaum eine realistische Chance. Es sei denn: politische Aktivität durchstößt den Zirkel von Unterdrückung und widerstandsloser Unterwerfung.

2. Strategische Perspektiven

2.1. Konfliktebenen und Ansätze primärer Politisierung

Den Zusammenhang von politischer und fachlicher Ohnmacht und weitgehend theorieloser Abrichtung auf die Praxis aufzusprengen kann nur gelingen, wenn die grundlegenden Konflikte, mit denen es die PH-Studenten zu tun haben, artikuliert und ausgetragen werden. Die weitgehend unbewußte Identifikation des Einzelnen mit dem System, das auch ihn weder ausreichend befriedigt noch hinreichend fördert, läßt sich nur in Frage stellen, wenn die Versagungen und Einschränkungen des Systems bewußt gemacht werden und Entlastungen von dem Druck gewährt werden, dem die PH-Studenten ausgesetzt sind:

- Druck aufgrund der fortexistierenden Abhängigkeit vom Elternhaus
- Druck aufgrund der mangelhaften Studiensituation, die eine qualifizierte Ausbildung in Frage stellt.

-Druck aufgrund von vom Lern- und Verwertungszusammenhang losgelösten Prüfungen, die keinerlei sinnvolle Funktion im Lernprozess haben.

-Druck aufgrund fachlicher Unzulänglichkeit, die die Gefahr heraufbeschwört, auch in der Praxis vor der Klasse als Lehrer zu scheitern.

-Druck aufgrund politischer Disziplinierung der Studenten und der Hochschulen durch autoritäres Ordnungsrecht, Diszplinarverfahren und Bespitzelung im Didaktikum und als Lehrer.

Politischer Kampf, der die Studenten selbst aktivieren will, muß diese konkreten Repressionen, denen die Studenten und Lehrer ausgesetzt sind, Ernst nehmen. Nur eine Politik, die Entlastung von Unterdrückung und Nichtbefriedigung am Arbeitsplatz konkret verspricht, kann langfristig die Studenten politisch aktivieren.

Dazu ist es notwendig:

-systematisch die Autoritäten zu verunsichern und zu zersetzen, die die Studenten blind auf den schelchten status quo verpflichten (d.h.STUDIERT IM SOZIALISTISCHEN KOLLEKTIV-ENTLARVT DIE BÜRGERLICHE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT- STELLT DEN AUTORITÄREN UND ERZIEHUNGSIDEOLOGEN EIN BEIN !)

-die Festlegung der Studentinnen auf Weiblichkeitswahn und Unterordnung unters Diktat der Männergesellscha aufzusprengen (d.h.: ORGANISIERT DIE KAMPAGNE GEGEN WEIBLICHKEITSWAHN UND UNTERDRÜCKUNG DER FRAUEN!)

-Kollektiv den Widerstand gegen unzumutbare Studiensituationen zu organisieren (d.h.LAßT DIE BILDUNGS NOTSTANDSPLANER IHRE EIGENE SUPPE AUSLÖFFELN -ORGANISIERT DEN AKTIVEN STREIK !)

-hochschulpolitische Konflikte konsequent auszutragen (Prüfungsterror, Staatseingriffe,Ordnungsrecht, technokratische Anpassungsreformen) (d.h.:BLOCKIERT DIE POLITISCHE MAFFIA DER SCHULBÜROKRATIE IN DER HOCHSCHULE: EINEN FINGER KANN MAN BRECHEN-FÜNF FINGER SIND 'NE FAUST !)

Aktionen und Kampagnen dieser Art können eine erste Politisierung an den PH's zuwege bringen. Der Kampf um die praktische Veränderung des Arbeitsplatzes kann langfristig jedoch nur geführt werden mit dem Ziel, die politische Arbeit in den Apparaten, d.h.den Schulkampf in der bürgerlichen Schule, vorzubereiten. Die Revolutionierung der Berufsperspeltive muß die Auseinandersetzung an der Hochschule bestimmen.

2.2. Die sozialistische Berufsperspektive für Lehrer

Die Studentenbewegung muß nicht zuletzt deswegen ihren Kampf auf die spätere Berufspraxis ausrichten, weil sich der strategische Stellenwert der Schule im kapitalistischen Wirtschaftsprozess verändert hat. Die Entfaltung der Produktivkräfte in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft hat die qualitative Anhebung des Arbeitskräftepotentials notwendig gemacht. Verstärkt muß entsprechend den Produktionsnotwendigkeiten die Schule diese, vor allem technisch und naturwissenschaftlich qualifizierten, Arbeitskräfte produzieren. In dem Maße, in dem Wissenschaft als Produktivkraft den Produktionsprozess entscheidend bestimmt, werden die Schulen zur strategisch wichtigen Vermittlungsinstanz für die Entwicklung des wirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Die Verweigerung der Produktion von unkritischen technischen und bürokratischen Spezialisten der mittleren und unteren Ebene dürfte jedoch das System entscheidend gefährden. Vor allem auch, wenn es gelingt, über eine Strategie der Selbsttätigkeit und gesellschaftskritischen Selbstorganisation der Lernenden die vom kapitalistischen System dem Lehrer abverlangte Trainertätigkeit zur Herstellung abhängigen und angepassten Schülerverhaltens zu unterlaufen.

Die ersten Ansätze von Schulkampf haben jedoch gezeigt, daß eine sozialistische Berufspraxis vereinzelter Lehrer zwar die Schule deutlich politisierte, doch griff die Schulbürokratie zumeist unverzüglich mit Disziplinarmaßnahmen ein; Hospitanden und Praktikanden wurden beim Entstehen politischer Konflikte häufig sofort gemaßregelt und nicht selten aus der Schule entfernt.

Angesichts der Zerschlagung bereits erster (wenn auch vereinzelter) Ansätze eines sozialistischen Kampfes in der Schule müssen wir uns schon während der Ausbildung kollektiv organisieren. Nicht zuletzt auch zum Abfangen des Prüfungsdrucks werden darum sozialistische Lernkollektive, die eine gemeinsame sozialistische Berufspraxis vorbereiten, gebildet; vor allem die Praktika und das Didaktikum werden kollektiv vorbereitet und womöglich gemeinsam durchgeführt.
Die rote Zelle muß zum Organisationsprinzip in der Ausbildung und im Beruf werden. Sie wird eine Reduzierung des Kampfes auf die Hochschule ebenso wie das Verkommen sozialistischer Lehrerbünde zu lobbyistischen Ständeorganisationen verhindern.

Wie der Schulkampf der roten Studenten und Lehrerzellen nur in Zusammenarbeit mit den radikalen und sozialistsichen Schülergruppen konsequent geführt werden kann, so läßt sich die politische Arbeit in der Schule langfristig und schlagkräftig nur organisieren, wenn der Schulkampf mit der politischen Praxis in anderen Bereichen vermittelt wird. Die Arbeit in Schüler-und Kinderläden, in Betriebs- und Stadtteilbasisgruppen, mit Fürsorgezöglingen und Lehrlingen muß das Studium, den hochschulpolitischen Kampf wie die berufliche Praxis der ROTEN ZELLEN an der PH und in der Schule begleiten. Unterricht und das Austragen spezifischer Schulkonflikte werden von daher ihre spezifische Ausprägung erfahren.

LUNEBURG: ZUR GESCHICHTE UND SITUATION DES SDS LUNEBURG

Die traditionelle Studentenpolitik der Asten hatte in kleinstädtischen Hochschulen mit Kurzstudium schon immer eine weit ungünstigere Ausgangslage hinsichtlich des studentischen Engagements. Die Zustände, wie sie im Asta der PH- Lüneburg bis etwa Ende des SS 69 herrschten, reproduzierten denn auch die studentische Indifferenz inbezug auf die Vertretung ihrer Interessen - begünstigt durch mancherlei Faktoren, etwa zunehmende Feminisierung des Lehrerberufs, regionaler Einzugsbereich der PH, psychische Situation der Kommilitonen des Zweiten Bildungswegs (ca. 55%), negative-Auslese-Charakter, Zulassung längergedienter Soldaten zum Studium etc. (Es kann hier nicht auf eine systematische Darstellung der Faktoren ankommen, die studentische Aktivitäten im allgemeinen, politische im Besonderen an der PH bestimmen.)

Dem SDS Lüneburg, einer auf dem Papier anläßlich der Bildung der Bonner Koalition entstandenen Gruppe unzufriedener SHB'ler - ob der Übertritt bewußtseinsändernde, aufgrund einer theoretisch-praktischen Erkenntnis sozialdemokratisch-revisionistischer Bündnispolitik entstandene Qualität hatte oder ein bloß antiautoritärer Akt war, wurde nie diskutiert - die bis zu dem Dutschke Attentat isoliert vor sich hinwurstelte, ohne auch im Asta entscheidend wirken zu können, gesellten sich nach und nach - durch moralistische Protestaktionen wie Hungerstreiks, Resolutionen und Unterschriftenaktionen - liberale sympathisanten hinzu, deren Pfadfindersozialismus offenbar auch an die Bewußtseinsstrukturen der Clique um den Altfunktionär Ritter anschloß. Im Ganzen konnten größere Erfolge hinsichtlich der Gewinnung einer relativ kontinuierlich arbeitenden Massenbasis nicht erzielt werden. Die eigene Institution als Ort sozial vermittelter Widersprüche war noch nicht Objekt politischer Analyse und Kritik. Die objektive Funktion des Astas - subjektiv Mittler zwischen Studenten und Professorenschaft - als Instrument der Hochschulbürokratie zur Lenkung fundamentaler Interessen der Studenten auf ungefährliche systemstabilisierende Unternehmenungen wie Tanzvergnügen, SfB-SfE, Sport, Chor etc. war noch nicht erkannt worden. Es fiel schwer, die nicht nur fiktive, sondern in vielen Momenten sich äußernde Harmonie zwischen Leherenden und Lernenden - gefördert durch das dichte Kommunikationsnetz einer schulmäßigen Institution mit 7oo Studenten - als das zu begreifen, was sie ist: die planmäßige Verscheierung fundamentaler Interessengegensätze. Derlei Augenwischerei, von den zumeist humanistisch- hermeneutisch orientierten Lehrern bis zum Erbrechen betrieben, mußte, wollte man der Studentenschaft erste Erfahrungen mit dem wahren Gesicht der Professoren vermitteln, in einer Konfliktsituation eliminiert werden. Dies geschah bei der Sprengung der Immatrikulationsfeier zu Beginn des WS 68/69, die im Antiautoritären steckenblieb und durch das Fehlen einer langfristigen Konfliktstrategie wohl starken Publikationseffekt (Bild, Spiegel..), aber geringen Politisierungseffekt zeitigte. Der Asta, just von einer an dem Litten-Kreis orientierten starken SHB- Mannschaft okkupiert und von dieser auf technokratisch-reformistischen Kurs gebracht, kollaborierte mit dem reaktionären Teil der Professorenschaft und konnte so eine sich der Sprengung anschließenden Kampagne der Schulbürokratie zur Liquidierung kritischer Studenten auf Praktikumsstellen erfolgreich als einmalige Entgleisung verharmlosen.

Für die weitere Entwicklung des SDS spielte das Verhältnis zum SHB, mittlerweile in den acht niedersächsischen RH's fest im Sattel, eine große Rolle. Durch das Fehlen einer verbindlichen Strategie gegen Hochschulbürokratie und studentische Funktionäre gelang es nicht, die eigene pluralistisch-individualistische Gruppenstruktur zu analysieren und zu kritisieren, ge-

schweige einer Studentenschaft die Politik beider Machtgruppen transparent zu machen.
Aus der Hilflosigkeit der Gruppe heraus entschloß sich eine Minorität im SDS, auf den Erfahrungen auch anderer Gruppen fußend, den Asta konsequent politisch zu transzendieren, ihn womöglich zur punktuellen Solidarität zu zwingen, um
a. den Charakter der SHB-Schaukelpolitik aufzuzeigen,
b. Genossen zu mitivieren, einer abstrakten Massenbasis und der Fetischisierung des Asta den Abschied zu geben.
Dies gelang ansatzweise, konnte aber organisatorisch nicht befriedigend gewendet werden. Diese Anstrengungen, häufig subversiv, hatten die Gründung einer extrem rechten Gruppe zur Folge, die sich im Weiteren angelegen sein ließ, SDS und SHB zu Synonymen zu machen und der es schließlich gelang, von Dozentenschaft und Anti-SHB-Fraktion im SDS unterstützt, den Asta zum Ende SS 69 abzusetzen. Durch ungenügende rationale Diskussion und Vermittlung des längerfristigen Kampfes gegen den autoritären Staat und seine Helfeshelfer dem SDS gegenüber vermochte die Minifraktion - inzwischen auch organisatorisch definiert - es nicht, die Genossen von der Notwendigkeit zu überzeugen, offensive Politik sc. Okkupation der Gremien durch den SDS im Kampf gegen studentische Bonzen voranzutreiben bzw. die Arbeit an der sozialen Basis zu aktivieren, da ein rechter Asta in Kürze an politischer Insuffizienz eingegangen wäre, ohnehin durch technokratische Vormaßnahmen im Zuge der Zusammenfassung der PH's zur PHN funktionslos geworden war. In dieser Periode der Auseinandersetzung leisteten allerdings objektiv entscheidende Verwirrungshilfe Genossen aus Frankfurt und Hamburg. Die letzten Tage des Semesters waren gekennzeichnet durch Verbrüderungsszenen aller mit allen. Die turnusgemäße Asta-Neuwahl zu Beginn des WS 69 wird - das ist jetzt schon absehbar - einen nur minimalen Rechtsruck bringen.

Einer sozialistischen Kampforganisation stellt sich u.a. die Aufgabe, den affirmativen Charaketr "linker " Politik aufzuzeigen. In einer langfristig angelegten Konfliktstrategie müssen Bewußtseins und Emanzipationsprozesse unter den Studenten - vornehmlich den die Mehrheit ausmachenden weiblichen - initiiert werden.
Die Überbaufunktion der Lehrerausbildung, die gleichwohl im Beruf den materiellen Unterbau regenerieren hilft, muß analysiert und kritisiert werden.
Ein weiteres ist die Analyse der zunehmenden Disziplinierung der kritischen Kräfte in allen Bereichen der Gesellschaft qua Ordnungsrecht und NS-Gesetzen etc. und die damit Hand in Hand gehende Anhebung der Sozialisationsinstanzen auf den Level einer an Profitmaximierung und langfristigem Fachidiotenoutput interessierten Leistungsgesellschaft. Dabei muß die Arbeit an den kleinstädtischen Hochschulen von der eigenen Lage und der fortgeschrittenen Gruppen geleitet sein - welches organisations- und kommunikationstechnische Konsequenzen haben müßte. Es bleibt aber zu betonen, daß Überregionale Reisekader sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Studenten zu orientieren hätten. Eine Überlegung muß in Zukunft die sein, wie und wo konservative Großgebilde, wie die PH-Niedersachsen aus den Händen der bürgerlichen SP- Karrieristen entrissen werden.

Zur Verbesserung der Kommunikationsstruktur innerhalb der PH's, PI's und AfE's muß der Landesrahmen gesprengt werden. Im Projektbereich Ausbildung aber wird in Zukunft auch der Frage Beachtung geschnekt werden müssen, in welche Instanzen im Zuge der Zusammenfassung der PH's zu Pädagogischen Unis oder Fakultäten von Unis heteronom über die einzelnen Hochschulen entschieden wird.

P.S. Wenn von SHB gesprochen wird, ist nur die hiesige Gruppe gemeint.

Heidmann, SDS Lüneburg